



Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 17/2005–2006

Inhalt	Seite
23. Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (Teilrevision vom 16. Juni 2005) sowie Erlass eines Gesetzes über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen	1409
24. Beitritt des Kantons Graubünden zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV).....	1477

Inhaltsverzeichnis

23.	Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (Teilrevision vom 16. Juni 2005) sowie Erlass eines Gesetzes über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen	
I.	Ausgangslage und Gründe der Diplomanerkennungsvereinbarung	1410
II.	Bemerkungen zu den revidierten Bestimmungen der Diplomanerkennungsvereinbarung	1411
III.	Bemerkungen zur Teilrevision des Beitrittsbeschlusses	1417
IV.	Bemerkungen zum Gesetz über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen	1418
	1. Einleitende Bemerkungen	1418
	2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen	1419
V.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	1421
VI.	Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»	1421
VII.	Anträge	1421

24.	Beitritt des Kantons Graubünden zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich	
I.	Inhalt und Bedeutung der IRV	1477
	1. Die IRV im Rahmen des Gesamtprojektes NFA.....	1477
	2. Entstehungsgeschichte der IRV	1479
	3. Weiteres Vorgehen und In-Kraft-Treten der IRV	1483
II.	Umsetzung der NFA im Kanton Graubünden	1483
	1. Vorgaben auf Ebene Bund.....	1483
	2. Vorgaben im Kanton zur Projektabwicklung.....	1484
	3. Finanzielle Auswirkungen der NFA auf den Kanton.....	1485
	4. Auswirkungen der NFA auf die Bündner Gemeinden	1487
	5. Terminplanung	1489
III.	Reform der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs im Kanton	1490
	1. Entwicklungsschwerpunkt	1490
	2. Neuer Bündner Finanzausgleich.....	1492
	3. Gemeindestruktur.....	1493
IV.	Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln der IRV	1493
V.	Zuständigkeit für den Beitritt des Kantons Graubünden zur IRV	1500
VI.	Finanzielle und personelle Auswirkungen der IRV	1500
VII.	Folgen der IRV für die Gemeinden	1501
VIII.	Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»	1502
IX.	Anträge	1502

Entwurf Beitrittsbeschluss

Rahmenvereinbarung vom 24. Juni 2005

Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

23.

Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (Teilrevision vom 16. Juni 2005) sowie Erlass eines Gesetzes über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

Chur, 10. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend eine Botschaft mit Entwürfen für die Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Teilrevision vom 16. Juni 2005; Diplomanerkennungsvereinbarung) und für den Erlass eines Gesetzes über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (Gesundheitsdirektorenkonferenz, GDK) hat der Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung an ihrer Plenarversammlung vom 19. Mai 2005 zugestimmt. Am 16. Juni 2005 hat auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (Erziehungsdirektorenkonferenz, EDK) an ihrer Plenarversammlung der Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung zugestimmt.

Mit Schreiben vom 11. Juli 2005 haben die EDK und die GDK die Kantonsregierungen eingeladen, das Ratifikationsverfahren auf kantonaler Ebene sobald als möglich einzuleiten.

I. Ausgangslage und Gründe für die Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung

Die geltende Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung) regelt die gesamtschweizerische Anerkennung kantonaler und – in zweiter Priorität – ausländischer Ausbildungsabschlüsse. Gemäss Art. 2 der Diplomanerkennungsvereinbarung gilt diese für alle Ausbildungen und Berufe, deren Regelung in die Zuständigkeit der Kantone fällt. In Art. 2 Abs. 2 lit. a bis h ist bisher eine Auflistung derjenigen Abschlüsse, die «insbesondere» in den Geltungsbereich der Vereinbarung fallen, zu finden.

Nach dem In-Kraft-Treten des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) vom 13. Dezember 2002 am 1. Januar 2004 und mit dem In-Kraft-Treten des revidierten Fachhochschulgesetzes am 5. Oktober 2005 geht die Regelungskompetenz für fast alle Ausbildungen im GSK-Bereich (Gesundheit, Soziales, Kunst) auf den Bund über. Der Übergang der Ausbildungen im GSK-Bereich in die Zuständigkeit des Bundes hat eine zwingende Anpassung der Diplomanerkennungsvereinbarung hinsichtlich des Geltungsbereichs zur Folge. Zudem muss berücksichtigt werden, dass für die Sozialdirektorenkonferenz (SODK) kein Regelungsbedarf im Bereich der Diplomanerkennungsvereinbarung mehr bleibt und die SODK demzufolge als Beteiligte der Vereinbarung ausscheidet.

Über die oben beschriebenen zwingend notwendigen Anpassungen der Diplomanerkennungsvereinbarung hinaus werden folgende Bestimmungen ebenfalls geändert beziehungsweise neu in die Vereinbarung aufgenommen:

- Änderung der Rechtsschutzbestimmung für Private,
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Erhebung von Spruchgebühren für Einzelentscheide,
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) geführte Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung,
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einführung eines von der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) geführten Registers über Gesundheitsfachpersonen.

Mit Beschluss vom 9. September 2004 hat der Vorstand der EDK das Generalsekretariat der EDK beauftragt, bei den kantonalen Erziehungsdepartementen über den Entwurf einer Änderung der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 20. Oktober 2004 eine Vernehmlassung durchzuführen. Am 21. Oktober 2004 haben der Vorstand der GDK und am 29. Oktober 2004 das Zentralsekretariat der SODK dem Revisionsvorhaben und der Durchführung einer entspre-

chenden Vernehmlassung ebenfalls zugestimmt. Der Beschluss der SODK enthielt gleichzeitig die grundsätzliche Zustimmung der SODK zum Ausscheiden aus der Diplomanerkennungsvereinbarung.

Innert der gesetzten Frist gingen 30 Stellungnahmen aus den Kantonen sowie eine Stellungnahme des Bundesamts für Gesundheit ein. Die Vernehmlassung ergab, dass die Kantone mit den vorgeschlagenen Rechtsänderungen und insbesondere mit dem Ausscheiden der Sozialdirektorenkonferenz aus der Diplomanerkennungsvereinbarung grundsätzlich einverstanden sind.

Am 17. April 2005 erfolgte der zustimmende Beschluss des GDK-Vorstandes und am 13. Mai 2005 der zustimmende Beschluss des EDK-Vorstandes zum Entwurf vom 12. April 2005 zu Händen der jeweiligen Plenarversammlung. Die Revisionsvorlage wurde von der GDK-Plenarversammlung am 19. Mai 2005 und von der EDK-Plenarversammlung am 16. Juni 2005 zur Ratifikation in den Kantonen verabschiedet.

II. Bemerkungen zu den revidierten Bestimmungen der Diplomanerkennungsvereinbarung

Art. 1 Abs. 1, 2 und 4 Zweck

In Abs. 1 wird der Vereinbarungszweck präzisiert: Die Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung und das Register über Gesundheitsfachpersonen sind im Zweckartikel explizit erwähnt.

Da das im Rahmen des Vollzugs des Personenfreizügigkeitsabkommens CH-EU anzuwendende EU-Recht self executing ist, ist in Abs. 2 die Formulierung «unter Berücksichtigung internationalen Rechts» zu unpräzise und muss geändert werden. Neu heisst es «in Anwendung nationalen und internationalen Rechts».

Gemäss Art. 16 Abs. 2 des revidierten Fachhochschulgesetzes (FHSZ) legen der Bund und die Kantone in einer Vereinbarung die Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen fest. Da diese Vereinbarung direkt verpflichtende Grundsätze enthalten wird, ist seitens der Kantone die Schaffung einer expliziten gesetzlichen Grundlage für Vereinbarungen im Sinne von Art. 16 Abs. 2 FHSZ notwendig. Diese Grundlage ist in Art. 1 der Diplomanerkennungsvereinbarung geschaffen worden.

Art. 2 Abs. 2 Geltungsbereich

Aufgrund des Vorschlags verschiedener Kantone, angesichts des beschleunigten Wandels der Berufsbezeichnungen sei auf die Aufzählung der Abschlüsse generell oder punktuell (zumindest auf die Aufzählung von den-

jenigen Abschlüssen, bei welchen in den nächsten Jahren eine Neu-Positionierung wahrscheinlich sei, z.B. Chiropraktik, Osteopathie) zu verzichten, ist der bisherige Art. 2 Abs. 2 ersatzlos gestrichen worden.

Die exemplarische Aufzählung der wichtigsten von den Kantonen reglementierten Abschlüsse ist aus rechtlicher Sicht nicht zwingend notwendig. Es reicht, wenn die Ausbildungen, z.B. in Chiropraktik und Osteopathie, im Kommentar erwähnt werden, da eine explizite Nennung in Abs. 2 nichts daran ändern würde, dass die Regelung beider Berufe in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Ein Verzicht auf die Aufzählung erscheint insbesondere wegen allfälliger Neupositionierungen von Ausbildungen, allfälliger Änderungen der Berufsbezeichnungen oder wegen der möglichen Regelung anderer Ausbildungen durch die Kantone auf Fachhochschulstufe (so wird die Frage der Heilpädagogischen Früherziehung erst noch geklärt) sogar sinnvoll. Dies gilt auch mit Blick auf die Ausbildung in Chiropraktik, die nur noch bis zur geplanten Integration dieses Berufes in das neue Medizinalberufegesetz des Bundes (MedBG, In-Kraft-Treten voraussichtlich 2008) im Zuständigkeitsbereich der Kantone verbleibt.

Art. 3 Abs. 2 und 3 Zusammenarbeit mit dem Bund

In Art. 3 Abs. 3 der Vereinbarung wird die Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Art. 1 Abs. 4 geregelt. Zuständig ist die EDK, welche die GDK im Bereich der Gesundheitsberufe in die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung einzubeziehen hat.

Zudem ist in Art. 3 Abs. 2 der Begriff der Berufsschule der Terminologie gemäss Berufsbildungsgesetz angepasst. Des Weiteren wird die Zusammenarbeit mit dem Bund bezüglich der Fachmaturität (Fachhochschulreife) statuiert.

Art. 4 Anerkennungsbehörde

Die Entwicklung, dass die Berufsbildung im Gesundheitswesen an die Erziehungsdepartemente übergeht, bezieht sich nicht auf die Regelung und Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen. Abs. 1 ist daher dahingehend präzisiert worden, als die GDK die Ausbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen anerkennt, sofern (gestützt auf das neue Berufsbildungsgesetz und das revidierte Fachhochschulgesetz) nicht der Bund zuständig ist. Dies ist gerechtfertigt, weil die GDK nach wie vor zuständig ist für die Regelung der Ausbildung der Chiropraktoren (sie wird voraussichtlich 2008 von der GDK in die Zuständigkeit des Bundes übergehen (MedBG)) und der Osteopathen (die GDK hat in Abstimmung mit dem Bund und der EDK erst im November 2002 die Einführung einer interkantonalen Prüfung beschlossen).

Art. 5 Abs. 2 und 3 Vollzug der Vereinbarung

In Abs. 2 ist die Erwähnung der Zusammenarbeit mit der Fürsorgedirektorenkonferenz (heute SODK) betreffend Fragen der Ausbildungsabschlüsse aufzuheben, da die Zuständigkeit der Regelung und der Anerkennung von Ausbildungen im Sozialbereich vollumfänglich an den Bund übergegangen ist und die SODK zudem aus der Diplomanerkennungsvereinbarung ausscheidet. Der Begriff «Schweizerische Hochschulkonferenz» ist durch die «Schweizerische Universitätskonferenz» ersetzt worden. In Abs. 3 wird die Namensänderung der GDK berücksichtigt.

Art. 10 Rechtsschutz

Die Änderung von Art. 10 bezweckt die Verbesserung des Rechtsschutzes für Private. Der bisherige Art. 10 Abs. 2 betreffend die Anfechtung von Reglementen und Entscheiden der Anerkennungsbehörden durch einen Kanton und über andere Streitigkeiten zwischen den Kantonen wird neu zu Art. 10 Abs. 1. Die Zuständigkeit des Bundesgerichts (staatsrechtliche Klage) bei solchen Streitigkeiten ergibt sich aus Art. 83 lit. b des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 (OG).

Art. 10 Abs. 2 regelt (neu) das Beschwerderecht von betroffenen Privatpersonen gegen Entscheide der zuständigen Anerkennungsbehörden. Es geht um Entscheide des Generalsekretariates der EDK betreffend die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung kantonaler Diplome (Übergangsregelungen der Anerkennungsreglemente) sowie betreffend die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome (Vollzug des Personenfreizügigkeitsabkommens CH–EU), welche die direkt betroffenen Privatpersonen im Rahmen eines verbesserten Rechtsschutzes neu bei einer vom Vorstand der EDK eingerichteten Rekurskommission sollen anfechten können. Der gemäss geltender Diplomanerkennungsvereinbarung bestehende Rechtsschutz (Art. 10 Abs. 1; staatsrechtliche Beschwerde ans Bundesgericht) vermag den Erfordernissen eines modernen Rechtsstaates nicht mehr zu genügen. Das Generalsekretariat der EDK hat der «Hürde Bundesgericht» mit einer grosszügigen Wiedererwägungspraxis Rechnung getragen: «Beschwerden» gegen Entscheide wurden regelmässig als Wiedererwägungsgesuche entgegengenommen, die Angelegenheit wurde nochmals geprüft und nochmals ein – allenfalls gleich lautender – Entscheid mit neuer Rechtsmittelbelehrung getroffen. Diese Situation ist für die Rechtssuchenden wie für das Generalsekretariat der EDK unbefriedigend.

Im (bisherigen) Zuständigkeitsbereich der GDK stellt sich die Situation differenzierter dar: Die Aufgabe der Anerkennung von in- und ausländischen Ausbildungsabschlüssen hatte die GDK mit Ausnahme der Chiropraktoren gestützt auf Art. 5 Abs. 3 der geltenden Diplomanerkennungsvereinbarung an das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) delegiert, für Beschwerden ge-

gen dessen Anerkennungsentscheide war die Rekurskommission des SRK zuständig, deren Beschwerdeentscheide wiederum beim Bundesgericht mit staatsrechtlicher Beschwerde anfechtbar waren (Art. 84 OG). Mithin war hier ausreichender Rechtsschutz vorhanden. Anerkennungsentscheide der GDK betreffend die Chiropraktik (ausländische Abschlüsse) sind allerdings ebenfalls bislang nur mit der staatsrechtlichen Beschwerde beim Bundesgericht anfechtbar. Dies hat in der Praxis bislang jedoch nicht zu Problemen geführt. Im Zuge der Anwendung des Personenfreizügigkeitsabkommens sowie aufgrund der in Arbeit befindlichen Reglementierung der Osteopathie zeigt sich eine analoge Regelung auch für den Bereich der GDK als angebracht.

Die Änderung von Art. 10 sieht vor, dass der Vorstand der EDK beziehungsweise der Vorstand der GDK eine Rekurskommission einsetzen, welche die von den jeweiligen Konferenzen in ihrer Eigenschaft als Anerkennungsbehörden getroffenen Einzelentscheide im Rahmen eines ordentlichen Beschwerdeverfahrens objektiv beurteilen.

Art. 12 Abs. 2 und 3 Kosten

Die Änderung von Art. 12 bezweckt die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Erhebung von Gebühren für Anerkennungsentscheide: Der bisherige Art. 12, wonach die Kosten, die sich aus der Vereinbarung ergeben, von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen werden, ist ergänzt worden mit einer ausdrücklichen Kostenregelung für jene Verfahren, welche einzelne Privatpersonen betreffen. Geschaffen worden ist eine gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Spruchgebühren bei Entscheiden und Beschwerdeentscheiden betreffend die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung kantonaler Diplome sowie bei Entscheiden betreffend die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome. Gemäss heutiger Praxis wird im Bereich der EDK für die Durchführung eines entsprechenden Anerkennungsverfahrens eine vom Vorstand festgelegte Kanzleigebühr erhoben. Diese ist unter dem Aspekt des Kostendeckungs- und des Äquivalenzprinzips gerechtfertigt, stellt im Grunde genommen aber eine Spruchgebühr dar. In diesem Sinne ist die Kanzleigebühr – mangels gesetzlicher Grundlage für die Erhebung einer Spruchgebühr – als «Notlösung» zu betrachten.

Wie im Kommentar zu Art. 10 Abs. 2 bereits ausgeführt wurde, regelt die GDK gegenwärtig allein die Chiropraktik und hätte dementsprechend nur Anerkennungen ausländischer Diplome in diesem Beruf zu behandeln. Da in absehbarer Zeit die Osteopathie hinzukommen wird, wird in zunehmendem Masse mit ausländischen Anerkennungsgesuchen zu rechnen sein, für deren Erledigung kostendeckende Spruchgebühren zu erheben sein werden.

Art. 12 Absätze 2 und 3 enthält für die Erhebung einer Spruchgebühr einen Gebührenrahmen, wobei dem Vorstand der EDK beziehungsweise

dem Vorstand der GDK die Kompetenz zur Festlegung des konkreten Gebührentarifs gegeben wird. Bei der Festlegung des Gebührentarifs muss das Kostendeckungs- und das Äquivalenzprinzip berücksichtigt werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass die von der EDK im heutigen Zeitpunkt erhobene Kanzleigebühr die Verfahrenskosten (administrativer Aufwand, Expertenkosten, usw.) bei weitem nicht deckt.

Art. 12^{bis} Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung

Art. 12^{bis} ist auf konkordatärer Ebene die gesetzliche Grundlage für die vom Generalsekretariat der EDK geführte Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung. Obwohl in der Lehre (Richard Frank, Datenschutz nicht ohne Persönlichkeitsschutz – Ist eine Liste über Lehrer ohne Unterrichtsbefugnis unzulässig?, SJZ 100 [2004] S. 329 ff.) die Auffassung vertreten wird, die vom Generalsekretariat der EDK seit dem 1. Januar 2004 geführte Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung sei auch ohne explizite konkordatäre Rechtsgrundlage rechtmässig, wird mit der Schaffung der Rechtsgrundlage die entstandene Unsicherheit bei den Kantonen beseitigt. Der neue Art. 12^{bis} regelt die Führung der Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung nach den in den Kantonen üblichen datenschutzrechtlichen Grundsätzen.

Aus Gründen der Rechtssicherheit und des Persönlichkeitsschutzes von betroffenen Lehrpersonen ist es zwingend notwendig, in die Liste gemäss Art. 12^{bis} nur Daten über Personen aufzunehmen, denen im Rahmen eines rechtskräftigen kantonalen (Verwaltungs-)verfahrens die Unterrichtsberechtigung oder die Berufsausübungsbewilligung entzogen wurde. Jede Anstellung einer Lehrperson beinhaltet implizit die Erteilung der Unterrichtsberechtigung für bestimmte Fächer in einer bestimmten Klasse auf einer bestimmten Schulstufe in einer bestimmten Gemeinde und einem bestimmten Kanton. Die mit der Anstellungsverfügung einmal erteilte Unterrichtsberechtigung kann – aus schwerwiegenden Gründen – in einem «Widerrufsverfahren» (für das Gebiet des Kantons, in welchem die Anstellung erfolgte) entzogen werden. Unabhängig davon, ob eine explizite Rechtsgrundlage besteht oder nicht. Dieser Entzug der Unterrichtsberechtigung muss nicht identisch sein mit dem Entzug der mit dem Lehrdiplom verbundenen Lehrbefugnis, weil diese in der gesamten Schweiz geltende Lehrbefugnis nur von demjenigen Kanton entzogen werden kann, der sie erteilt hat.

Die Kantone werden im Rahmen der Diplomanerkennungsvereinbarung verpflichtet, betroffene Lehrpersonen nach Eintritt der Rechtskraft des entsprechenden Entscheides dem Generalsekretariat der EDK zu melden. Die im Konkordat statuierte Meldepflicht ist mit Blick auf die kantonalen Datenschutzgesetze als «formelle gesetzliche Grundlage für die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten» zu definieren. Eine solch

verpflichtende Rechtsgrundlage erlaubt es den Kantonen auch ohne Anpassung des kantonalen Datenschutzrechts, entsprechende Personendaten an das Generalsekretariat der EDK zu melden.

Art. 12^{ter} Register über Gesundheitsfachpersonen

Im bisherigen Zuständigkeitsbereich der GDK führt das SRK bereits seit langem, gegenwärtig auf Grundlage des bis Ende 2006 befristeten tripartiten Leistungsvertrages zwischen dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, der EDK und der GDK, ein so genanntes passives Register über die in den nichtuniversitären Gesundheitsberufen erworbenen Ausbildungsabschlüsse. Der Bund hat es im Rahmen des neuen Berufsbildungsgesetzes abgelehnt, für diese Abschlüsse ein Register zu führen und dafür eine Rechtsgrundlage zu schaffen, so dass es notwendig ist, dass die GDK im Interesse des Patientenschutzes dieses Register – ergänzt um Eintragungen über aufsichtsrechtliche Massnahmen wegen beruflichen Fehlverhaltens auf der Grundlage der Diplomanerkennungsvereinbarung – weiterführt. Daher wird in einem neuen Artikel das Führen eines Registers über Gesundheitsfachpersonen geregelt.

Es geht um die Ein- beziehungsweise Weiterführung eines Registers für Inhaberinnen und Inhaber von Ausbildungsabschlüssen in Gesundheitsberufen, das auf eine gesetzliche Grundlage in Form des Konkordats gestützt werden soll. Die Berufe werden in einem Anhang zur Vereinbarung aufgelistet. Dieser Anhang wird bei Bedarf vom Zentralsekretariat der GDK angepasst. Es ist vorgesehen, dass diese Aufgabe – wie bisher – auch an Dritte, z.B. an das SRK oder an eine Organisation der Arbeitswelt (OdA), übertragen werden kann. Das Register verfolgt mehrere Zwecke: Vornehmlich den Schutz und die Information von Patientinnen und Patienten (Sündenregister), es soll aber auch dem Informationsinteresse in- und ausländischer Stellen, der Qualitätssicherung und nicht zuletzt auch der Statistik dienen (Abs. 3). Als notwendige Angaben enthält das Register die in Abs. 4 Satz 1 und 2 genannten Daten, um im Bedarfsfall, z.B. bei Verlust der Diplomurkunde, im Zusammenhang mit Stellenbewerbungen, Zulassung von Leistungserbringern zur Abrechnung zu Lasten der Krankenversicherung oder in Strafverfahren wegen Titelanmassung usw. auf einfache Weise feststellen zu können, ob eine Person den von ihr verwendeten Titel rechtmässig trägt. Über diese Angaben hinaus werden entsprechend dem Schutzzweck dieses Registers infolge beruflichen Fehlverhaltens erfolgte aufsichtsrechtliche Massnahmen, insbesondere der rechtskräftige Entzug der Berufsausübungsbewilligung bzw. deren Änderung mit den entsprechenden Daten, im Register eingetragen (Abs. 4 Satz 3). Durch Absatz 5 wird sichergestellt, dass die GDK die genannten Daten von den zuständigen Stellen erhält. Abs. 6 legt die Voraussetzungen fest, unter denen den nicht abschliessend genannten

Stellen und Personen die dort bestimmten Auskünfte in schriftlicher Form erteilt werden. Ein berechtigtes Interesse an Auskünften über Einträge betreffend aufsichtsrechtliche Massnahmen können nur die Behörden geltend machen, die für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen zuständig sind (Abs. 6 Satz 2). Anderen Stellen werden solche Einträge nicht bekannt gegeben, weil es sich um besonders schützenswerte Personendaten handelt. Abs. 8 regelt das generelle Löschen von Einträgen. Die Entfernung aller Einträge aus dem Register erfolgt mit Vollendung des 70. Lebensjahres oder wenn eine Behörde das Ableben der Gesundheitsfachperson meldet. Vor diesem generellen Lösungszeitpunkt werden Einträge über aufsichtsrechtliche Massnahmen oder zu aufgehobenen Einschränkungen bzw. befristeten Verboten der Berufsausübung nicht definitiv aus dem Register entfernt, sondern lediglich mit einem Lösungsvermerk versehen, damit sie im Sinne des Patientenschutzes für die Bewilligungsbehörden als Entscheidungsgrundlage ersichtlich bleiben. Da das Register von der GDK mit Sitz in Bern geführt werden wird, ist es sinnvoll, die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss anzuwenden (Abs. 10).

III. Bemerkungen zur Teilrevision des Beitrittsbeschlusses

Im Zusammenhang mit der Teilrevision vom 15. Juni 2005 der Diplomanerkennungsvereinbarung stellt sich die Frage, wer im Kanton Graubünden zuständig ist für die Genehmigung dieser Teilrevision.

Auszugehen ist zunächst von Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV), wonach der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge genehmigt, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist. Die teilrevidierte Diplomanerkennungsvereinbarung enthält wichtige Bestimmungen für die interkantonale Zusammenarbeit und Koordination. Als wichtige Bestimmung im Sinne von Art. 31 Abs. 1 und 2 der Kantonsverfassung zu beurteilen sind z.B. Art. 12^{bis} (Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung) und Art. 12^{ter} (Register über Gesundheitsfachpersonen) oder Art. 1 Abs. 4 in Verbindung mit Art. 3 Abs. 3 (Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen betreffend Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen an Fachhochschulen), welche mit der Revision neu in das Konkordat Aufnahme gefunden haben. Weitere wichtige Bestimmungen, wie die Rechtssetzungsdelegation hinsichtlich Anerkennungsreglemente (Art. 6), sind bereits in der vom Bündner Stimmvolk am 25. Juni 1995 gutgeheissenen Vereinbarung enthalten. Die mit Art. 10 Abs. 2 geschaffene spezielle Rekurskommission kann als «weitere richterliche Behörde», welche durch Gesetz geschaffen werden kann, unter Art. 56 der Kantonsverfassung subsumiert werden. Als wichtige Bestimmung kann auch die in Art. 12 veran-

kerte Kompetenz zum Erlass von Gebührenreglementen qualifiziert werden, auch wenn es sich dabei um eine sekundäre Bestimmung handelt. Aufgrund der in der Diplomanerkennungsvereinbarung enthaltenen wichtigen Bestimmungen ist der Grosse Rat gestützt auf Art. 32 Abs. 2 KV für die Genehmigung der Vereinbarung zuständig.

Bei zukünftigen Änderungen der Vereinbarung ist die Zuständigkeit der Regierung für die Zustimmungserklärung zu bejahen, wenn die Anpassung materiell bloss weniger wichtige Regelungen in einzelnen Bestimmungen betrifft (vgl. Art. 45 Abs. 2 KV).

Zu beantworten ist darüber hinaus die Frage, ob die Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung neue Bestimmungen mit verfassungsänderndem Inhalt im Sinne von Art. 16 Ziff. 2 KV enthält und deshalb dem obligatorischen Referendum unterstellt ist. Die vorgenommene Überprüfung der mit der Teilrevision vom 16. Juni 2005 eingefügten neuen Bestimmungen ergibt, dass die wichtigen Bestimmungen als gesetzesändernd qualifiziert werden können. Demzufolge fällt die Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung in die Kategorie «Interkantonale Verträge mit gesetzesänderndem Inhalt» gemäss Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV. Der Beschluss über die Genehmigung der Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung unterliegt daher dem fakultativen Referendum.

IV. Bemerkungen zum Gesetz über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

1. Einleitende Bemerkungen

Mit der Revision der Diplomanerkennungsvereinbarung werden u.a. die gesetzlichen Grundlagen geschaffen für die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung (Art. 12^{bis} der Vereinbarung) durch die EDK und für die Führung eines Registers über Gesundheitsfachpersonen (Art. 12^{ter} der Vereinbarung) durch die GDK. Mit diesem Schritt wird insbesondere den Vorbehalten Rechnung getragen, welche aus dem Kreis der mit dem Datenschutz beauftragten Personen bezüglich Rechtmässigkeit der entsprechenden Datensammlungen erhoben wurden. Der Kanton Graubünden hat in der Vergangenheit gestützt auf das bis anhin geltende Recht keine Daten an die EDK geliefert. In der Vereinbarung verpflichten sich nun die Kantone, bestimmte Personendaten den mit der Führung der Liste beziehungsweise des Registers betrauten Stellen mitzuteilen.

Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, werden im vorliegenden Gesetz im Bildungsbereich und im Geltungsbereich des Gesundheits-

gesetzes genügende kantonalrechtliche Gesetzesgrundlagen für die Weitergabe entsprechender Daten geschaffen. Für den Bildungsbereich sind zudem Grundlagen zu schaffen für den Entzug der Unterrichtsberechtigung. Daher werden die in Ziff. 1 bis 6 aufgelisteten Erlasse mit einer «Kann-Bestimmung» ergänzt, wonach einer Lehrperson bei fehlender Eignung für die Lehrtätigkeit die Unterrichtsberechtigung entzogen werden kann und wonach der Entzug im Lehrdiplom vermerkt werden kann.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Anzupassende Erlasse

Zu Ziff. 1 und 2

Der Entzug der Unterrichtsberechtigung erfolgt durch das Departement in einem Verwaltungsverfahren. Er kann angeordnet werden, wenn eine Lehrperson aus schulischer Sicht nicht tragbar ist. Dies setzt nicht voraus, dass sie sich strafbar gemacht hat. Der Entzug muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein. Der Entzug der Unterrichtsberechtigung kommt im Ergebnis einem befristeten oder unbefristeten Berufsausübungsverbot gleich und ist allein aus diesem Grund mit Zurückhaltung auszusprechen. Von fehlender Eignung für eine Lehrtätigkeit ist insbesondere dann auszugehen, wenn eine Lehrperson vom Strafrichter rechtskräftig verurteilt wurde wegen sexueller Handlungen mit Kindern oder wegen des Verstosses gegen das Verbot der Kinderpornografie, einschliesslich jener über elektronische Mittel (Internet). Die Eignung für die Lehrtätigkeit kann indessen auch fehlen bei einer gewalttätigen Lehrperson. Auch in dieser Konstellation kann der Fall sein, dass die Lehrperson die Persönlichkeit von Schülerinnen und Schülern nicht achtet, ihnen kein Vorbild sein kann und den Respekt von Kindern, Eltern, Kollegen und Schulbehörden verliert. Um sicherzustellen, dass das Departement Kenntnis erhält von Strafentscheiden, welche Lehrpersonen betreffen, wird die Verordnung über die schriftliche Mitteilung von Strafentscheiden (BR 350.250) entsprechend ergänzt. Wird die Unterrichtsberechtigung entzogen, ist der Entzug nach Möglichkeit im Lehrdiplom zu vermerken (kein Konstitutiverfordernis).

Abs. 2 sieht zunächst vor, dass der Entzug der Unterrichtsberechtigung sowie die allfällige Wiedereinräumung kantonsintern den schulischen Anstellungsbehörden durch das Departement bekannt gegeben werden kann. Diese Behörde, z.B. die Kindergartenkommission oder der Schulrat einer Gemeinde, steht in der Pflicht, sich im Rahmen eines laufenden Anstellungsverfahrens über eine anzustellende Lehrperson zu orientieren und Referenzen einzuholen. Auf schriftliche Anfrage erhält sie Auskunft darüber, ob einer sich bewerbenden Lehrperson durch das Departement die Unter-

richtsberechtigung entzogen wurde. Darüber hinaus dient Abs. 2 dazu, der in Art. 12^{bis} der Diplomanerkennungsvereinbarung verankerten Verpflichtung nachzukommen, wonach der Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung der Stelle zu melden sind, welche mit der Führung einer entsprechenden gesamtschweizerischen Liste betraut ist.

In Berücksichtigung der geplanten Ausgestaltung der Anschlussgesetzgebung zu Art. 55 der Kantonsverfassung ist in Abs. 3 festgehalten, dass der Entscheid des Departements unter Beachtung der jeweils gültigen Beschwerdefrist (aktuell: Rekursfrist von 20 Tagen) an das Verwaltungsgericht weiter gezogen werden kann.

Zu Ziff. 3

Vergleiche die Bemerkungen zu Ziff. 1 und 2.

Im Falle einer anstehenden Stellenneubesetzung kann sich das Rektorat beim Departement erkundigen, ob einer bestimmten Person die Unterrichtsberechtigung entzogen wurde.

Zu Ziff. 4 und 5

Vergleiche die Bemerkungen zu Ziff. 1 und 2.

Zu Ziff. 6

Vergleiche die Bemerkungen zu Ziff. 1 und 2.

Die Bestimmung im Berufsbildungsgesetz erfasst auch Lehrpersonen an Höheren Fachschulen und, aufgrund der entsprechenden Rückverweisung in Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes über Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen (AGSG), die dem AGSG unterstellten Lehrpersonen.

Zu Ziff. 7

Mit Artikel 12^{ter} der Diplomanerkennungsvereinbarung wurde im Konkordat die Gesetzesgrundlage geschaffen, welche die Aufnahme gesundheitspolizeilich relevanter Tatbestände in ein Register ermöglicht. Damit können sich die Aufsichtsbehörden über die Ausübung von Berufen des Gesundheitswesens künftig an einer Stelle zentral über den beruflichen Leumund einer Person, die um eine Berufsausübungsbewilligung nachsucht, informieren. Damit die Bündner Aufsichtsbehörde die entsprechenden gesundheitspolizeilichen Tatbestände der registerführenden Stelle mitteilen darf, bedarf es einer kantonrechtlichen Grundlage in einem Gesetz im formellen Sinne. Diese wird hiermit geschaffen. Das Gesundheitsamt wird damit ermächtigt, der GDK bzw. der von der GDK bezeichneten Stelle (aktuell ist dies das SRK) Sachverhalte wie z.B. die Erteilung und den Entzug einer Berufsausübungsbewilligung oder die gegen eine Person ausgesprochene Verwarnung oder Busse mitzuteilen.

V. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Nach bisher geltendem Recht sind die Kosten, die sich aus der Diplomanerkennungsvereinbarung ergeben, von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl zu tragen. Die Neuregelung, wonach kostendeckende Spruchgebühren auch Privatpersonen überbunden werden können, dürfte bewirken, dass die Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung für den Kanton Graubünden kaum finanzielle Auswirkungen haben dürfte. Die Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung hat keine personellen Auswirkungen für den Kanton Graubünden.

Das Gesetz über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen hat weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

VI. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Bei der Interkantonalen Diplomanerkennungsvereinbarung handelt es sich um ein Konkordat, welches nicht daraufhin überprüft werden kann, ob die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) beachtet sind. Das Gesetz über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen trägt den Grundsätzen gemäss VFRR Rechnung.

VII. Anträge

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. die Teilrevision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen gemäss beiliegendem Entwurf vom 16. Juni 2005 zu genehmigen;
3. dem Gesetz über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993, teilrevidiert am 16. Juni 2005

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006

beschliesst:

1. Der Teilrevision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 gemäss beiliegendem Entwurf vom 16. Juni 2005 wird zugestimmt.
2. Die Regierung vollzieht diesen Beschluss.
3. Die Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (Erziehungsdirektorenkonferenz)

Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (Gesundheitsdirektorenkonferenz)¹⁾

Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

vom 18. Februar 1993

Art. 1

^{1 2)}Die Vereinbarung regelt die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse, die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsbe- Zweckrech-
rechtigung sowie eines Registers über Gesundheitsfachpersonen.

^{2 3)}Sie regelt in Anwendung nationalen und internationalen Rechts die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

³Sie fördert den freien Zugang zu weiterführenden Schulen und zur Berufsausübung. Sie hilft mit, die Qualität der Ausbildungen für die gesamte Schweiz sicherzustellen.

^{4 4)}Sie bildet die Grundlage für Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen gemäss Artikel 16 Absatz 2 des Fachhochschulgesetzes des Bundes.

Art. 2

¹Die Vereinbarung gilt für alle Ausbildungen und Berufe, deren Regelung Geltungsbereich in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Art. 3

¹In den Bereichen, in denen sowohl der Bund wie die Kantone zuständig Zusammenarbeit
mit dem Bund⁵⁾ sind, sind gemeinsame Lösungen anzustreben.

²Die Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgt insbesondere in den Bereichen

- a. Anerkennung der Maturität (allgemeine Hochschulreife),
- b. Anerkennung der Fachmaturität im Besonderen und der Fachhochschulreife im Allgemeinen,

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

³⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁴⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁵⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

- c. Anerkennung der Lehrdiplome für Berufsfachschulen,
- d. Festlegung der Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen im Fachhochschulbereich und
- e. Mitsprache und Mitwirkung der Kantone in internationalen Angelegenheiten.

³Die Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 1 Absatz 4 liegt bei der Plenarversammlung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Im Bereich der Gesundheitsberufe ist die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) in die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung einzubeziehen.

Art. 4

Anerkennungs-
behörde

¹)Anerkennungsbehörde ist die EDK. Die GDK anerkennt Ausbildungsabschlüsse in ihrem Zuständigkeitsbereich, sofern nicht der Bund zuständig ist.

² Jeder Kanton, der der Vereinbarung beitrifft, hat eine Stimme. Die übrigen Kantone haben beratende Stimme.

Art. 5

Vollzug der
Vereinbarung

¹ Die Erziehungsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung.

²)Sie arbeitet dabei zusammen mit dem Bund und mit der Schweizerischen Universitätskonferenz in allen Fragen der universitären Ausbildungsabschlüsse.

³)Die Gesundheitsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie kann den Vollzug an Dritte übertragen; in jedem Fall obliegt ihr die Oberaufsicht.

Art. 6

Anerkennungs-
reglemente

¹ Anerkennungsreglemente legen für einzelne Ausbildungsabschlüsse oder für Gruppen verwandter Ausbildungsabschlüsse insbesondere fest:

- a. die Voraussetzungen der Anerkennung (Artikel 7),
- b. das Anerkennungsverfahren und
- c. die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

²Die Anerkennungsbehörde erlässt nach Anhören der unmittelbar beteiligten Berufsorganisationen und Berufsverbände das Anerkennungsreglement. Im Fall einer Delegation des Vollzugs gemäss Artikel 5 Absatz 3 obliegt ihr die Genehmigung des Anerkennungsreglements.

¹) Änderung vom 16. Juni 2005

²) Änderung vom 16. Juni 2005

³) Änderung vom 16. Juni 2005

³Das Anerkennungsreglement, bzw. dessen Genehmigung, bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder der zuständigen Anerkennungsbehörde.

Art. 7

¹Die Anerkennungsvoraussetzungen nennen die minimalen Anforderungen, denen ein Ausbildungsabschluss genügen muss. Schweizerische Ausbildungs- und Berufsstandards sowie allenfalls internationale Anforderungen sind dabei in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Anerkennungsvoraussetzungen

²Die folgenden Anforderungen sind zwingend festzuhalten:

- a. die mit dem Abschluss ausgewiesene Qualifikation und
- b. das Prüfungsverfahren für diese Qualifikation.

³Weitere Anforderungen können festgehalten werden, wie:

- a. die Dauer der Ausbildung,
- b. die Zulassungsvoraussetzungen zur Ausbildung,
- c. die Lehrgegenstände und
- d. die Qualifikation des Lehrpersonals.

Art. 8

¹Die Anerkennung weist aus, dass der Ausbildungsabschluss den in dieser Vereinbarung und im betreffenden Anerkennungsreglement festgelegten Voraussetzungen entspricht.

Wirkungen der Anerkennung

²Die Vereinbarungskantone gewähren den Inhabern und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses den gleichen Zugang zu kantonal reglementierten Berufen wie den entsprechend diplomierten Angehörigen des eigenen Kantons.

³Die Vereinbarungskantone lassen Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses unter den gleichen Voraussetzungen zu weiterführenden Schulen zu wie entsprechend diplomierte Angehörige des eigenen Kantons. Vorbehalten bleiben die Aufnahmekapazität der Schulen und angemessene finanzielle Abgeltungen.

⁴Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses sind berechtigt, einen entsprechenden geschützten Titel zu tragen, sofern das Anerkennungsreglement dies ausdrücklich vorsieht.

Art. 9

¹Die Erziehungsdirektorenkonferenz führt eine Dokumentation über die anerkannten Ausbildungsabschlüsse.

Dokumentation, Publikation

²Die Vereinbarungskantone verpflichten sich, die Anerkennungsreglemente in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen. ¹⁾

Art. 10

Rechtsschutz²⁾

¹⁾Über die Anfechtung von Reglementen und Entscheiden der Anerkennungsbehörden durch einen Kanton und über andere Streitigkeiten zwischen den Kantonen entscheidet auf staatsrechtliche Klagen hin das Bundesgericht gemäss Artikel 83 litera b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943.

²⁾Gegen Entscheide der Anerkennungsbehörden kann von betroffenen Privaten binnen 30 Tagen seit Eröffnung bei einer vom Vorstand der jeweiligen Konferenz eingesetzten Rekurskommission schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 finden sinngemäss Anwendung. Entscheide der Rekurskommissionen können gemäss Artikel 84 Absatz 1 literae a und b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 beim Bundesgericht mit staatsrechtlicher Beschwerde angefochten werden.

³⁾Der Vorstand der jeweiligen Konferenz regelt die Zusammensetzung und die Organisation der Rekurskommission in einem Reglement.

¹⁾ Reglemente: für die Anerkennung der Diplome in bildender Kunst, AGS 1996, 3694; über die Anerkennung der Diplome für höhere Ausbildung in Musik, AGS 1997, 3963; über die Anerkennung der Diplome für Erwachsenenbildner und Erwachsenenbildnerin, AGS 1998, 4150; über die Anerkennung der Lehrdiplome in Schulischer Heilpädagogik, AGS 1998, 4467; über die Anerkennung der Lehrdiplome für Maturitätsschulen, AGS 1998, 4473; über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen, AGS 2000, 4912; für die Anerkennung der Diplome der höheren Fachschulen für Soziale Arbeit, AGS 2000, 4921; über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome, AGS 2000, 4927; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe, AGS 2000, 4932; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I, AGS 2000, 4938; des SRK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 416; des SRK über die Anerkennung von kantonalen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 420; der SDK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 423; der SDK über die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen in der Schweiz, KA 2001, 426; der SDK über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome im Gesundheitswesen, KA 2002, 2068; Statut der SDK für die einheitliche Prüfung der Chiropraktoren und Chiropraktorinnen in der Schweiz, KA 2004, 1897 und Reglement über die Interkantonale Chiropraktorenprüfung KA 2004, 1901

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

Art. 11

Wer einen im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 geschützten Titel führt, ohne über einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu verfügen, oder wer einen Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Haft oder Busse bestraft. Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen. Strafbestimmung

Art. 12

¹ Die Kosten, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben, werden unter Vorbehalt von Absatz 2 und 3 von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen. Kosten¹⁾

² Für Entscheide und Beschwerdeentscheide betreffend die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung eines kantonalen Diploms oder die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome können Entscheidgebühren in der Höhe von mindestens Fr. 100.– bis höchstens Fr. 2 000.– erhoben werden. Die Entscheidgebühr bemisst sich nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand für die Bearbeitung des Anerkennungsgesuchs.

³ Der Vorstand der jeweiligen Konferenz legt die einzelnen Entscheidgebühren in einem Gebührenreglement fest.

Art. 12^{bis}

¹ Die EDK führt eine Liste über Lehrpersonen, denen im Rahmen eines kantonalen Entscheides die Unterrichtsberechtigung oder die Berufsausübungsbewilligung entzogen wurde. Die Kantone sind verpflichtet, die Personendaten gemäss Absatz 2 dem Generalsekretariat der EDK nach Rechtskraft des entsprechenden Entscheides mitzuteilen. Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung²⁾

² Die Liste enthält den Namen der Lehrperson, das Datum des Diploms oder der Berufsausübungsbewilligung, das Datum der Entzugsverfügung, die Entzugsbehörde und die Dauer des Entzugs, gegebenenfalls das Datum des Entzugs des Lehrdiploms. Kantonale und kommunale Behörden im Bildungsbereich erhalten auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über eine allfällige Eintragung, wenn sie ein berechtigtes Interesse nachweisen und sich die Anfrage auf eine bestimmte Person bezieht.

³ Den betroffenen Lehrpersonen wird vom Eintrag und von der Löschung des Eintrags Kenntnis gegeben. Das Einsichtsrecht der betroffenen Lehrperson ist jederzeit gewährleistet.

⁴ Nach Ablauf der Entzugsdauer, bei Wiedererteilung der Unterrichtsberechtigung oder nach Vollendung des 70. Altersjahrs wird der Eintrag gelöscht.

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁵ Betroffene Lehrpersonen können sich gegen den Listeneintrag innert 30 Tagen seit Zustellung des Eintragungsbescheides bei der Rekurskommission gemäss Artikel 10 Absatz 2 schriftlich und begründet beschweren.

⁶ Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 12^{ter}

Register über
Gesundheits-
fachpersonen¹⁾

¹ Die GDK führt ein Register über die Inhaberinnen und Inhaber von in- und ausländischen Ausbildungsabschlüssen in den im Anhang zu dieser Vereinbarung aufgeführten Gesundheitsberufen. Sie kann diese Aufgabe an Dritte delegieren.

² Das Zentralsekretariat der GDK passt den Anhang jeweils dem neuesten Stand an.

³ Das Register dient dem Schutz und der Information von Patientinnen und Patienten, der Information von in- und ausländischen Stellen, der Qualitätssicherung sowie zu statistischen Zwecken.

⁴ Das Register enthält die Personendaten (Name, Mädchenname, Geburtsdatum und Geburtsort, Nationalität) der Diplominhaberinnen und -inhaber. Es enthält ausserdem die Diplomart, das Datum und den Ort der Diplomausstellung sowie Angaben zu allfälligen von den zuständigen Behörden erteilten Berufsausübungsbewilligungen einschliesslich deren Erlöschen. Entzug, Verweigerung und Änderungen der Bewilligungen sowie andere rechtskräftige aufsichtsrechtliche Massnahmen werden unter Nennung der verfügenden Behörde und Angabe des Verfügungsdatums im Register eingetragen.

⁵ Die für die Diplomerteilung zuständigen und die in den Kantonen mit der Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens betrauten Stellen sorgen für die unverzügliche Übermittlung der Daten.

⁶ Bei Nachweis eines berechtigten Interesses werden auf schriftliche Anfrage Auskünfte über konkrete Einträge gemäss Absatz 4 Satz 1 und 2, insbesondere an kantonale und ausländische Behörden, Krankenversicherer und Arbeitgeber erteilt. Auskünfte über Einträge betreffend aufsichtsrechtliche Massnahmen werden nur den für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen zuständigen Behörden erteilt.

⁷ Für die Erteilung von Auskünften an Private und ausserkantonale Stellen wird eine Kanzleigebühr erhoben.

⁸ Alle Eintragungen zu einer Person werden mit Vollendung des 70. Lebensjahres oder wenn eine Behörde deren Ableben meldet aus dem Register entfernt. Verwarnungen, Verweise und Bussen werden fünf Jahre nach deren Anordnung, der Eintrag von Einschränkungen der Berufsausübung fünf Jahre nach deren Aufhebung im Register mit dem Vermerk "gelöscht"

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

versehen. Beim Eintrag eines befristeten Berufsausübungsverbot wird zehn Jahre nach dessen Aufhebung der Vermerk "gelöscht" angebracht.

⁹ Das Einsichtsrecht der betroffenen Gesundheitsfachpersonen ist jederzeit gewährleistet.

¹⁰ Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 13

¹ Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt. Dieser teilt die Beitrittserklärung dem Bundesrat mit. Beitritt/Kündigung

² Die Vereinbarung kann je auf Ende eines Kalenderjahres, unter Beachtung einer Frist von drei Jahren, gekündigt werden.

Art. 14

¹ Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens 17 Kantone beigetreten sind ¹⁾ und wenn sie vom Bund genehmigt ²⁾ worden ist. In-Kraft-Treten

² ¹⁾ Von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren im Einvernehmen mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

³ Die Änderungen vom 16. Juni 2005 wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

⁴ Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Änderung der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind. Sie ist dem Bund zur Kenntnis zu geben.

Bern, 18. Februar 1993

Der Präsident
Peter Schmid

Der Generalsekretär
Moritz Arnet

Bern, 16. Juni 2005

Der Präsident
Hans Ulrich Stöckling

Der Generalsekretär
Hans Ambühl

¹⁾ Von der EDK am 27. Oktober 1994 auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt

²⁾ Vom EDI am 24. November 1994 genehmigt

Anhang gemäss Art. 12^{ter} Abs. 1

Chiropraktorerinnen und Chiropraktoren
Osteopathinnen und Osteopathen
Pflegefachfrauen und -fachmänner
Krankenschwestern und -pfleger in allgemeiner Krankenpflege
Krankenschwestern und -pfleger in psychiatrischer Krankenpflege
Krankenschwestern und -pfleger in Kinderkrankenpflege, Wochen- und Säuglingspflege
Krankenschwestern und -pfleger in integrierter Krankenpflege
Pflegefachfrauen und -fachmänner DNI
Krankenpflegerinnen und -pfleger FA SRK
Gesundheitsschwestern und -pfleger
Technische Operationsfachfrauen und -fachmänner
Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter
Hebammen
Medizinische Laborantinnen und Laboranten
Podologinnen und Podologen
Medizinische Masseurinnen und Masseure
Fachleute in medizinisch-technischer Radiologie
Orthoptistinnen und Orthoptisten
Ernährungsberaterinnen und -berater
Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten
Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten
Dentalhygienikerinnen und Dentalhygieniker
Fachangestellte Gesundheit

Gesetz über die Anpassung von Erlassen an die Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

Art. 1

Die nachstehend aufgeführten Erlasse werden wie folgt geändert:

Anzupassende
Erlasse

1. Gesetz über die Kindergärten im Kanton Graubünden (Kindergartengesetz) vom 17. Mai 1992 (BR 420.500)

Art. 12

¹ Das Departement kann die Unterrichtsberechtigung entziehen und den Entzug im Lehrdiplom vermerken, wenn die Eignung für die Lehrtätigkeit fehlt. Bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse kann das Departement den Entzug widerrufen und der betroffenen Person ein Lehrdiplom ohne Vermerk ausstellen.

Entzug der
Unterrichts-
berechtigung

² Das Departement kann den Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung den innerkantonalen schulischen Anstellungsbehörden bekannt geben und der mit der Führung einer gesamtschweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

³ Der Entscheid des Departements über den Entzug der Unterrichtsberechtigung kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

2. Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz) vom 26. November 2000 (BR 421.000)

Art. 33

¹ Das Departement kann die Unterrichtsberechtigung entziehen und den Entzug im Lehrdiplom vermerken, wenn die Eignung für die Lehrtätigkeit fehlt. Bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse kann

Entzug der
Unterrichts-
berechtigung

das Departement den Entzug widerrufen und der betroffenen Person ein Lehrdiplom ohne Vermerk ausstellen.

² Das Departement kann den Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung den innerkantonalen schulischen Anstellungsbehörden bekannt geben und der mit der Führung einer gesamtschweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

³ Der Entscheid des Departements über den Entzug der Unterrichtsberechtigung kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

3. Gesetz über die Mittelschulen im Kanton Graubünden (Mittelschulgesetz) vom 7. Oktober 1962 (BR 425.000)

Art. 2bis

Entzug der
Unterrichts-
berechtigung

¹ Das Departement kann die Unterrichtsberechtigung entziehen und den Entzug im Lehrdiplom vermerken, wenn die Eignung für die Lehrtätigkeit fehlt. Bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse kann das Departement den Entzug widerrufen und der betroffenen Person ein Lehrdiplom ohne Vermerk ausstellen.

² Das Departement kann den Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung den innerkantonalen schulischen Anstellungsbehörden bekannt geben und der mit der Führung einer gesamtschweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

³ Der Entscheid des Departements über den Entzug der Unterrichtsberechtigung kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

4. Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG) vom 8. Dezember 2004 (BR 427.200)

Art. 14 Marginalie

Angehörige der
Hochschule
1. Personal
a) Anstellung

Art. 14a

b) Entzug der
Unterrichts-
berechtigung

¹ Das Departement kann die Unterrichtsberechtigung entziehen und den Entzug im Lehrdiplom vermerken, wenn die Eignung für die Lehrtätigkeit fehlt. Bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse kann das Departement den Entzug widerrufen und der betroffenen Person ein Lehrdiplom ohne Vermerk ausstellen.

² Das Departement kann den Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung den innerkantonalen schulischen Anstellungsbehörden bekannt geben und der mit der Führung einer gesamtschweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

schweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

³ Der Entscheid des Departements über den Entzug der Unterrichtsberechtigung kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

5. Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTWG) vom 8. Dezember 2004 (BR 427.500)

Art. 12 Marginalie

Angehörige der
Hochschule
I. Personal
a) Anstellung

Art. 12a

¹ Das Departement kann die Unterrichtsberechtigung entziehen und den Entzug im Lehrdiplom vermerken, wenn die Eignung für die Lehrtätigkeit fehlt. Bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse kann das Departement den Entzug widerrufen und der betroffenen Person ein Lehrdiplom ohne Vermerk ausstellen.

b) Entzug der
Unterrichtsberechtigung

² Das Departement kann den Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung den innerkantonalen schulischen Anstellungsbehörden bekannt geben und der mit der Führung einer gesamtschweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

³ Der Entscheid des Departements über den Entzug der Unterrichtsberechtigung kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

6. Gesetz über die Berufsbildung im Kanton Graubünden (Kantonales Berufsbildungsgesetz) vom 6. Juni 1982 (BR 430.000)

Art. 34bis

¹ Das Departement kann die Unterrichtsberechtigung entziehen und den Entzug im Lehrdiplom vermerken, wenn die Eignung für die Lehrtätigkeit fehlt. Bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse kann das Departement den Entzug widerrufen und der betroffenen Person ein Lehrdiplom ohne Vermerk ausstellen.

Entzug der
Unterrichtsberechtigung

² Das Departement kann den Entzug und die Wiedereinräumung der Unterrichtsberechtigung den innerkantonalen schulischen Anstellungsbehörden bekannt geben und der mit der Führung einer gesamtschweizerischen Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung betrauten Stelle melden.

³ Der Entscheid des Departements über den Entzug der Unterrichtsberechtigung kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

7. Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Gesundheitsgesetz) vom 2. Dezember 1984 (BR 500.000)

Art. 6a lit. f

- f) kann den Stellen, die mit der Führung von gesamtschweizerischen Registern über Personen, die einen Beruf des Gesundheitswesens ausüben, betraut sind, die zum Schutze der öffentlichen Gesundheit notwendigen Daten mitteilen.**

Art. 2

Referendum,
In-Kraft-Treten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes.

Cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun dals 18 da favrer 1993, revedida parzialmain ils 16 da zercladur 2005

midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala, suenter avair gù invista da la missiva da la regenza dals ...

concluda:

1. La revisiun parziala da la cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun dals 18 da favrer 1993 vegn approvada tenor il sboz agiuntà dals 16 da zercladur 2005.
2. La regenza exequescha quest conclus.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn suttamessas al referendum facultativ.

Conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (conferenza da las directuras e dals directurs da l'educaziun publica)

Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da sanidad (conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da sanidad) ¹⁾

Cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun

dals 18 da favrer 1993

Art. 1

^{1 2)} Questa cunvegna regla la renconuschientscha da certificats da scolaziun chantunals, l'administraziun d'ina glista da persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir sco er in register davart persunas spezializadas dal sector da la sanadad Intent

^{2 3)} Applitgond dretg naziunal ed internaziunal regla ella la renconuschientscha da certificats da scolaziun esters.

³ Ella promova l'access liber a scolas che mainan vinavant ed a la pratica da la professiun. Ella gida a garantir la qualidad da las scolaziuns per l'entira Svizra.

^{4 4)} Ella furma la basa per cunvegna tranter la confederaziun ed ils chantuns tenor l'artitgel 16 ainea 2 da la lescha federala davart las scolas autas professiunalas.

Art. 2

La cunvegna vala per tut las scolaziuns e per tut las professiuns, da las qualas la regulaziun croda en il champ da cumpetenzza dals chantuns. Champ d'applicaziun

Art. 3

¹ Per ils secturs, per ils quals èn cumpetents tant la confederaziun sco er ils chantuns, ston vegnir tschertgadas soluziuns cuminaivlas. Collavuraziun cun la confederaziun ⁵⁾

² La collavuraziun cun la confederaziun succeda en spezial en ils secturs:

¹⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

²⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

³⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

⁴⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

⁵⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

- a. da la renconuschientscha da la maturitad (maturitad generala per la scola auta);
- b. da la renconuschientscha da la maturitad professiunala en spezial e da la maturitad generala per la scola auta professiunala en general;
- c. da la renconuschientscha dals diploms d'instrucziun per scolas professiunalas spezializadas;
- d. da la fixaziun dals principis per porscher studis per in diplom en il sector da las scolas autas professiunalas; e
- e. da la cogestiun e da la collavuraziun dals chantuns tar dumondas internaziunalas.

³La cumpetenzza per far cunvegna tenor l'artitgel 1 alinea 4 è chausa da la radunanza plenara da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP). Tar las professiuns dal sector da la sanadad sto vegnir integrada la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da sanidad (CDS) en las tractativas per far ina cunvegna.

Art. 4

Autoritad da renconuschientscha

¹⁾L'autoritad da renconuschientscha è la CDEP. La CDS renconuscha certificats da scolaziun en ses sector da cumpetenzza, sche la confederaziun n'è betg cumpetenta.

²Mintga chantun che fa part da la cunvegna ha ina vusch. Tschels chantuns han vuschs consultativas.

Art. 5

Execuziun da la cunvegna

¹La conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica exequescha la cunvegna.

²⁾En quest connex collavura ella cun la confederaziun e cun la conferenza universitara svizra en tut las dumondas dals certificats da scolaziun universitars.

³⁾La conferenza svizra da las directuras e dals directurs da sanidad exequescha la cunvegna en ses champ da cumpetenzza. Ella po surdar l'execuziun a terzas personas; en mintga cas ha ella l'incumbenza da la surveglianza suprema.

Art. 6

Reglaments da renconuschientscha

¹ Ils reglaments da renconuschientscha fixeschan per singuls certificats da scolaziun u per gruppas da certificats da scolaziun parentads spezialmain:

- a. las premissas da la renconuschientscha (art. 7);

¹⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

²⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

³⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

- b. la procedura da renconuschientscha; e
- c. las premissas per renconuscher certificats da scolaziun esters.

² L'autorità da renconuschientscha relascha il reglament da renconuschientscha suenter avair consultà las organisaziuns professiunalas e las uniuns professiunalas ch'èn participadas directamain. En cas d'ina delegaziun da l'execuziun tenor l'artigel 5 alinea 3 ha ella l'incumbensa d'approvar il reglament da renconuschientscha.

³ Il reglament da renconuschientscha respectivamain l'approvaziun da tal basegna il consentiment da dus terzs da las commembras e dals commembers da l'autorità da renconuschientscha cumpetenta cun dretg da votar.

Art. 7

¹ Las premissas da renconuschientscha numnan las pretensiuns minimalas, a las qualas in certificat da scolaziun sto satisfacer. Standards svizzers da scolaziun e da professiun sco er eventualmain las pretensiuns internaziunalas ston vegnir resguardads en moda adequata en quest connex.

Premisas da renconuschientscha

² Las suandantas pretensiuns ston vegnir fixadas stringentamain:

- a. la qualificaziun che vegn documentada cun il certificat; e
- b. la procedura d'examinaziun per questa qualificaziun.

³ Ulteriuras pretensiuns pon vegnir fixadas, sco:

- a. la durada da la scolaziun;
- b. las premissas d'admissiun per la scolaziun;
- c. la materia d'instrucziun; e
- d. la qualificaziun da las persunas d'instrucziun.

Art. 8

¹ La renconuschientscha documentescha ch'il certificat da scolaziun correspunda a las premissas fixadas en questa cunvegna ed en il reglament da renconuschientscha correspondent.

Effects da la renconuschientscha

² Ils chantuns da cunvegna concedan a las titularas ed als titulars d'in certificat da scolaziun renconuschì il medem access a las professiuns reglamentadas dal chantun sco a las persunas diplomadas correspudentamain da l'agen chantun.

³ Ils chantuns da cunvegna laschan entrar las titularas ed ils titulars d'in certificat da scolaziun renconuschì sut las medemas premissas en las scolas che mainan vinavant sco a las persunas diplomadas correspudentamain da l'agen chantun. Resalvadas restan la capacità da recepciun da las scolas e las cumpensaziuns finanzia las adequatas.

⁴ Titularas e titulars d'in certificat da scolaziun renconuschì èn autorisads da purtar in titel correspondent protegi, premess ch'il reglament da renconuschientscha prevesa expressivamain quai.

Art. 9Documentaziun,
publicaziun

¹ La conferenza da las directuras e dals directurs da l'educaziun publica maina ina documentaziun davart ils certificats da scolaziun renconuschids.

² Ils chantuns da cunvegna s'obligheschan da publitgar ils reglaments da renconuschientscha en ils organs uffizials da publicaziun ¹⁾.

Art. 10Proteccziun
giuridica²⁾

¹ Davart la contestaziun dals reglaments e da las decisziuns da las autoritads da renconuschientscha tras in chantun e davart autras dispitas tranter ils chantuns decida – sin fundament da plants da dretg public – il tribunal federal tenor l'artitgel 83 litera b da la lescha federala davart l'organisaziun giudiziala federala dals 16 da december 1943.

² Cunter las decisziuns da las autoritads da renconuschientscha pon persunas privatas pertutgadas far in recurs motivà en scrit tar ina cumissiun da recurs installada da la suprastanza da la conferenza respectiva, e quai entaifer 30 dis dapi la communicaziun. Ils princips generals da procedura da la lescha federala davart la procedura administrativa dals 20 da december 1968 vegnan applitgads conform al senn. Las decisziuns da las cumissiuns da recurs pon vegnir contestadas tenor l'artitgel 84 alinea 1 literas a e b da la lescha federala davart

¹⁾ reglaments: per la renconuschientscha dals diploms en art figurativ, CUL 1996, 3694; davart la renconuschientscha dals diploms per la furmaziun superiura en musica, CUL 1997, 3963; davart la renconuschientscha dals diploms per magistras e magisters per creschids, CUL 1998, 4150; davart la renconuschientscha dals diploms d'instrucziun per pedagogia curativa en scola, CUL AGS 1998, 4467; davart la renconuschientscha dals diploms d'instrucziun per scolas da maturitad, CUL 1998, 4473; davart la renconuschientscha da certificats da maturitad gimnasials, CUL 2000, 4912; davart la renconuschientscha dals diploms da las scolas spezialisadas superiuras per lavur sociala, CUL 2000, 4921; davart la renconuschientscha dals diploms chantunals da scolas autas professiunalas, CUL 2000, 4927; davart la renconuschientscha dals diploms da scolas autas per persunas d'instrucziun dal stgalim prescolar e primar, CUL 2000, 4932; davart la renconuschientscha dals diploms da scolas autas per persunas d'instrucziun dal stgalim secundar I, 2000, 4938; da la CCS davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun da l'exteriur, FUC 2001, 416; da la CCS davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun chantunals, FUC 2001, 420; da la CDS davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun da l'exteriur, FUC 2001, 423; da la CDS davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun chantunals dal sector da sanadad en Svizra, FUC 2001, 426; da la CDS davart la renconuschientscha dals diploms chantunals da scolas autas professiunalas dal sector da sanadad, FUC 2002, 2068; statud da la CDS davart l'examen standardisà da chiropratica en Svizra, FUC 2004, 1897; e reglament davart l'examen interchantunal da chiropratica FUC 2004, 1901

²⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

l'organisaziun giudiziala federala dals 16 da december 1943 tar il tribunal federal cun in recurs da dretg public.

³ La suprastanza da la conferenza respectiva regla en in reglament la cumposiziun e l'organisaziun da la cumissiun da recurs.

Art. 11

Tgi che porta in titel protegi en il senn da l'artitgel 8 alinea 4 senza disponer d'in certificat da scolaziun renconuschì u tgi che fa diever d'in titel che dat l'impressiun ch'el haja acquistà in certificat da scolaziun renconuschì, vegn chastia cun arrest u cun multa. Tgi che agescha per negligientscha vegn chastia. La persecuziun penala è chausa dals chantuns.

Disposiziun penala

Art. 12

¹ Cun resalva dals alineas 2 e 3 vegnan ils custs che resultan da questa cunvegna surpigliads dals chantuns da cunvegna a norma dal dumber d'abitantas e d'abitants.

Custs ¹⁾

² Per decisiuns e per decisiuns da recurs concernent la renconuschientscha posteriura naziunala d'in diplom chantunal u concernent la renconuschientscha da diploms da professiun esters pon vegnir incassadas taxas da decisiun d'almain 100.– francs fin maximalmain 2'000.– francs. La taxa da decisiun vegn calculada tenor il temp impundi e tenor la lavur impundida per elavurar la dumonda da renconuschientscha.

³ La suprastanza da la conferenza respectiva fixescha las singulas taxas da decisiun en in reglament da taxas.

Art. 12^{bis}

¹ La CDEP maina ina glista da persunas d'instrucziun, da las qualas è vegnida retratga – en il rom d'ina decisiun chantunala – la permissiun d'instruir u la permissiun per pratitgar la professiun. Ils chantuns èn obligads da communitgar las datas da persunas tenor l'aleina 2 al secretariat general da la CDEP, suenter che la decisiun correspondentia è entrada en vigur.

Glista da persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir ²⁾

² La glista cuntegna il num da la persuna d'instrucziun, la data dal diplom u da la permissiun per pratitgar la professiun, la data da la disposiziun da retratga, l'autorità da retratga e la durada da la retratga ed eventualmain la data da la retratga dal diplom d'instrucziun. Sin basa d'ina dumonda en scrit survegnan las autoritads chantunals e communalas en il sectur da la furnaziun infurmaziuns davart in'eventuala registraziun, sch'ellas cumprovan in interess giustifitgà e sche la dumonda sa referescha ad ina tsherta persuna.

¹⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

²⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

³ Las personas d'instrucziun pertutgadas vegnan infurmadadas davart la registraziun e davart l'extincziun da la registraziun. La persona d'instrucziun pertutgada ha da tut temp il dretg da prender invista.

⁴ Suenten che la durada è scadida, en cas che la permissiun d'instruir è puspè vegnida concedida u suenter ch'il 70avel onn da vegliadetgna è vegni cumpleni, vegn la registraziun estinguida.

⁵ Cunter la registraziun sin la glista pon personas d'instrucziun pertutgadas far recurs motivà en scrit tar la cumissiun da recurs tenor l'artitgel 10 alinea 2, e quai entaifer 30 dis dapi la consegna da la comunicaziun da la registraziun.

⁶ Dal rest vegnan applitgads conform al senn ils princips dal dretg davart la protecciun da datas dal chantun Berna.

Art. 12^{ter}

Register davart
persunas spezial-
sadas dal sector
da la sanadad¹⁾

¹ La CDS maina in register davart las titularas e davart ils titulars da certificats da scolaziun naziunals ed esters da las professiuns dal sector da la sanadad che vegnan menziunadas en l'aggiunta da questa cunvegna. Ella po delegar questa incumbensa a terzas personas.

² Il secretariat central da la CDS adatta l'aggiunta mintgamai al stadi il pli actual.

³ Il register serva a proteger ed ad infurmar pazientas e pazients, ad infurmar posts naziunals ed esters, a garantir la qualitat sco er ad intents statistics.

⁴ Quest register cuntogna las datas da personas (num, num da matta, data da naschientscha e lieu da naschientscha, naziunalitad) da las titularas dal diplom e dals titulars dal diplom. El cuntogna ultra da quai il gener dal diplom, la data ed il lieu da l'emissiun dal diplom sco er indicaziuns davart las permissiuns per pratitgar la professiun concedidas da las autoritads cumpetentas, inclusiv lur scadenza. Remartgadas en il register vegnan la retratga, la refusa e midadas da las permissiuns sco er autras mesiras tenor il dretg da surveglianza cun vigor legala cun numnar l'autoritad disponenta e la data da la disposiziun.

⁵ Ils posts cumpetents per conceder ils diploms ed ils posts chantunals ch'èn incaricads cun la surveglianza da las professiuns en il sector da la sanadad procuran che las datas vegnian transferidas immediatamain.

⁶ Sch'i vegn cumprovà in interess giustifitgà, vegnan dadas – sin ina dumonda en scrit – infurmaziuns davart registraziuns concretas tenor l'artitgel 4 frasas 1 e 2, spezialmain ad autoritads chantunalas ed estras, ad assicuranzas da malsauens ed a patrunas u a patruns. Infurmaziuns davart registraziuns concernent mesiras tenor il dretg da surveglianza vegnan mo

¹⁾ midada dals 16 da zercladur 2005

datas a las autoritads ch'èn cumpetentas per conceder las permissiuns per pratitgar la professiun.

⁷ Per dar infurmaziuns a personas privatas ed a posts extrachantunals vegn incassada ina taxa da chanzlia.

⁸ Tut las registraziuns davart ina persuna vegnan allontanadas dal register, sch'ella cumplenescha il 70avel onn da vegliadetgna u sch'ina autoritad communitgescha sia mort. Avertiments, reprimandas e multas vegnan segnads en il register cun l'annotaziun "extingui" tshintg onns suenter lur disposiziun e la registraziun da restricziuns per pratitgar la professiun tshintg onns suenter sia aboliziun. En cas da la registraziun d'in scumond limità da pratitgar la professiun vegn messa – diesch onns suenter sia aboliziun – l'annotaziun "extingui".

⁹ La persuna spezialisada pertutgada dal sector da la sanadad ha da tut temp il dretg da prender invista.

¹⁰ Dal rest vegnan applitgads conform al senn ils princips dal dretg davart la protecziun da datas dal chantun Berna.

Art. 13

¹ La participaziun a questa cunvegna vegn declerada a la suprastanza da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica. Questa communitgescha la decleraziun da participaziun al cussegl federal.

Participaziun/desditga

² La cunvegna po vegnir desditga mintgamai cun la fin d'in onn chalendar, resguardond in termin da trais onns.

Art. 14

¹ La suprastanza da la conferenza da las directuras e dals directurs da l'educaziun publica metta en vigur la cunvegna, sche almain 17 chantuns èn sa participads ¹⁾ e sch'ella è vegnida approvada ²⁾ da la confederaziun.

Entrada en vigur

² ¹⁾ Concludida da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica en enclegientscha cun la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da sanidad e da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials.

³ Las midadas dals 16 da zercladur 2005 èn vegnidas concluidas da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica e da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da sanidad en enclegientscha cun la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials.

⁴ La suprastanza da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica metta en vigur la midada da la

¹⁾ messa en vigur da la CDEP ils 27 d'october 1994 per il 1. da schaner 1995

²⁾ approvada dal DFI ils 24 da november 1994

cunvegna, sche tut ils chantuns da cunvegna èn sa participads. Ella sto vegnir communitgada a la confederaziun.

Berna, ils 18 da favrer 1993

Il president	Il secretari general
Peter Schmid	Moritz Arnet

Berna, ils 16 da zercladur 2005

Il president	Il secretari general
Hans Ulrich Stöckling	Hans Ambühl

Agiunta tenor l'art. 12^{ter} al. 1

chiropraticantas e chiropraticants
osteopatas ed osteopats
tgirunzas e tgirunzs
tgirunzas e tgirunzs per la tgira generala da personas malsaunas
tgirunzas e tgirunzs per la tgira psichiatrica da personas malsaunas
tgirunzas e tgirunzs per la tgira d'uffants malsauns, da pagliolancas e d'uffants pitschens
tgirunzas e tgirunzs per la tgira integrada da personas malsaunas
tgirunzas e tgirunzs cun diplom dal nivel I (DNI)
tgirunzas e tgirunzs cun certificat professiunal da la crusch cotschna svizra (CP CCS)
tgirunzas e tgirunzs da sanadad
assistentas d'operaziun tecnicas ed assistents d'operaziun tecnicos
gidantras e gidanters da salvament
spendreras
laborantas medicinalas e laborants medicinals
podologas e podologs
massadras medicinalas e massaders medicinals
asistentas ed assistents da radiologia medicinal-tecnica
ortoptistas ed ortoptists

cussegliadras e cussegliaders da nutriment
ergoterapeutas ed ergoterapeuts
fisioterapeutas e fisioterapeuts
igienicras ed igienichers da dents
emploiadadas spezialisadas ed emploiads spezialisads da sanadad

Lescha davart l'adattaziun da relaschs a la cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 10 da schaner 2006,

concluda:

Art. 1

Ils relaschs menziunads qua sutvart vegnan midads sco suonda:

Relaschs che ston vegnir adattads

1. Lescha davart las scolinas dal chantun Grischun (lescha da scolina) dals 17 da matg 1992 (DG 420.500)

Art. 12

¹ Il departament po retrair la permissiun d'instruir e remartgar la retratga en il diplom d'instrucziun, sche la qualificaziun per instruir manca. En cas d'ina midada essenziala da las relaziuns po il departament revocar la retratga ed emetter per la persuna pertutgada in diplom d'instrucziun senza remartga.

Retratga da la permissiun d'instruir

² Il departament po communitgar la retratga e la reconcessiun da la permissiun d'instruir a las autoritads ch'engaschan persunas d'instrucziun entaifer il chantun ed annunziar quai al post ch'è incumbensà da manar ina glista naziunala davart persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir.

³ Cunter la decisiun dal departament da retrair la permissiun d'instruir po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

2. Lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (lescha da scola) dals 16 da november 2000 (DG 421.000)

Art. 33

¹ Il departament po retrair la permissiun d'instruir e remartgar la retratga en il diplom d'instrucziun, sche la qualificaziun per instruir manca. En cas d'ina midada essenziala da las relaziuns po il

Retratga da la permissiun d'instruir

departament revocar la retratga ed emetter per la persuna pertutgada in diplom d'instrucziun senza remartga.

² Il departament po communitgar la retratga e la reconcessiun da la permissiun d'instruir a las autoritads ch'engaschan persunas d'instrucziun entaifer il chantun ed annunziar quai al post ch'è incumbensà da manar ina glista naziunala davart persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir.

³ Cunter la decisiun dal departament da retrair la permissiun d'instruir po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

3. Lescha davart las scolas medias en il chantun Grischun (lescha davart las scolas medias) dals 7 d'october 1962 (DG 425.000)

Art. 2bis

Retratga da la permissiun d'instruir

¹ Il departament po retrair la permissiun d'instruir e remartgar la retratga en il diplom d'instrucziun, sche la qualificaziun per instruir manca. En cas d'ina midada essenziala da las relaziuns po il departament revocar la retratga ed emetter per la persuna pertutgada in diplom d'instrucziun senza remartga.

² Il departament po communitgar la retratga e la reconcessiun da la permissiun d'instruir a las autoritads ch'engaschan persunas d'instrucziun entaifer il chantun ed annunziar quai al post ch'è incumbensà da manar ina glista naziunala davart persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir.

³ Cunter la decisiun dal departament da retrair la permissiun d'instruir po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

4. Lescha davart la scola auta da pedagogia (LSAP) dals 8 da december 2004 (DG 427.200)

Art. 14 marginala

Appartegentas ed appartegents da la scola auta
1. persunal
a) engaschament

Art. 14a

b) retratga da la permissiun d'instruir

¹ Il departament po retrair la permissiun d'instruir e remartgar la retratga en il diplom d'instrucziun, sche la qualificaziun per instruir manca. En cas d'ina midada essenziala da las relaziuns po il departament revocar la retratga ed emetter per la persuna pertutgada in diplom d'instrucziun senza remartga.

² Il departament po communitgar la retratga e la reconcessiun da la permissiun d'instruir a las autoritads ch'engaschan persunas d'instrucziun entaifer il chantun ed annunziar quai al post ch'è

incumbensà da manar ina glista naziunala davart persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir.

³ Cunter la decisiun dal departament da retrair la permissiun d'instruir po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

5. Lescha davart la scola auta da tecnica ed economia (LSATE) dals 8 da december 2004 (DG 427.500)

Art. 12 marginala

Appartegentas
ed appartegnents
da la scola auta
1. persunal
a) engaschament

Art. 12a

¹ Il departament po retrair la permissiun d'instruir e remartgar la retratga en il diplom d'instrucziun, sche la qualificaziun per instruir manca. En cas d'ina midada essenziala da las relaziuns po il departament revocar la retratga ed emitter per la persuna pertutgada in diplom d'instrucziun senza remartga.

b) retratga da la
permissiun
d'instruir

² Il departament po communitgar la retratga e la reconcessiun da la permissiun d'instruir a las autoritads ch'engaschan persunas d'instrucziun entaifer il chantun ed annunziar quai al post ch'è incumbensà da manar ina glista naziunala davart persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir.

³ Cunter la decisiun dal departament da retrair la permissiun d'instruir po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

6. Lescha davart la furmaziun professiunala en il chantun Grischun (lescha chantunala davart la furmaziun professiunala) dals 6 da zercladur 1982 (DG 430.000)

Art. 34bis

¹ Il departament po retrair la permissiun d'instruir e remartgar la retratga en il diplom d'instrucziun, sche la qualificaziun per instruir manca. En cas d'ina midada essenziala da las relaziuns po il departament revocar la retratga ed emitter per la persuna pertutgada in diplom d'instrucziun senza remartga.

Retratga da la
permissiun
d'instruir

² Il departament po communitgar la retratga e la reconcessiun da la permissiun d'instruir a las autoritads ch'engaschan persunas d'instrucziun entaifer il chantun ed annunziar quai al post ch'è incumbensà da manar ina glista naziunala davart persunas d'instrucziun senza permissiun d'instruir.

³ Cunter la decisiun dal departament da retrair la permissiun d'instruir po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

7. Lescha davart ils fatgs da sanadad dal chantun Grischun (lescha da sanadad) dals 2 da december 1984 (DG 500.000)

Art. 6a lit. f

- f) po communitgar las datas ch'èn necessarias per proteger la sanadad publica als posts ch'èn incumbensads da manar ils registers naziunals davart las personas che pratitgeschan ina professiun en il sector da la sanadad.**

Art. 2

Referendum,
entrada en vigur

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

² La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

Accordo intercantonale del 18 febbraio 1993 sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali, parzialmente riveduto il 16 giugno 2005

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

1. Viene approvata la revisione parziale dell'Accordo intercantonale del 18 febbraio 1993 sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali conformemente al disegno allegato del 16 giugno 2005.
2. Il Governo provvede all'esecuzione della presente decisione.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
(Conferenza dei direttori della pubblica educazione)

Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità
(Conferenza delle direttrici e dei direttori della sanità)¹⁾

Accordo intercantonale sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali

del 18 febbraio 1993

Art. 1

^{1 2)}L'accordo stabilisce le regole per il riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali cantonali, per la gestione di una lista degli insegnanti ai quali è stato ritirato il diritto d'insegnare e di un registro dei professionisti della salute. Scopo

^{2 3)}Esso regola, in applicazione del diritto nazionale e internazionale, il riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali esteri.

³ Esso favorisce il libero accesso alla formazione superiore e all'esercizio della professione. Contribuisce a garantire la qualità della formazione in tutta la Svizzera.

^{4 4)}Esso costituisce la base per accordi tra la Confederazione e i cantoni secondo l'articolo 16 capoverso 2 della Legge federale sulle scuole universitarie professionali.

Art. 2

¹ Il presente accordo si applica a tutte le formazioni e a tutte le professioni che sono regolamentate dai cantoni. Campo di applicazione

Art. 3

¹ Nei campi in cui le competenze sono ripartite tra Confederazione e cantoni vanno ricercate delle soluzioni d'intesa. Collaborazione con la Confederazione⁵⁾

² La collaborazione con la Confederazione si esplica in particolare nei seguenti campi:

¹⁾ Modifica del 16 giu. 2005

²⁾ Modifica del 16 giu. 2005

³⁾ Modifica del 16 giu. 2005

⁴⁾ Modifica del 16 giu. 2005

⁵⁾ Modifica del 16 giu. 2005

- a. riconoscimento degli attestati di maturità (attitudine generale per intraprendere degli studi superiori),
- b. riconoscimento degli attestati di maturità professionale, e in generale, dell'attitudine ad intraprendere degli studi in una scuola universitaria professionale,
- c. riconoscimento dei diplomi per l'insegnamento nelle scuole professionali,
- d. definizione dei principi che regolano l'offerta di cicli di studio sanciti da un diploma nel campo delle scuole universitarie professionali, e
- e. consultazione e partecipazione dei cantoni nelle questioni internazionali.

³La conclusione d'accordi come previsto dall'articolo 1 capoverso 4, è di competenza dell'Assemblea plenaria della Conferenza dei direttori della pubblica educazione (CDPE). Nel campo delle professioni della salute, la Conferenza delle direttrici e dei direttori della sanità (CDS) deve essere associata a tutti i negoziati svolti in vista della conclusione di un accordo.

Art. 4

Autorità di riconoscimento

¹¹⁾L'autorità di riconoscimento è la CDPE. La CDS riconosce diplomi scolastici e professionali nei campi di sua competenza, sempre che la competenza non spetti alla Confederazione.

²Ogni cantone che ha aderito all'accordo dispone di un voto. Gli altri cantoni hanno voto consultivo.

Art. 5

Applicazione dell'accordo

¹La Conferenza dei direttori della pubblica educazione è incaricata dell'applicazione dell'accordo.

²²⁾A tale scopo collabora con la Confederazione e con la Conferenza universitaria svizzera in tutte le questioni concernenti i diplomi universitari.

³³⁾La Conferenza delle direttrici e dei direttori della sanità applica l'accordo nel campo di sua competenza. Può affidare l'incarico a terzi, ma resta, in ogni caso, responsabile per la vigilanza.

Art. 6

Regolamenti di riconoscimento

¹I regolamenti di riconoscimento fissano per tutti i diplomi scolastici e professionali o per delle categorie di diploma, in particolare:

- a. le condizioni di riconoscimento (articolo 7),
- b. la procedura per il riconoscimento, e

¹⁾ Modifica del 16 giu. 2005

²⁾ Modifica del 16 giu. 2005

³⁾ Modifica del 16 giu. 2005

c. le condizioni per il riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali esteri.

² L'autorità di riconoscimento emana il regolamento di riconoscimento dopo aver consultato le organizzazioni e le associazioni professionali direttamente interessate. Se l'incarico è affidato a terzi secondo l'articolo 5 capoverso 3, essa deve approvare il regolamento di riconoscimento.

³ Il regolamento di riconoscimento, rispettivamente la sua approvazione, devono essere accettati da almeno i due terzi dei membri aventi diritto di voto dell'autorità di riconoscimento competente.

Art. 7

Le condizioni di riconoscimento precisano le esigenze minime che i diplomi scolastici e professionali devono soddisfare. Si terrà conto in modo adeguato dei modelli relativi alla formazione e alla professione esistenti in Svizzera, così come di eventuali esigenze internazionali.

Condizioni di riconoscimento

² Il regolamento deve disciplinare:

- a. le qualifiche che il diploma attesta, e
- b. il modo con il quale dette qualifiche sono valutate.

³ Può, ulteriormente, contenere altre prescrizioni quali:

- a. la durata della formazione,
- b. le condizioni per essere ammessi alla formazione,
- c. i contenuti dell'insegnamento, e
- d. le qualifiche richieste al corpo insegnante.

Art. 8

¹ Il riconoscimento attesta che il diploma scolastico e professionale soddisfa le condizioni previste dal presente accordo e dallo specifico regolamento di riconoscimento.

Effetti del riconoscimento

² I cantoni che hanno aderito all'accordo garantiscono, ai titolari e alle titolari di un diploma riconosciuto, il medesimo diritto d'accesso alle professioni regolamentate sul piano cantonale di quello accordato ai loro cittadini e cittadine in possesso di un diploma corrispondente.

³ I cantoni che hanno aderito all'accordo autorizzano i titolari e le titolari di un diploma riconosciuto a frequentare le scuole d'ordine superiore alle stesse condizioni previste per i loro cittadini e cittadine in possesso di un diploma corrispondente. Resta riservato il diritto di stabilire le restrizioni dovute alle possibilità d'assunzione nelle singole scuole e di esigere un'adeguata partecipazione finanziaria.

⁴ I titolari e le titolari di un diploma riconosciuto hanno il diritto di portare il titolo corrispondente e garantito, nella misura in cui il regolamento di riconoscimento lo preveda in modo esplicito.

Art. 9Documentazione,
pubblicazione

¹ La Conferenza dei direttori della pubblica educazione allestisce una documentazione sui diplomi scolastici e professionali.

² I cantoni che hanno accettato l'accordo s'impegnano a pubblicare i regolamenti di riconoscimento sul foglio ufficiale.¹⁾

Art. 10Protezione
giuridica²⁾

¹ Ogni contestazione da parte di un cantone nei confronti dei regolamenti e delle decisioni prese dall'autorità di riconoscimento così come ogni disputa tra cantoni può essere oggetto di un'azione di diritto pubblico al Tribunale federale giusta l'articolo 83, lettera b della Legge federale sull'organizzazione giudiziaria del 16 dicembre 1943.

² Contro le decisioni delle autorità di riconoscimento, la persona coinvolta, può inoltrare, entro 30 giorni dalla notifica, presso la commissione di ricorso istituita dal Comitato della conferenza competente, un ricorso scritto e debitamente motivato. I principi generali della Legge federale sulla procedura amministrativa del 20 dicembre 1968 si applicano per analogia. Le decisioni delle commissioni di ricorso possono essere oggetto di un ricorso di diritto pubblico al Tribunale federale, ai sensi dell'articolo 84 capoverso 1, lettera a e b della Legge federale sull'organizzazione giudiziaria del 16 dicembre 1943.

¹⁾ Regolamenti: per il riconoscimento dei diplomi nelle arti figurative vedi AGS 1996, 3694 (in tedesco); per il riconoscimento dei diplomi per responsabili della formazione per adulti vedi AGS 1998, 4150 (in tedesco); per il riconoscimento di diplomi d'insegnante in ortopedagogia scolastica vedi AGS 1998, 4467 (in tedesco); per il riconoscimento di diplomi d'insegnante per scuole di maturità vedi AGS 1998, 4473 (in tedesco); per il riconoscimento degli attestati di maturità liceali vedi AGS 200, 4912 (in tedesco); per il riconoscimento dei diplomi delle scuole professionali superiori di assistenza sociale vedi AGS 200, 4921 (in tedesco); per il riconoscimento dei diplomi cantonali di scuola universitaria professionale vedi AGS 200, 4927 (in tedesco); per il riconoscimento dei diplomi di scuola superiore per insegnanti della prescuola e della scuola elementare vedi AGS 2000, 4932 (in tedesco); per il riconoscimento dei diplomi di scuola superiore per insegnanti del grado secondario I vedi AGS 2000, 4938 (in tedesco); della CRS per il riconoscimento di diplomi di formazione esteri vedi FUC 2001, 416; della CRS per il riconoscimento di diplomi di formazione cantonali vedi FUC 2001, 420; della CDS per il riconoscimento di diplomi di formazione esteri vedi FUC 2001, 423; della CDS per il riconoscimento di diplomi di formazione cantonali nel settore sanitario in Svizzera vedi FUC 2001, 426; della CDS per il riconoscimento di diplomi cantonali di scuola universitaria professionale nel settore sanitario vedi FUC 2002, 2068; Statuto della CDS per l'esame unitario dei chiropratici in Svizzera, FUC 2004, 1897 e Regolamento sull'esame intercantonale dei chiropratici, FUC 2004, 1901

²⁾ Modifica del 16 giu. 2005

³ Il Comitato della conferenza competente stabilisce in un regolamento la composizione e l'organizzazione della commissione di ricorso.

Art. 11

Chiunque si attribuisce un titolo riconosciuto ai sensi dell'articolo 8 capoverso 4 del presente accordo, senza essere titolare di un diploma scolastico o professionale, o che usa un titolo che dia l'impressione che egli detenga un tale diploma, è punibile con l'arresto o con la multa. La negligenza è pure punibile. L'azione giudiziaria spetta ai cantoni.

Disposizioni penali

Art. 12

¹ I costi derivanti dal presente accordo sono a carico dei cantoni firmatari in proporzione al numero degli abitanti. Restano riservate le disposizioni del capoverso 2 e del capoverso 3.

Costi¹⁾

² Per le decisioni concernenti i riconoscimenti retroattivi a livello nazionale, di un diploma cantonale o il riconoscimento di diplomi professionali esteri, nonché per le decisioni di ricorso, può essere percepita una tassa di decisione di un minimo di fr. 100.- fino a un massimo di fr. 2000.-. La tassa di decisione è calcolata in base al tempo e al lavoro investito per il disbrigo della domanda di riconoscimento.

³ Il Comitato della conferenza competente fissa in un regolamento il montante delle singole tasse di decisione.

Art. 12^{bis}

¹ La CDPE tiene una lista degli insegnanti ai quali è stata revocata, per decisione cantonale, l'autorizzazione ad insegnare. I cantoni hanno l'obbligo di comunicare al Segretariato generale della CDPE i dati personali, secondo il capoverso 2, quando la relativa decisione è entrata in vigore.

Lista degli insegnanti ai quali è stato revocato il diritto all'insegnamento²

² La lista contiene il nome dell'insegnante, la data dell'ottenimento del diploma o dell'autorizzazione all'esercizio della professione, la data della revoca dell'autorizzazione all'insegnamento, il nome dell'autorità competente, la durata della revoca dell'autorizzazione all'insegnamento, nonché eventualmente la data del ritiro del diploma. Le autorità cantonali e comunali possono, con richiesta scritta, ottenere queste informazioni a condizione che provano il loro interesse legittimo e che la domanda riguarda una persona precisa.

³ Ogni insegnante che figura sulla lista intercantonale è informato della sua registrazione o della soppressione di quest'ultima. In ogni momento ha il diritto di consultare le informazioni che lo concernono.

¹⁾ Modifica del 16 giu. 2005

²⁾ Modifica del 16 giu. 2005

⁴La registrazione è cancellata quando l'autorizzazione all'insegnamento è ripristinata, quando il periodo di ritiro è terminato o quando la persona coinvolta ha compiuto 70 anni.

⁵Ogni insegnante registrato nella lista può, entro 30 giorni dalla notifica, inoltrare contro la decisione un ricorso scritto e debitamente motivato, presso la commissione di ricorso, come previsto dall'articolo 10 capoverso 2 del presente accordo.

⁶Per il resto, si applicano per analogia i principi di diritto inerenti alla protezione dei dati del cantone Berna.

Art. 12^{ter}

Registro dei professionisti della salute¹⁾

¹La CDS tiene un registro dei titolari di diplomi scolastici e professionali, svizzeri ed esteri, per le professioni inerenti alla salute elencate in un allegato al presente accordo. Può delegare questo compito a dei terzi.

²Il Segretariato centrale della CDS mantiene aggiornato questo allegato.

³Il registro serve alla protezione e all'informazione dei pazienti, all'informazione di servizi svizzeri ed esteri, a garantire la qualità, nonché a scopi statistici.

⁴Il registro contiene i dati personali dei titolari di diploma (nome, nome da nubile, data e luogo di nascita, nazionalità). Inoltre, indica il tipo di diploma ottenuto, la data e il luogo dove è stato rilasciato, nonché eventuali rilasci o estinzioni d'autorizzazione all'esercizio da parte delle autorità competenti. Il ritiro, il rifiuto e modifiche dell'autorizzazione, nonché ulteriori misure delle autorità di vigilanza, cresciute in giudicato, sono pure iscritte nel registro con l'indicazione dell'autorità che ha preso la decisione e della data della decisione.

⁵I servizi competenti per il rilascio dei diplomi e i servizi incaricati di controllare le professioni inerenti alla salute nei cantoni sono responsabili per la trasmissione immediata di questi dati.

⁶Su domanda scritta e se l'esistenza di un interesse legittimo è provato, le informazioni sui dati indicati al capoverso 4, frase 1 e 2 possono essere comunicate a dei terzi, in particolare alle autorità cantonali e estere, alle assicurazioni malattia e ai datori di lavoro. Le informazioni inerenti alle misure delle autorità di vigilanza sono comunicate unicamente alle autorità competenti per il rilascio dell'autorizzazione all'esercizio dell'attività.

⁷La trasmissione d'informazioni a persone private o a dei servizi non cantonali è soggetta a una tassa di cancelleria.

⁸Tutte le iscrizioni nel registro sono cancellate quando la persona interessata ha compiuto 70 anni o quando l'autorità competente ne annuncia il decesso. Avvertimenti, biasimi e multe sono segnalati nel registro con la menzione "annullato" cinque anni dopo la loro notifica, ciò vale pure per

¹⁾ Modifica del 16 giu. 2005

l'iscrizione di restrizioni dell'autorizzazione all'esercizio cinque anni dopo la revoca della restrizione. Quando il divieto d'esercizio della professione iscritto nel registro ha una durata limitata, la menzione "annullato" è iscritta dieci anni dopo che è stato tolto.

⁹ I professionisti della salute coinvolti hanno in ogni momento, il diritto di consultare le informazioni personali loro concernenti.

¹⁰ Per il resto, si applicano per analogia i principi di diritto sulla protezione dei dati del cantone Berna.

Art. 13

¹ Le dichiarazioni d'adesione al presente accordo vanno inoltrate al Comitato della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione che le comunicherà al Consiglio federale.

Adesione/
Denuncia

² L'accordo può essere denunciato per la fine di ogni anno civile con un termine di preavviso di tre anni.

Art. 14

¹ Il Comitato della Conferenza dei direttori della pubblica educazione decide l'entrata in vigore dell'accordo quando almeno 17 cantoni hanno presentato l'atto d'adesione ¹⁾ e dopo che l'accordo sia stato approvato dalla Confederazione ²⁾.

Entrata in vigore

² Deciso dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione con l'accordo della Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità ³⁾ e la Conferenza dei direttori cantonali delle opere sociali ⁴⁾.

³ Le modifiche del 16 giugno 2005 sono state decise dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione e dalla Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità con l'accordo della Conferenza svizzera dei direttori cantonali delle opere sociali.

⁴ Il Comitato della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione decide l'entrata in vigore delle modifiche dell'accordo quando tutti i cantoni firmatari dell'accordo del 1993, le hanno approvate. La Confederazione ne sarà informata.

Berna, 18 febbraio 1993

Il presidente
Peter Schmid

Il segretario generale
Moritz Arnet

¹⁾ Posto in vigore dalla CDPE il 27 ott. 1994 con effetto al 1° gen. 1995

²⁾ Approvato dal DFI il 24 nov. 1994

³⁾ Modifica del 16 giu. 2005

⁴⁾ Modifica del 16 giu. 2005

Berna, 16 giugno 2005

Il presidente Il segretario generale
Hans Ulrich Stöckling Hans Ambühl

Allegato ai sensi dell'art. 12^{ter} cpv. 1

chiropratica e chiropratico
osteopata
infermiera e infermiere
infermiera e infermiere in cure generali
infermiera e infermiere in cure psichiatriche
infermiera e infermiere in igiene materna e pediatrica
infermiera e infermiere in cure integrate
infermiera e infermiere diplomato livello I
infermiera assistente e infermiere assistente CC CRS
infermiera e infermiere in salute pubblica
tecnica e tecnico di sala operatoria
soccorritrice e soccorritore
levatrice/ostetrica e ostetrico
laboratorista medica e laboratorista medico
podologa e podologo
massaggiatrice e massaggiatore medici
tecnica e tecnico di radiologia medica
ortottista
dietista
ergoterapista
fisioterapista
igienista dentale
operatore sociosanitario

Legge sull'adeguamento di atti normativi all'Accordo intercantonale sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

Art. 1

Gli atti normativi indicati di seguito vengono modificati come segue:

Atti normativi da
adeguare

1. Legge sulle scuole dell'infanzia del Cantone dei Grigioni (Legge sulle scuole dell'infanzia) del 17 maggio 1992 (CSC 420.500)

Art. 12

¹ Il Dipartimento può revocare l'autorizzazione all'insegnamento e annotare la revoca nel diploma di insegnante, se manca l'idoneità all'insegnamento. In caso di sostanziali modifiche della situazione, il Dipartimento può annullare la revoca e rilasciare alla persona interessata un diploma di insegnante senza annotazione.

Revoca
dell'autorizzazio
ne
all'insegnamento

² Il Dipartimento può rendere note alle autorità scolastiche cantonali di assunzione la revoca e la nuova concessione dell'autorizzazione all'insegnamento e notificarle all'ufficio incaricato della gestione di una lista nazionale degli insegnanti ai quali è stata ritirata l'autorizzazione all'insegnamento.

³ La decisione del Dipartimento sulla revoca dell'autorizzazione all'insegnamento può essere impugnata al Tribunale amministrativo.

2. Legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (Legge scolastica) del 26 novembre 2000 (CSC 421.000)

Art. 33

¹ Il Dipartimento può revocare l'autorizzazione all'insegnamento e annotare la revoca nel diploma di insegnante, se manca l'idoneità all'insegnamento. In caso di sostanziali modifiche della situazione, il

Revoca
dell'autorizzazio
ne
all'insegnamento

Dipartimento può annullare la revoca e rilasciare alla persona interessata un diploma di insegnante senza annotazione.

² Il Dipartimento può rendere note alle autorità scolastiche cantonali di assunzione la revoca e la nuova concessione dell'autorizzazione all'insegnamento e notificarle all'ufficio incaricato della gestione di una lista nazionale degli insegnanti ai quali è stata ritirata l'autorizzazione all'insegnamento.

³ La decisione del Dipartimento sulla revoca dell'autorizzazione all'insegnamento può essere impugnata al Tribunale amministrativo.

3. Legge concernente le scuole medie del Cantone dei Grigioni (Legge sulle scuole medie) del 7 ottobre 1962 (CSC 425.000)

Art. 2bis

Revoca
dell'autorizzazione
all'insegnamento

¹ Il Dipartimento può revocare l'autorizzazione all'insegnamento e annotare la revoca nel diploma di insegnante, se manca l'idoneità all'insegnamento. In caso di sostanziali modifiche della situazione, il Dipartimento può annullare la revoca e rilasciare alla persona interessata un diploma di insegnante senza annotazione.

² Il Dipartimento può rendere note alle autorità scolastiche cantonali di assunzione la revoca e la nuova concessione dell'autorizzazione all'insegnamento e notificarle all'ufficio incaricato della gestione di una lista nazionale degli insegnanti ai quali è stata ritirata l'autorizzazione all'insegnamento.

³ La decisione del Dipartimento sulla revoca dell'autorizzazione all'insegnamento può essere impugnata al Tribunale amministrativo.

4. Legge sull'Alta scuola pedagogica (LASP) dell'8 dicembre 2004 (CSC 427.200)

Art. 14 Marginale

Collaboratori
dell'Alta scuola
1. Personale
a) Assunzione

Art. 14a

b) Revoca
dell'autorizzazione
all'insegnamento

¹ Il Dipartimento può revocare l'autorizzazione all'insegnamento e annotare la revoca nel diploma di insegnante, se manca l'idoneità all'insegnamento. In caso di sostanziali modifiche della situazione, il Dipartimento può annullare la revoca e rilasciare alla persona interessata un diploma di insegnante senza annotazione.

² Il Dipartimento può rendere note alle autorità scolastiche cantonali di assunzione la revoca e la nuova concessione dell'autorizzazione all'insegnamento e notificarle all'ufficio incaricato della gestione di

una lista nazionale degli insegnanti ai quali è stata ritirata l'autorizzazione all'insegnamento.

³ La decisione del Dipartimento sulla revoca dell'autorizzazione all'insegnamento può essere impugnata al Tribunale amministrativo.

5. Legge sulla Scuola universitaria per la tecnica e l'economia (LUTE) dell'8 dicembre 2004 (CSC 427.500)

Art. 12 Marginale

Collaboratori
della Scuola
universitaria
1. Personale
a) Assunzione

Art. 12a

¹ Il Dipartimento può revocare l'autorizzazione all'insegnamento e annotare la revoca nel diploma di insegnante, se manca l'idoneità all'insegnamento. In caso di sostanziali modifiche della situazione, il Dipartimento può annullare la revoca e rilasciare alla persona interessata un diploma di insegnante senza annotazione.

b) Revoca
dell'autorizzazio
ne
all'insegnamento

² Il Dipartimento può rendere note alle autorità scolastiche cantonali di assunzione la revoca e la nuova concessione dell'autorizzazione all'insegnamento e notificarle all'ufficio incaricato della gestione di una lista nazionale degli insegnanti ai quali è stata ritirata l'autorizzazione all'insegnamento.

³ La decisione del Dipartimento sulla revoca dell'autorizzazione all'insegnamento può essere impugnata al Tribunale amministrativo.

6. Legge sulla formazione professionale del Cantone dei Grigioni (Legge cantonale sulla formazione professionale) del 6 giugno 1982 (CSC 430.000)

Art. 34bis

¹ Il Dipartimento può revocare l'autorizzazione all'insegnamento e annotare la revoca nel diploma di insegnante, se manca l'idoneità all'insegnamento. In caso di sostanziali modifiche della situazione, il Dipartimento può annullare la revoca e rilasciare alla persona interessata un diploma di insegnante senza annotazione.

Revoca
dell'autorizzazio
ne
all'insegnamento

² Il Dipartimento può rendere note alle autorità scolastiche cantonali di assunzione la revoca e la nuova concessione dell'autorizzazione all'insegnamento e notificarle all'ufficio incaricato della gestione di una lista nazionale degli insegnanti ai quali è stata ritirata l'autorizzazione all'insegnamento.

³ La decisione del Dipartimento sulla revoca dell'autorizzazione all'insegnamento può essere impugnata al Tribunale amministrativo.

7. Legge sull'igiene pubblica del Cantone dei Grigioni (Legge sull'igiene pubblica) del 2 dicembre 1984 (CSC 500.000)

Art. 6a lett. f

- f) può comunicare i dati necessari alla protezione della salute pubblica agli uffici incaricati della gestione di registri nazionali delle persone che esercitano una professione del settore sanitario.**

Art. 2

Referendum,
entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente legge.

Geltendes Recht

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (Erziehungsdirektorenkonferenz)

Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (Gesundheitsdirektorenkonferenz)¹⁾

Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

vom 18. Februar 1993

Art. 1

^{1 2)}Die Vereinbarung regelt die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse, die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberichtigung sowie eines Registers über Gesundheitsfachpersonen. Zweck

^{2 3)}Sie regelt in Anwendung nationalen und internationalen Rechts die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

³Sie fördert den freien Zugang zu weiterführenden Schulen und zur Berufsausübung. Sie hilft mit, die Qualität der Ausbildungen für die gesamte Schweiz sicherzustellen.

^{4 4)}Sie bildet die Grundlage für Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen gemäss Artikel 16 Absatz 2 des Fachhochschulgesetzes des Bundes.

Art. 2

¹Die Vereinbarung gilt für alle Ausbildungen und Berufe, deren Regelung in die Zuständigkeit der Kantone fällt. Geltungsbereich

Art. 3

¹In den Bereichen, in denen sowohl der Bund wie die Kantone zuständig sind, sind gemeinsame Lösungen anzustreben. Zusammenarbeit mit dem Bund⁵⁾

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

³⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁴⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁵⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

²Die Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgt insbesondere in den Bereichen

- a. Anerkennung der Maturität (allgemeine Hochschulreife),
- b. Anerkennung der Fachmaturität im Besonderen und der Fachhochschulreife im Allgemeinen,
- c. Anerkennung der Lehrdiplome für Berufsfachschulen,
- d. Festlegung der Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen im Fachhochschulbereich und
- e. Mitsprache und Mitwirkung der Kantone in internationalen Angelegenheiten.

³Die Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 1 Absatz 4 liegt bei der Plenarversammlung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Im Bereich der Gesundheitsberufe ist die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) in die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung einzubeziehen.

Art. 4

Anerkennungs-
behörde

¹)Anerkennungsbehörde ist die EDK. Die GDK anerkennt Ausbildungsabschlüsse in ihrem Zuständigkeitsbereich, sofern nicht der Bund zuständig ist.

²Jeder Kanton, der der Vereinbarung beitrifft, hat eine Stimme. Die übrigen Kantone haben beratende Stimme.

Art. 5

Vollzug der
Vereinbarung

¹Die Erziehungsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung.

²)Sie arbeitet dabei zusammen mit dem Bund und mit der Schweizerischen Universitätskonferenz in allen Fragen der universitären Ausbildungsabschlüsse.

³)Die Gesundheitsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie kann den Vollzug an Dritte übertragen; in jedem Fall obliegt ihr die Oberaufsicht.

Art. 6

Anerkennungs-
reglemente

¹ Anerkennungsgreglemente legen für einzelne Ausbildungsabschlüsse oder für Gruppen verwandter Ausbildungsabschlüsse insbesondere fest:

- a. die Voraussetzungen der Anerkennung (Artikel 7),
- b. das Anerkennungsverfahren und
- c. die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

¹) Änderung vom 16. Juni 2005

²) Änderung vom 16. Juni 2005

³) Änderung vom 16. Juni 2005

²Die Anerkennungsbehörde erlässt nach Anhören der unmittelbar beteiligten Berufsorganisationen und Berufsverbände das Anerkennungsreglement. Im Fall einer Delegation des Vollzugs gemäss Artikel 5 Absatz 3 obliegt ihr die Genehmigung des Anerkennungsreglements.

³Das Anerkennungsreglement, bzw. dessen Genehmigung, bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder der zuständigen Anerkennungsbehörde.

Art. 7

¹Die Anerkennungsvoraussetzungen nennen die minimalen Anforderungen, denen ein Ausbildungsabschluss genügen muss. Schweizerische Ausbildungs- und Berufsstandards sowie allenfalls internationale Anforderungen sind dabei in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Anerkennungsvoraussetzungen

²Die folgenden Anforderungen sind zwingend festzuhalten:

- a. die mit dem Abschluss ausgewiesene Qualifikation und
- b. das Prüfungsverfahren für diese Qualifikation.

³Weitere Anforderungen können festgehalten werden, wie:

- a. die Dauer der Ausbildung,
- b. die Zulassungsvoraussetzungen zur Ausbildung,
- c. die Lehrgegenstände und
- d. die Qualifikation des Lehrpersonals.

Art. 8

¹Die Anerkennung weist aus, dass der Ausbildungsabschluss den in dieser Vereinbarung und im betreffenden Anerkennungsreglement festgelegten Voraussetzungen entspricht.

Wirkungen der Anerkennung

²Die Vereinbarungskantone gewähren den Inhabern und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses den gleichen Zugang zu kantonal reglementierten Berufen wie den entsprechend diplomierten Angehörigen des eigenen Kantons.

³Die Vereinbarungskantone lassen Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses unter den gleichen Voraussetzungen zu weiterführenden Schulen zu wie entsprechend diplomierte Angehörige des eigenen Kantons. Vorbehalten bleiben die Aufnahmekapazität der Schulen und angemessene finanzielle Abgeltungen.

⁴Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses sind berechtigt, einen entsprechenden geschützten Titel zu tragen, sofern das Anerkennungsreglement dies ausdrücklich vorsieht.

Art. 9

¹Die Erziehungsdirektorenkonferenz führt eine Dokumentation über die anerkannten Ausbildungsabschlüsse.

Dokumentation, Publikation

²Die Vereinbarungskantone verpflichten sich, die Anerkennungsreglemente in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen. ¹⁾

Art. 10

Rechtsschutz²⁾

¹Über die Anfechtung von Reglementen und Entscheiden der Anerkennungsbehörden durch einen Kanton und über andere Streitigkeiten zwischen den Kantonen entscheidet auf staatsrechtliche Klagen hin das Bundesgericht gemäss Artikel 83 litera b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943.

²Gegen Entscheide der Anerkennungsbehörden kann von betroffenen Privaten binnen 30 Tagen seit Eröffnung bei einer vom Vorstand der jeweiligen Konferenz eingesetzten Rekurskommission schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 finden sinngemäss Anwendung. Entscheide der Rekurskommissionen können gemäss Artikel 84 Absatz 1 literae a und b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 beim Bundesgericht mit staatsrechtlicher Beschwerde angefochten werden.

³Der Vorstand der jeweiligen Konferenz regelt die Zusammensetzung und die Organisation der Rekurskommission in einem Reglement.

¹⁾ Reglemente: für die Anerkennung der Diplome in bildender Kunst, AGS 1996, 3694; über die Anerkennung der Diplome für höhere Ausbildung in Musik, AGS 1997, 3963; über die Anerkennung der Diplome für Erwachsenenbildner und Erwachsenenbildnerin, AGS 1998, 4150; über die Anerkennung der Lehrdiplome in Schulischer Heilpädagogik, AGS 1998, 4467; über die Anerkennung der Lehrdiplome für Maturitätsschulen, AGS 1998, 4473; über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen, AGS 2000, 4912; für die Anerkennung der Diplome der höheren Fachschulen für Soziale Arbeit, AGS 2000, 4921; über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome, AGS 2000, 4927; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe, AGS 2000, 4932; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I, AGS 2000, 4938; des SRK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 416; des SRK über die Anerkennung von kantonalen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 420; der SDK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 423; der SDK über die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen in der Schweiz, KA 2001, 426; der SDK über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome im Gesundheitswesen, KA 2002, 2068; Statut der SDK für die einheitliche Prüfung der Chiropraktoren und Chiropraktorinnen in der Schweiz, KA 2004, 1897 und Reglement über die Interkantonale Chiropraktorenprüfung KA 2004, 1901

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

Art. 11

Wer einen im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 geschützten Titel führt, ohne über einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu verfügen, oder wer einen Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Haft oder Busse bestraft. Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen. Strafbestimmung

Art. 12

¹ Die Kosten, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben, werden unter Vorbehalt von Absatz 2 und 3 von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen. Kosten¹⁾

² Für Entscheide und Beschwerdeentscheide betreffend die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung eines kantonalen Diploms oder die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome können Entscheidungsgebühren in der Höhe von mindestens Fr. 100.– bis höchstens Fr. 2 000.– erhoben werden. Die Entscheidungsgebühr bemisst sich nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand für die Bearbeitung des Anerkennungsgesuchs.

³ Der Vorstand der jeweiligen Konferenz legt die einzelnen Entscheidungsgebühren in einem Gebührenreglement fest.

Art. 12^{bis}

¹ Die EDK führt eine Liste über Lehrpersonen, denen im Rahmen eines kantonalen Entscheides die Unterrichtsberechtigung oder die Berufsausübungsbewilligung entzogen wurde. Die Kantone sind verpflichtet, die Personendaten gemäss Absatz 2 dem Generalsekretariat der EDK nach Rechtskraft des entsprechenden Entscheides mitzuteilen. Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung²⁾

² Die Liste enthält den Namen der Lehrperson, das Datum des Diploms oder der Berufsausübungsbewilligung, das Datum der Entzugsverfügung, die Entzugsbehörde und die Dauer des Entzugs gegebenenfalls das Datum des Entzugs des Lehrdiploms. Kantonale und kommunale Behörden im Bildungsbereich erhalten auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über eine allfällige Eintragung, wenn sie ein berechtigtes Interesse nachweisen und sich die Anfrage auf eine bestimmte Person bezieht.

³ Den betroffenen Lehrpersonen wird vom Eintrag und von der Löschung des Eintrags Kenntnis gegeben. Das Einsichtsrecht der betroffenen Lehrperson ist jederzeit gewährleistet.

⁴ Nach Ablauf der Entzugsdauer, bei Wiedererteilung der Unterrichtsberechtigung oder nach Vollendung des 70. Altersjahrs wird der Eintrag gelöscht.

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁵ Betroffene Lehrpersonen können sich gegen den Listeneintrag innert 30 Tagen seit Zustellung des Eintragungsbescheides bei der Rekurskommission gemäss Artikel 10 Absatz 2 schriftlich und begründet beschweren.

⁶ Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 12^{ter}

Register über
Gesundheits-
fachpersonen ¹⁾

¹ Die GDK führt ein Register über die Inhaberinnen und Inhaber von in- und ausländischen Ausbildungsabschlüssen in den im Anhang zu dieser Vereinbarung aufgeführten Gesundheitsberufen. Sie kann diese Aufgabe an Dritte delegieren.

² Das Zentralsekretariat der GDK passt den Anhang jeweils dem neuesten Stand an.

³ Das Register dient dem Schutz und der Information von Patientinnen und Patienten, der Information von in- und ausländischen Stellen, der Qualitätssicherung sowie zu statistischen Zwecken.

⁴ Das Register enthält die Personendaten (Name, Mädchenname, Geburtsdatum und Geburtsort, Nationalität) der Diplominhaberinnen und -inhaber. Es enthält ausserdem die Diplomart, das Datum und den Ort der Diplomausstellung sowie Angaben zu allfälligen von den zuständigen Behörden erteilten Berufsausübungsbewilligungen einschliesslich deren Erlöschen, Entzug, Verweigerung und Änderungen der Bewilligungen sowie andere rechtskräftige aufsichtsrechtliche Massnahmen werden unter Nennung der verfügenden Behörde und Angabe des Verfügungsdatums im Register eingetragen.

⁵ Die für die Diplomerteilung zuständigen und die in den Kantonen mit der Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens betrauten Stellen sorgen für die unverzügliche Übermittlung der Daten.

⁶ Bei Nachweis eines berechtigten Interesses werden auf schriftliche Anfrage Auskünfte über konkrete Einträge gemäss Absatz 4 Satz 1 und 2, insbesondere an kantonale und ausländische Behörden, Krankenversicherer und Arbeitgeber erteilt. Auskünfte über Einträge betreffend aufsichtsrechtliche Massnahmen werden nur den für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen zuständigen Behörden erteilt.

⁷ Für die Erteilung von Auskünften an Private und ausserkantonale Stellen wird eine Kanzleigebühr erhoben.

⁸ Alle Eintragungen zu einer Person werden mit Vollendung des 70. Lebensjahres oder wenn eine Behörde deren Ableben meldet aus dem Register entfernt. Verwarnungen, Verweise und Bussen werden fünf Jahre nach deren Anordnung, der Eintrag von Einschränkungen der Berufsausübung fünf Jahre nach deren Aufhebung im Register mit dem Vermerk "gelöscht"

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

versehen. Beim Eintrag eines befristeten Berufsausübungsverbot wird zehn Jahre nach dessen Aufhebung der Vermerk "gelöscht" angebracht.

⁹ Das Einsichtsrecht der betroffenen Gesundheitsfachpersonen ist jederzeit gewährleistet.

¹⁰ Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 13

¹ Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt. Dieser teilt die Beitrittserklärung dem Bundesrat mit. Beitritt/Kündigung

² Die Vereinbarung kann je auf Ende eines Kalenderjahres, unter Beachtung einer Frist von drei Jahren, gekündigt werden.

Art. 14

¹ Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens 17 Kantone beigetreten sind ¹⁾ und wenn sie vom Bund genehmigt ²⁾ worden ist. In-Kraft-Treten

² ¹⁾ Von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren im Einvernehmen mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

³ Die Änderungen vom 16. Juni 2005 wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

⁴ Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Änderung der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind. Sie ist dem Bund zur Kenntnis zu geben.

Bern, 18. Februar 1993

Der Präsident
Peter Schmid

Der Generalsekretär
Moritz Arnet

Bern, 16. Juni 2005

Der Präsident
Hans Ulrich Stöckling

Der Generalsekretär
Hans Ambühl

¹⁾ Von der EDK am 27. Oktober 1994 auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt

²⁾ Vom EDI am 24. November 1994 genehmigt

Anhang gemäss Art. 12^{ter} Abs. 1

Chiropraktorerinnen und Chiropraktoren
Osteopathinnen und Osteopathen
Pflegefachfrauen und -fachmänner
Krankenschwestern und -pfleger in allgemeiner Krankenpflege
Krankenschwestern und -pfleger in psychiatrischer Krankenpflege
Krankenschwestern und -pfleger in Kinderkrankenpflege, Wochen- und Säuglingspflege
Krankenschwestern und -pfleger in integrierter Krankenpflege
Pflegefachfrauen und -fachmänner DNI
Krankenpflegerinnen und -pfleger FA SRK
Gesundheitsschwestern und -pfleger
Technische Operationsfachfrauen und -fachmänner
Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter
Hebammen
Medizinische Laborantinnen und Laboranten
Podologinnen und Podologen
Medizinische Masseurinnen und Masseure
Fachleute in medizinisch-technischer Radiologie
Orthoptistinnen und Orthoptisten
Ernährungsberaterinnen und -berater
Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten
Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten
Dentalhygienikerinnen und Dentalhygieniker
Fachangestellte Gesundheit

Auszug aus dem geltenden Recht

Gesetz über die Kindergärten im Kanton Graubünden (Kindergartengesetz)

Vom Volke angenommen am 17. Mai 1992¹⁾

II. ²⁾Kindergartenlehrpersonen

Art. 12³⁾

Die Regierung regelt die Ausbildung der Kindergartenlehrpersonen und den Erwerb sowie den Entzug des Bündner Kindergartenlehrpersonendiploms in einer besonderen Verordnung.

Ausbildung der
Kindergarten-
lehrpersonen

¹⁾ B vom 10. September 1991, 259; GRP 1991/92, 614

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 21. Oktober 2004; B vom 22. Juni 2004, 935; GRP 2004/2005, 643; mit RB vom 1. März 2005 auf Beginn des Kindergartenjahres 2005/2006 in Kraft gesetzt

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 21. Oktober 2004; B vom 22. Juni 2004, 935; GRP 2004/2005, 643; mit RB vom 1. März 2005 auf Beginn des Kindergartenjahres 2005/2006 in Kraft gesetzt

Auszug aus dem geltenden Recht

Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz)

Vom Volke angenommen am 26. November 2000¹⁾

V. Lehrpersonen der öffentlichen Schulen

Art. 33

Die Regierung kann den Erwerb und Verlust des Bündner Primarlehrpatentes in einer besonderen Verordnung regeln.

Erwerb und
Verlust des
Patentes

¹⁾ B vom 14. Dezember 1999, 413; GRP 1999/2000, 939

Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Gesundheitsgesetz)

Änderung vom 19. Oktober 2005

Art. 6a

Das zuständige Amt:

3. Amt

- a) beaufsichtigt die Spitäler, Kliniken und Heilbäder, die stationären Angebote zur Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und von betagten Personen, die Institutionen der häuslichen Pflege und Betreuung, die medizinischen Institute, die Laboratorien sowie Personen, die Berufe des Gesundheitswesens ausüben;
- b) erteilt und entzieht die gesundheitspolizeilichen Bewilligungen;
- c) verfügt die Beschlagnahme und Vernichtung von gesundheitsgefährdenden Erzeugnissen, Gegenständen, Bestandteilen, Pflanzen, Geräten oder Stoffen;
- d) verfügt die Schliessung und Liquidation von Praxen oder Betrieben;
- e) führt die gesundheitspolizeilichen Strafverfahren.

Beitritt des Kantons Graubünden zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV)

Chur, 10. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über den Beitritt zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005.

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat die IRV an der Plenarversammlung vom 24. Juni 2005 einstimmig gutgeheissen und den Kantonen zur Genehmigung unterbreitet. Die IRV gilt als «Verfassung für die interkantonale Zusammenarbeit». Sie bildet einen integrierenden Bestandteil der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

Im Rahmen der vorliegenden Botschaft sollen zugleich die Bedeutung der NFA für den Kanton Graubünden und die Bündner Gemeinden sowie das Vorgehen zur bundesrechtskonformen und fristgerechten Umsetzung der NFA im Kanton dargelegt werden. Auch soll ein kurzer Ausblick auf die geplante weitere Etappe zur Realisierung des Reformprojektes «Neue Aufgabenteilung und territoriale Strukturen» erfolgen (Entwicklungsschwerpunkt 23 des Regierungsprogramms für die Jahre 2005–2008; siehe Botschaft Heft Nr. 1/2004–2004, Seiten 35 und 36 sowie 48).

I. Inhalt und Bedeutung der IRV

1. Die IRV im Rahmen des Gesamtprojektes NFA

Am 28. November 2004 haben Volk und Stände die erforderliche Verfassungsrevision für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) mit deutlichem Mehr angenommen.

Die NFA schafft die Grundlage für einen transparenten, gezielten und steuerbaren Finanzausgleich sowie für eine effiziente und bedarfsgerechte

Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen mit klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Sie korrigiert falsche Anreizstrukturen und erweitert die Möglichkeiten für innovative, kostengünstige und bürgernahe Dienstleistungen. Dabei ist ein ausreichendes Grundangebot sicherzustellen.

Bei der NFA handelt es sich um ein Gesamtpaket. Dazu gehört auch die Regelung der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Die anderen drei wichtigen Pfeiler des Gesamtpaketes NFA sind:

- der Finanzausgleich im engeren Sinne, bestehend aus dem Ressourcen- und dem Lastenausgleich,
- die Aufgabenentflechtung und
- die neuen Zusammenarbeitsformen zwischen Bund und Kantonen bei den verbleibenden Verbundaufgaben.

Das NFA-Projekt wurde während vieler Jahre durch Vertreter des Bundes und der Kantone partnerschaftlich erarbeitet. Diese Aussage gilt auch für die Regelung der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Während des gesamten Prozesses wurden die Kantone in die Verhandlungen miteinbezogen. An der Erarbeitung der IRV waren sie massgeblich beteiligt. Es ist ein Gebot der Fairness, insbesondere gegenüber jenen Kantonen, welche bedeutende Leistungen für andere Kantone erbringen, die nun vorliegende Fassung der IRV zu ratifizieren. Beim interkantonalen Lastenausgleich geht es nicht um Finanzausgleichsmittel im eigentlichen Sinne, sondern um eine angemessene Abgeltung von Kosten für bezogene Leistungen.

Mit der NFA wird in neun im neuen Art. 48a der Bundesverfassung (BV; SR 101) aufgeführten Aufgabenbereichen die Möglichkeit geschaffen, die interkantonale Zusammenarbeit obligatorisch zu erklären. Auf Antrag interessierter Kantone kann der Bundesrat nach Art. 48a BV die interkantonale Zusammenarbeit für folgende Bereiche allgemein verbindlich erklären:

- a) Straf- und Massnahmenvollzug;
- b) Kantonale Universitäten;
- c) Fachhochschulen;
- d) Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung;
- e) Abfallbewirtschaftung;
- f) Abwasserreinigung;
- g) Agglomerationsverkehr;
- h) Spitzenmedizin und Spezialkliniken;
- i) Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden.

Die Allgemeinverbindlicherklärung erfolgt in der Form eines Bundesbeschlusses.

Art. 13 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3. Oktober 2003 (FiLaG; SR 613.2) verpflichtet die Kantone, eine inter-

kantonale Rahmenvereinbarung zu erarbeiten, welche die Grundsätze und Verfahren eines angemessenen Lastenausgleichs regelt. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit wie die konkrete Höhe von Ausgleichszahlungen und die im Gegenzug gewährten Mitwirkungsrechte sollen hingegen in den aufgabenspezifischen Verträgen festgehalten werden.

Die IRV wird für die unterzeichnenden Kantone in Kraft treten, sobald ihr 18 Kantone beigetreten sind. Damit ist keine Allgemeinverbindlicherklärung verbunden. Ein entsprechender Antrag an die Bundesversammlung wird in einem separaten Verfahren, in der Form eines Bundesbeschlusses, zu beschliessen sein, wofür die Zustimmung von mindestens 21 Kantonen erforderlich ist.

Das eidgenössische Parlament hat die Bedeutung des IRV-Pfeilers für das Gesamtpaket NFA dadurch unterstrichen, dass es in Artikel 24 Absatz 3 des FiLaG eine Bestimmung aufgenommen hat, wonach der Bundesrat bei der Inkraftsetzung der NFA den Stand der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich zu berücksichtigen hat. Diese Bestimmung wurde in den Diskussionen stets dahin ausgelegt, dass zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung der NFA die IRV von einer Mehrheit der Kantone ratifiziert sein muss.

Als Rahmenvereinbarung führt die IRV nicht unmittelbar zu einer interkantonalen Aufgabenerfüllung. Sie macht Vorgaben für die Ausgestaltung der aufgabenspezifischen Verträge, welche die Kantone gestützt auf die IRV noch abzuschliessen haben.

Die in der IRV geregelten allgemeinen Rahmenbestimmungen für die interkantonale Zusammenarbeit können auch für interkantonale Vereinbarungen in anderen als den in Art. 48a BV erwähnten Aufgabenbereichen nützlich sein. Damit diese nicht in jedem einzelnen Vertrag neu ausgehandelt werden müssen, besteht für die Kantone die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis auch andere interkantonale Zusammenarbeitsverträge auf die IRV abzustützen.

2. Entstehungsgeschichte der IRV

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat den Entwurf der IRV in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet und die definitive Fassung an ihrer Plenarversammlung vom 24. Juni 2005 bei zwei Enthaltungen einstimmig zuhanden der Ratifikation in den Kantonen verabschiedet. Nachfolgend wird die Entstehungsgeschichte der IRV chronologisch dargestellt.

2.1 Fassung gemäss 1. NFA-Botschaft des Bundesrates

Der Entwurf für die IRV, der in der 1. NFA-Botschaft des Bundesrats abgedruckt ist, wurde von einer Projektgruppe als Element der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich erarbeitet. Der Entwurf wurde in einem aufwändigen Verfahren innerhalb der KdK bereinigt. Strittig waren insbesondere die Bestimmungen bezüglich der innerkantonalen Anwendung der Grundsätze der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich sowie der Stellung der kantonalen Parlamente. Es wurde bemängelt, dass es sich dabei um Eingriffe in die kantonale Organisationsautonomie handle. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass die Bestimmung bezüglich der innerkantonalen Anwendung der Grundsätze einen politischen Kompromiss zugunsten der Kommunalverbände darstelle und dass man mit den Ausführungen zur Stellung der kantonalen Parlamente dem immer wieder geäusserten Vorwurf eines «Demokratiedefizits» bei interkantonalen Verträgen entgegenwirken wolle. Die beiden Artikel wurden schliesslich mit eindeutigen Mehrheiten in der vorliegenden moderaten Form verabschiedet.

Die erste Fassung der IRV wurde an der Plenarversammlung der KdK vom 6. Oktober 2000 verabschiedet und die Kantonsregierungen wurden eingeladen, bis am 1. November 2000 eine Absichtserklärung zur IRV mit dem folgenden Wortlaut zu unterzeichnen:

«Sie (die Regierung) ist dementsprechend bereit, unter Vorbehalt der Ratifikation durch das kantonale Parlament die interkantonale Rahmenvereinbarung zu paraphieren, sofern das vom Politischen Steuerungsorgan zuhanden des Bundesrates zu verabschiedende NFA-Gesamtpaket für die Kantonsregierungen als akzeptabel erscheint.»

Diese Absichtserklärung wurde von 22 Kantonen, unter anderem auch vom Kanton Graubünden, unterzeichnet. Nicht unterzeichnet hatten die Kantone FR, AI, NE und GE.

Die am 6. Oktober 2000 verabschiedete Fassung der IRV enthielt noch keine Detailbestimmungen zum Streitbeilegungsverfahren. Damals bestand noch die Absicht, dazu einen separaten Vertrag auszuarbeiten. Mit der Erarbeitung eines Vorschlags wurde Professor Zimmerli beauftragt. Er schlug vor, die entsprechenden Bestimmungen ins FiLaG aufzunehmen und damit das Streitbeilegungsverfahren zwischen den Kantonen in einem Bundesgesetz zu regeln. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, weil es sich um eine kantonale Angelegenheit handle. Am 5. Oktober 2001 beschloss die Plenarversammlung der KdK, das Streitbeilegungsverfahren weder in einem Bundesgesetz noch in einem separaten interkantonalen Vertrag zu regeln, sondern die IRV mit den entsprechenden Bestimmungen zu ergänzen.

2.2 Überarbeitung der IRV

Gründe für die Überarbeitung der IRV

a) *Entscheide des eidgenössischen Parlaments*

Folgende Entscheide des eidgenössischen Parlaments im Rahmen der Beratungen der 1. NFA-Botschaft haben einen Einfluss auf die IRV:

- Auflistung der neun Aufgabenbereiche, in denen die interkantonale Zusammenarbeit obligatorisch erklärt werden kann, in Art. 48a BV (neu) statt im FiLaG;
- Neugliederung des 4. Abschnitts des FiLaG, verbunden mit der Auflistung der Grundsätze für den Ausgleich in Art. 12 FiLaG (neu);
- Ergänzung des Katalogs der in der IRV zu regelnden Punkte in Art. 13 Abs. 1 FiLaG (neu) mit der Bestimmung bezüglich der Mitwirkung der kantonalen Parlamente bei der Zusammenarbeit mit Lastenausgleich.

Materiell wirkten sich diese Änderungen auf die IRV nicht aus, – indessen mussten verschiedene Verweise geändert und einzelne Definitionen (z.B. Mitsprache- und Mitwirkungsrechte) geändert werden.

b) *Verbesserung der Systematik und der Verständlichkeit sowie Schliessung von Lücken*

Im Rahmen der Überarbeitung der IRV zeigte sich, dass die ursprüngliche Fassung schwer lesbar war, weil die Struktur unübersichtlich war und verschiedene Begriffe uneinheitlich verwendet wurden. Zudem waren die Übergangsbestimmungen in sich nicht schlüssig und es fehlten Bestimmungen bezüglich der Kostentragung.

c) *Schaffung der Möglichkeit, die IRV auch ändern interkantonalen Verträgen zugrunde zu legen und das Streitbeilegungsverfahren auch für andere interkantonale Streitigkeiten zu öffnen*

Bereits in der seinerzeitigen Arbeitsgruppe wurden die entsprechenden Möglichkeiten diskutiert. Aus zeitlichen Gründen und weil es über das Mandat der Arbeitsgruppe hinausgegangen wäre, wurde damals aber darauf verzichtet, konkrete Bestimmungen aufzunehmen. Mit der aktuellen Überarbeitung sollte jedoch die Chance genutzt werden, die IRV für einen breiteren Anwendungsbereich zu öffnen.

Überarbeitungsprozess

a) *Arbeitsgruppe Überarbeitung IRV*

Am 21. August 2003 erteilte der Leitende Ausschuss der KdK den Auftrag, unter Einbezug der betroffenen und interessierten Konferenzen die erforderliche Revision des Entwurfs der IRV an die Hand zu nehmen und zur Beschlussfassung vorzubereiten. Eine neu gebildete Arbeitsgruppe erarbeitete einen Vorschlag für eine neu strukturierte IRV.

b) *Vernehmlassung bei den Kantonsregierungen*

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe wurde am 21. Juni 2004 den Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zugestellt. Innerhalb der Vernehmlassungsfrist gingen die Stellungnahmen von 25 Kantonsregierungen ein. Zusätzlich reichten die Parlamente der Kantone Waadt und Wallis eine separate Stellungnahme ein. Die Antworten der Kantone fielen grundsätzlich sehr positiv aus. Die neue Struktur wurde einstimmig befürwortet und den meisten der vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen wurde mit grossem Mehr zugestimmt.

Grosse Unsicherheit bestand bezüglich der Haftungsfrage bei gemeinsamen Trägerschaften. Man beschloss daher, dazu ein Rechtsgutachten bei Professor Andreas Lienhard, Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern, einzuholen. Aufgrund der Empfehlungen im Gutachten wurde eine allgemeine Bestimmung über das anwendbare Recht bei gemeinsamen Trägerschaften eingefügt (Art. 11) und wurden die Bestimmungen zur Haftung in Art. 19 angepasst.

c) *Stellungnahme kantonaler Parlamente*

Von Vertretern kantonaler Parlamente wurde beanstandet, die IRV führe zu einer Schwächung der Stellung der Parlamente bei der interkantonalen Zusammenarbeit. Von Seiten von Vertretern aus Westschweizer Parlamenten wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Parlamente nicht in die Vernehmlassung zur IRV einbezogen worden seien, wie dies Art. 4 der Vereinbarung vom 9. März 2001 zwischen den Kantonen FR, VD, VS, NE, GE und JU über die «Aushandlung, Ratifikation, Ausführung und Änderung der interkantonalen Verträge und der Vereinbarungen der Kantone mit dem Ausland» (die sog. Convention des conventions) vorsehe.

Die aufgeworfenen Fragen wurden mit Vertretern kantonaler Parlamente am 20. Oktober 2004 in Bellinzona und am 21. Januar 2005 in Sion diskutiert. Von Seiten der KdK wurde darauf hingewiesen, dass in der IRV nur Mindestvorschriften festgelegt werden und dass die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament in jedem einzelnen Kanton entsprechend ihrem Recht und ihren Gepflogenheiten zu regeln sind. Dabei sind auch die vom

jeweiligen Kanton eingegangenen Verpflichtungen aus interkantonalen Verträgen zu berücksichtigen.

Der Antrag, in der IRV eine ähnliche Vorschrift bezüglich der Mitwirkung der kantonalen Parlamente bei der Aushandlung interkantonaler Verträge und Vereinbarungen aufzunehmen, wie sie die «Convention des conventions» vorsieht, wurde im Rahmen der definitiven Bereinigung der IRV mehrheitlich abgelehnt.

d) Definitive Bereinigung der IRV

Die bereinigte Fassung der IRV wurde der Plenarversammlung vom 18. März 2005 zur Verabschiedung unterbreitet. Aus zeitlichen Gründen war es an dieser Sitzung nicht möglich, die Detailbereinigung vorzunehmen, weshalb diese auf schriftlichem Weg durchgeführt wurde. Aufgrund der eindeutigen Ergebnisse der schriftlichen Stellungnahmen wurde die definitive Fassung der IRV an der Plenarversammlung der KdK vom 24. Juni 2005 einstimmig, bei zwei Enthaltungen, zuhanden der Ratifikation in den Kantonen verabschiedet.

3. Weiteres Vorgehen und In-Kraft-Treten der IRV

Mit Schreiben vom 5. Juli 2005 hat die KdK die Kantonsregierungen eingeladen, das Ratifikationsverfahren in ihrem Kanton so bald als möglich einzuleiten, damit der Beitritt bis zur Inkraftsetzung der NFA erfolgen kann. Der Beitritt eines Kantons wird mit der Mitteilung an die KdK wirksam.

Die IRV tritt für die unterzeichnenden Kantone in Kraft, sobald ihr 18 Kantone beigetreten sind. Das Inkrafttreten der IRV für die unterzeichnenden Kantone ist klar zu unterscheiden von einer allfälligen späteren Allgemeinverbindlicherklärung. Ein entsprechender Antrag an die Bundesversammlung ist in einem separaten Verfahren zu beschliessen. Erforderlich hierfür ist die Zustimmung von mindestens 21 Kantonen.

II. Umsetzung der NFA im Kanton Graubünden

1. Vorgaben auf Bundesebene

Am 7. September 2005 hat der Bundesrat die **2. NFA-Botschaft** zuhanden des eidgenössischen Parlamentes verabschiedet. Sie beinhaltet die Revision von 33 Bundesgesetzen, die in einem Mantelerlass zusammengefasst sind. Die Vorlage wurde vorgängig vom September 2004 bis Februar 2005 einer Vernehmlassung unterzogen. Das Ergebnis war insgesamt sehr positiv.

Im Herbst 2005 haben die parlamentarischen Beratungen dieser Botschaft begonnen. Die Schlussabstimmungen in den beiden Räten sind im Herbst 2006 geplant. Dieser Terminplan ist ausserordentlich eng.

Parallel dazu laufen im Rahmen der bestehenden Projektorganisation die Vorbereitungsarbeiten für die **3. NFA-Botschaft**. Diese Botschaft wird eine aktualisierte Globalbilanz und vor allem die Dotierung der verschiedenen Ausgleichsgefässe beinhalten. Sie soll vom Bundesrat im Herbst 2006 verabschiedet werden, damit sie anschliessend von den Eidgenössischen Räten bis zur Sommersession 2007 behandelt werden kann.

Die NFA soll auf den 1. Januar 2008 eingeführt werden.

2. Vorgaben im Kanton zur Projektabwicklung

Die gesetzeskonforme Umsetzung der NFA im Kanton ist inhaltlich und zeitlich auf die Vorgaben des Bundes abzustimmen. So sind insbesondere in der kantonalen Gesetzgebung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Neugestaltung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen rechtskonform und effizient umgesetzt werden kann. Dies ist in jenen Bereichen relativ einfach, die neu zur Bundesaufgabe werden (z.B. Beiträge an AHV und IV). Anspruchsvoller wird die Aufgabe dort, wo mit der NFA die Verantwortung ganz oder in Teilbereichen den Kantonen zugewiesen wird, wie z.B. bei den kollektiven IV-Leistungen, bei den Ergänzungsleistungen sowie im Spitex-Bereich. Zu überprüfen und unter Umständen neu zu schaffen sind im Weiteren die Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der neuen Zusammenarbeitsformen zwischen Bund und Kantonen. Dabei sind auf kantonaler Ebene insbesondere die Zuständigkeiten für den Abschluss von Programmvereinbarungen mit dem Bund zu klären.

Die Umsetzung der NFA im Kanton erfolgt aus heutiger Sicht im folgenden **Rahmen**:

- In etwa haushaltsneutrale Globalbilanz (Schlussbilanz inklusive Härteausgleich);
- Konsolidierte Finanzlage und mittelfristig gute Finanzperspektiven des Kantons;
- Namhafte zusätzliche Gestaltungsspielräume (insbesondere durch eine relativ starke Zunahme von frei verfügbaren Mitteln);
- Relativ geringe direkte Betroffenheit der Gemeinden;
- Relativ hohe Kompatibilität der kantonalen Gesetzgebung mit der NFA. In den heikelsten Bereichen mit zusätzlichen kantonalen Verpflichtungen (Sonderschulung, erwachsene Behinderte, Berufsbildung, öffentlicher Regionalverkehr) sind die Voraussetzungen für die Umsetzung der NFA ge-

schaffen oder im Rahmen von Separatprojekten bereits in Erarbeitung (Behindertengesetz, Berufsbildungsgesetz, evt. Stipendien-gesetz);

- Ambitiöser Inkraftsetzungstermin für die NFA (1.1.2008) mit engen Terminvorgaben für die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung.

Unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Fakten hat sich die Regierung für folgendes **Vorgehen** entschieden:

- Das Projekt «gesetzeskonforme Umsetzung der NFA im Kanton» ist im Rahmen einer schlanken Organisation innerhalb der kantonalen Verwaltung zu bearbeiten. Gesetzgeberisch hat es sich auf die Muss-Bereiche zu konzentrieren.
- Die erforderlichen Anpassungen der kantonalen Gesetze und Verordnungen sollen, soweit sie nicht bereits im Rahmen eines laufenden Projektes erfolgen, in einem Mantelerlass zusammengefasst und dem Grossen Rat als Gesamtpaket zum Beschluss vorgelegt werden.
- Die staats- und finanzpolitischen Fragen betreffend die Nutzung des Effizienzpotenzials der NFA sind flankierend zu prüfen.
- Eine umfassende Überprüfung der Aufgaben und der Aufgabenteilung mit den Gemeinden sowie des innerkantonalen Finanzausgleichs wird im Rahmen einer späteren Revision der Finanzausgleichsgesetzgebung (zweite Etappe des FAG II) vorgenommen.
- Die Überprüfung der Strukturen auf Ebene Gemeinden und Regionen wird im Gleichschritt mit der NFA-Umsetzung an die Hand genommen.

3. Finanzielle Auswirkungen der NFA auf den Kanton

Die finanziellen Auswirkungen der NFA auf den Kanton Graubünden lassen sich zurzeit ausschliesslich aufgrund der Globalbilanz der Jahre 2001/2002 beurteilen. Es handelt sich dabei nicht um eine Hochrechnung der zu erwartenden Auswirkungen im Einführungsjahr 2008, sondern um die hypothetischen Ergebnisse, wenn die NFA in den Jahren 2001/2002 eingeführt worden wäre. Für den Kanton Graubünden resultiert gemäss der Globalbilanz 2001/2002 im Total eine geringfügige Entlastung von knapp 1 Mio. Franken (inklusive Härteausgleich). Nicht berücksichtigt sind gewisse Mehrkosten im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich sowie ausserordentliche einmalige Übergangseffekte bei der Einführung der NFA.

Die effektiven Auswirkungen der NFA auf den Kantonshaushalt werden massgeblich von der Dotierung und der Ausgestaltung der Ausgleichsgefässe – insbesondere des geografisch topografischen Belastungsausgleichs (GLA) – und der Kantonsanteile an den Mineralölsteuern (allgemeine

Strassenbeiträge) sowie von den Bundesbeiträgen an die Hauptstrassen und an den öffentlichen Regionalverkehr abhängig sein. Diese Zahlungsströme werden erst im Rahmen der 3. NFA-Botschaft festgelegt.

Für den Kanton Graubünden von besonderer Bedeutung ist – neben dem Ergebnis der Globalbilanz – der zusätzliche Handlungsspielraum durch die Zunahme an zweckfreien Transfermitteln in der Grössenordnung von 125 Mio. Franken. Die gegenseitigen Zahlungen zwischen Bund und Kanton werden sich dabei brutto um über 250 Mio. Franken und per Saldo um 110 Mio. Franken verringern. Allein mit der Entflechtung der AHV- und IV-Beiträge fallen unbeeinflussbare Verpflichtungen in der Grössenordnung von jährlich 50 Mio. Franken weg. Bisher aufwandabhängige Bundesbeiträge im Bereich der verbleibenden Verbundaufgaben werden neu mittels fixer Pauschalbeiträge (z.B. an Hauptstrassen) oder leistungsorientierter Pauschalen im Rahmen von Programmvereinbarungen ausgerichtet. Die neue Art der Finanzierung erhöht in entscheidendem Ausmass den Handlungsspielraum des Kantons. Diesen Spielraum gilt es zu nutzen. Wie die Regierung bei der Beantwortung der in der Dezembersession 2004 eingereichten Anfrage Schmid betreffend die finanziellen Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs (Regierungsbeschluss vom 8. März 2005) ausgeführt hat, besteht der Handlungsbedarf diesbezüglich nicht in erster Linie bei der Gesetzgebung, sondern bei den Planungsinstrumenten wie Regierungsprogramm und Finanzplan sowie Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP). Konkret wird die Frage im Rahmen des nächsten Regierungsprogramms für die Jahre 2009–2012 zu diskutieren sein.

Durch die Entflechtung von Aufgaben und den Wegfall der Finanzkraftzuschläge verändern sich die Belastungen des Kantons in verschiedenen Aufgabenbereichen relativ stark. Aus finanzieller Sicht am stärksten betroffen sind die folgenden Bereiche:

Finanzielle Auswirkungen der Aufgabenentflechtung auf GR: Schwerpunktbereiche

(in Fr. 1000.-; Basis Rechnungen 2001/2002 des Bundes)

(+) Entlastung; (-) Belastung

Rang	Aufgabenbereich	Saldo			
		Total	Entflechtung	FK-Abstufung vertikal	FK-Abstufung horizontal
1	Bau- und Betriebsbeiträge an IV-Wohnheime und Werkstätten	- 29 251	- 29 251	0	0
2	Individuelle Leistungen der IV	24 532	28 098	0	- 3 566
3	Hauptstrassen (Ausbau)	- 24 124	- 16 329	- 7 794	0
4	Individuelle Leistungen der AHV	23 434	26 867	0	- 3 433
5	Sonderschulung	- 19 225	- 19 225	0	0
6	Öffentlicher Regionalverkehr (Abgeltung)	- 14 085	- 7 596	- 19 289	12 800
7	Prämienverbilligung in der Krankenversicherung	- 11 197	- 8 308	- 672	- 2 217
8	Nationalstrassen (Bau und Unterhalt)	8 920	36 179	- 27 259	0
9	Wald	- 5 132	0	- 5 035	- 97
10	Förderung der Alters- und Behindertenhilfe	- 3 436	- 3 436	0	0

Diese Tabelle erfasst rund 75% der gesamten finanziellen Auswirkungen durch die vorgesehenen Aufgabenentflechtungen (inkl. Wegfall der Finanzkraftzuschläge).

Die grössten Beitragsausfälle erfahren im Kanton Graubünden die Bereiche IV-Wohnheime und Werkstätten (29 Mio.), Hauptstrassen (24 Mio.), Sonderschulung (19 Mio.), öffentlicher Regionalverkehr (14 Mio.) und individuelle Prämienverbilligung (11 Mio.). Eine namhafte Entlastung entsteht durch die vollständige Verlagerung der AHV/IV-Beiträge und der Nationalstrassen zum Bund sowie durch die Einführung der neuen Finanz- und Lastenausgleichsgefässe.

4. Auswirkungen der NFA auf die Bündner Gemeinden

Direkte Auswirkungen

Die NFA kann die Gemeinden grundsätzlich in jenen Aufgabenbereichen direkt betreffen, in denen der Vollzug von Kanton und Gemeinden gemeinsam vorgenommen und finanziert wird. Wird die Situation anhand jener

Aufgabenentflechtungen betrachtet, welche die grössten Auswirkungen auf den Kanton haben (siehe vorstehende Tabelle mit den 10 Schwerpunktbereichen), wird ersichtlich, dass die direkte Betroffenheit der Bündner Gemeinden nicht erheblich ist.

Die NFA tangiert die Gemeinden insbesondere in nachstehenden Bereichen:

- Berufsbildung mit kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen (teilweise Entflechtung)
- Betagten- und Behindertenhilfe (in Teilen ganz zum Bund)
- Turnen und Sport in der Schule (bleibt Verbundaufgabe)
- Wald (bleibt Verbundaufgabe)
- Hochwasserschutz (bleibt Verbundaufgabe)
- Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (bleibt Verbundaufgabe)

Die direkte Betroffenheit der Gemeinden wird in der Regel relativ gering bleiben. Im Wesentlichen werden in den aufgeführten Bereichen Programmvereinbarungen zwischen dem Bund und dem Kanton abgeschlossen sowie eine Globalfinanzierung eingeführt.

In **finanzieller** Hinsicht werden die Gemeinden voraussichtlich nur im Bereich der Berufsbildung in namhaftem Umfang durch die NFA direkt betroffen. Sie übernehmen die Restdefizite der Berufsschulen. Durch den Wegfall der Finanzkraftzuschläge des Bundes bei der Bemessung der Beiträge an die Berufsschulen werden die Gemeinden entsprechend belastet. Die Mehrbelastung beläuft sich insgesamt auf gut 1 Mio. Franken pro Jahr. Indirekt können für die Gemeinden auch in anderen Bereichen – wie insbesondere in den Bereichen Spitex und Wald – Mehrbelastungen resultieren. Für die Gemeinden soll im Gesamtergebnis eine haushaltneutrale Bilanz erreicht werden.

Ein spezielles Augenmerk ist Art. 3 der Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) zu schenken. Danach verpflichten sich die Kantone, die Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz sinngemäss auch im innerkantonalen Verhältnis zu beachten.

Indirekte Auswirkungen

Auch wenn die Gemeinden nur punktuell direkt von der NFA betroffen werden, verändern sich die Rahmenbedingungen für die laufenden Reformprojekte doch entscheidend. Die NFA schafft insbesondere gute Grundlagen zur Umsetzung der zweiten Etappe des FAG II. Die Grundzüge der NFA sollen soweit möglich und zweckmässig auch innerhalb des Kantons berücksichtigt werden.

Ausgehend von den vier Hauptelementen der NFA:

- Möglichst weitgehende Aufgabenteilung,
- neue Zusammenarbeitsformen bei verbleibenden Verbundaufgaben,
- Neugestaltung des Finanzausgleichs i.e.S. und des Belastungsausgleichs,
- Ausbau der Interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich

erhöht sich der Druck

- zum Ausgleich der Mehrbelastungen der Gemeinden,
- zur Anpassung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden,
- zur Aufgabe des indirekten Finanzausgleichs,
- zur Einführung eines Lastenausgleichs nach NFA-Methodik,
- zum Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich.

Dieser Reformdruck ist nicht aufgrund von Änderungen des übergeordneten Rechts zwingend, sondern Bestandteil der politischen Prioritäten von Regierung und Grosse Rat.

5. Terminplanung

Die erforderlichen Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung müssen auf den Einföhrungstermin der NFA, das heisst auf den 1. Januar 2008, in Kraft gesetzt werden können. Für die Erledigung der notwendigen Umsetzungsarbeiten steht nur sehr wenig Zeit zur Verfügung.

Zurzeit werden auf der Grundlage der 2. NFA-Botschaft des Bundes die kantonalen Gesetzgebungsarbeiten vorgenommen. Im Frühsommer 2006 sollen die kantonalen Gesetzesentwürfe im Rahmen einer externen Vernehmlassung den Gemeinden und weiteren Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Die kantonalen Revislonserlasse können erst nach der Verabschiedung der NFA-Ausführungsgesetzgebung des Bundes durch die Eidgenössischen Räte definitiv festgelegt werden. Die Schlussabstimmungen in den Räten zur 2. NFA-Botschaft des Bundesrates sind für die Herbstsession 2006 vorgesehen. Die Botschaft der Regierung zur Umsetzung der NFA im Kanton Graubünden mit den dafür erforderlichen Revislonserlassen ist für die Aprilsession 2007 des Grossen Rates geplant. Sollten sich auf Bundesebene Verzögerungen ergeben, würde sich eine Verschiebung der kantonalen Botschaft aufdrängen.

Der Bundesrat wird die einschlägigen Bundesverordnungen voraussichtlich erst im Sommer 2007 erarbeiten und Ende Oktober 2007 in definitiver Form verabschieden. Dies hat zur Folge, dass auch die kantonalen Ausführungsverordnungen erst im Laufe des Jahres 2007 ausgearbeitet werden können.

Die wichtigsten terminlichen Fixpunkte sind:

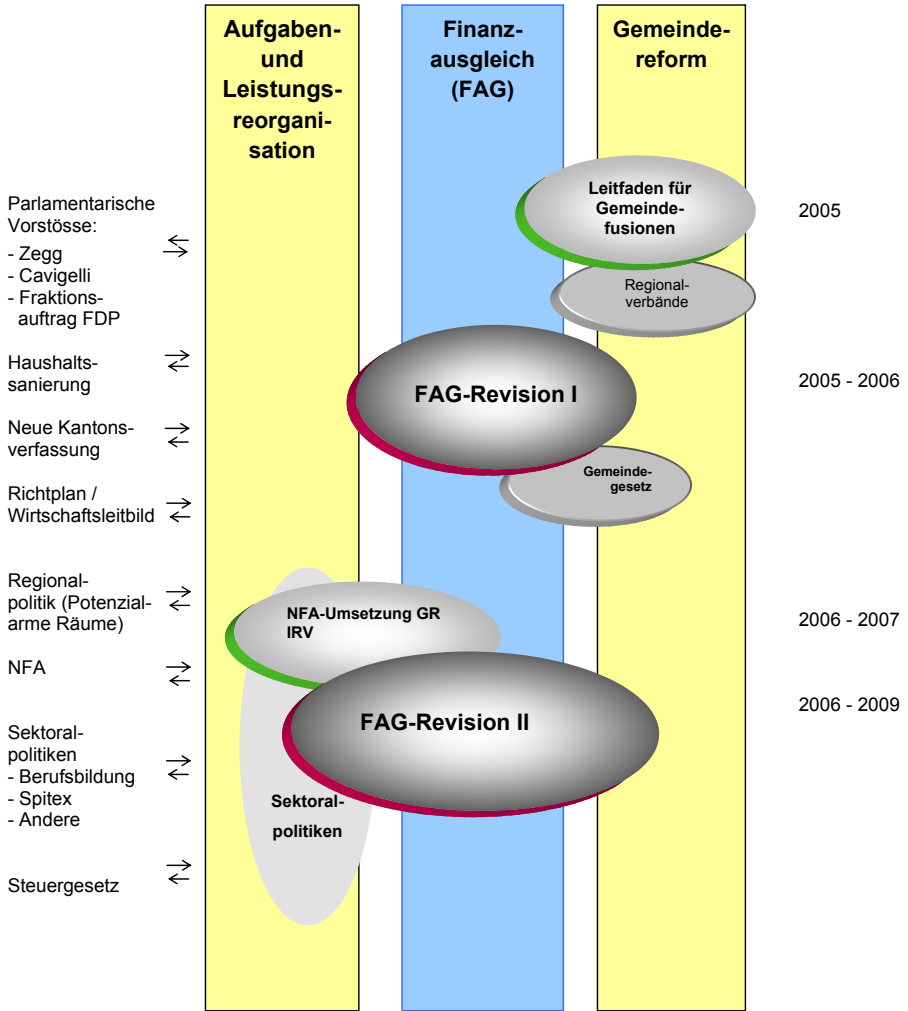
Arbeitsschritt	Zuständigkeit	Termin
Eröffnung der externen Vernehmlassung	Regierung	Mai 06
Abschluss der externen Vernehmlassung	Vernehmlasser	Juli 06
Verabschiedung der NFA-Botschaft	Regierung	Jan 07
Behandlung NFA-Botschaft im Parlament	Grosser Rat	April 07
Anpassung regierungsrätlicher Erlasse	Regierung	Herbst 07
In-Kraft-Setzung/Umsetzung	Regierung	1. Jan. 08

III. Reform der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs im Kanton

1. Entwicklungsschwerpunkt 23

Der Entwicklungsschwerpunkt 23 des Regierungsprogramms für die Jahre 2005–2008 (ES 23; Neue Aufgabenteilung und Reorganisation der territorialen Strukturen) beinhaltet mehrere Projekte. Dazu gehören die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit und die Intensivierung von Gemeindegemeinschaften (FAG-Revision I). Der Grosse Rat hat in der Dezembersession 2005 die dazu erforderlichen Revisionen des Gemeindegesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes verabschiedet. Im Rahmen der FAG-Revision II ist als wichtiges Teilprojekt die «gesetzeskonforme Umsetzung der NFA auf kantonaler Stufe» zu erwähnen. Sodann ist als weiterer Bestandteil der FAG-Revision II eine grundlegende Überprüfung der Aufgaben- und Leistungsorganisation sowie eine umfassende Revision des interkommunalen Finanzausgleichs und eine verbesserte Aufgabenteilung zwischen dem Kanton, den Regionen und den Gemeinden vorgesehen. Dieses Projekt stellt die zweite Etappe der innerkantonalen Aufgabenteilungs- und Finanzausgleichsreform im weiteren Sinne dar. Die anstehenden Strukturreformen sind soweit möglich mit einer Aufgaben- und Finanzentflechtung zu verbinden. Parallel zur Umsetzung der NFA im Kanton Graubünden gewinnen dabei vor allem Fragen der territorialen Strukturen sowie neue Zusammenarbeitsformen an Bedeutung. Die Umsetzung der NFA (erste Etappe der FAG-Revision II) und die zweite Etappe der FAG-Revision II lassen sich aus zeitlichen und inhaltlichen Gründen nicht in einer Botschaftsvorlage zusammenfassen.

Neue Aufgabenteilung und Reform der territorialen Strukturen



2. Neuer Bündner Finanzausgleich

Das zweite Teilprojekt «Neuer Bündner Finanzausgleich» betrifft alle drei Komponenten des Finanzausgleichs im weiteren Sinne: Die Aufgaben- und Leistungsorganisation, den Finanzausgleich im engeren Sinne sowie die Gemeindestrukturen.

2.1 Aufgaben- und Leistungsorganisation

Die bestehende Aufgaben- und Leistungsorganisation sowie die Zusammenarbeit bei Verbundaufgaben sollen auf ihre Effizienz überprüft werden. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Gesundheit, Berufsbildung, Sonderschulen, Betreuung behinderter Erwachsener, Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnung. Ziel des Vorhabens ist eine möglichst weitgehende Entflechtung der Aufgaben (inklusive der Finanzierung) zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Im Rahmen der Überprüfung der Aufgaben- und Leistungsorganisation sind sodann auch Fragen betreffend Ausgestaltung der dezentralen Besiedlung und der potenzialarmen Räume sowie der hierfür erforderlichen Mindestausstattung bzw. des Service public zu klären.

Einzelne Fragen dazu werden derzeit im Rahmen eines Projektes «Potenzialarme Räume» der Neuen Regionalpolitik (NRP) erörtert. Das aus Vertretern des Kantons und des Bundes zusammengesetzte Projektteam soll unter der Federführung des Amtes für Wirtschaft und Tourismus entsprechende Strategien zur nachhaltigen Förderung von entlegenen Talschaften entwickeln. Das Projekt bildet auch Grundlage für die Umsetzung der Massnahme 206 F der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts.

2.2 Finanzausgleich im engeren Sinne

Die weiteren Revisionsschritte in der Finanzausgleichsgesetzgebung werden von folgenden Rahmenbedingungen bestimmt:

- Anpassung an die Erfordernisse der NFA und der NRP,
- Anpassung an die Ergebnisse der Überprüfung der Aufgaben- und Leistungsreorganisation,
- Auffangen der Ausgleichsfunktionen, welche bisher durch andere Instrumente im Rahmen der Sektoralpolitiken und des indirekten Finanzausgleichs wahrgenommen wurden,
- Auffangen der unterschiedlichen und zunehmenden «Kosten der Weite»;

Werterhaltung der Infrastrukturanlagen; Kosten der Mobilität bei verstärkten Kooperationslösungen.

Der Lösungsansatz muss eine weitergehende Annäherung des innerkantonalen Finanzausgleichs an ein NFA-kompatibles System sein. Dieser soll aus den beiden Komponenten Ressourcen- und Belastungsausgleich bestehen und auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden.

Neben der Neukonzeption des Belastungsausgleichs bilden die Fragen um die Weiterentwicklung oder die Abschaffung des indirekten Finanzausgleichs sowie die Fragen der Finanzierung zentrale Elemente.

Für die Sicherung und Neuregelung der Finanzierung des Finanzausgleichs im engeren Sinne sind folgende Ansätze zu prüfen:

- Ablösung der vollständigen Abhängigkeit von den Steuern der juristischen Personen, was im Hinblick auf die anstehende Steuergesetzesrevision als unerlässlich erscheint,
- Steuerkraftausgleich mit Ausgleichs- und Abschöpfungskomponenten auf der Basis der Steuern der natürlichen und juristischen Personen (und allenfalls weiterer Komponenten des Finanzertrages),
- Finanzierung des Disparitätenausgleichs/Ressourcenausgleichs horizontal: Abschöpfung des Steuerertrages bei Gemeinden mit erhöhter Steuerkraft,
- Regelung der Finanzierung des Belastungsausgleichs (öffentliche Werke, Sonderbedarf, Mindestausstattung) und der Förderbeiträge für Gemeindezusammenschlüsse mit entsprechenden Lenkungsmöglichkeiten.

3. Gemeindestruktur

In Abhängigkeit der Revisionsschritte bzw. -fortschritte bei der Neuregelung der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs sind auch für die Reform der Gemeindestrukturen weitere konzeptionelle und rechtliche Anpassungen erforderlich.

IV. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln der IRV

1. Allgemeine Bestimmungen (Art. 1–8 IRV)

Im Kapitel «I. Allgemeine Bestimmungen» der IRV werden Zweck und Geltungsbereich, die Ziele der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich und das innerkantonale Verhältnis, die Stellung der kantonalen

Parlamente, die Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie die Begriffe geregelt bzw. definiert.

Zentral sind hierzu folgende Regelungen:

Art. 1 Zweck und Geltungsbereich

Die IRV regelt die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich in den neun Aufgabenbereichen mit einer möglichen Pflicht zur Zusammenarbeit, die in Art. 48a BV abschliessend aufgelistet sind.

Mit Abs. 3 wird die Möglichkeit geschaffen, auf freiwilliger Basis interkantonale Zusammenarbeitsverträge in anderen Aufgabenbereichen der IRV zu unterstellen. Mit einer solchen freiwilligen Unterstellung unter die IRV kann in keinem Fall eine Allgemeinverbindlicherklärung oder eine Beteiligungspflicht verbunden sein. Letztere richten sich ausschliesslich nach Art. 48a BV.

Art. 2 Ziele

Mit der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich wird eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung angestrebt. Die Nutzniesser sollen möglichst weitgehend auch Kosten- und Entscheidungsträger sein (fiskalische Äquivalenz). Verlangt ist damit eine dreifache Kongruenz. Das Gemeinwesen, das vom Nutzen einer Leistung profitiert, soll deren Kosten tragen und wer die Kosten trägt, soll über die Leistungserbringung bestimmen können. Dieser Artikel verfolgt damit die gleichen Zielsetzungen wie Art. 11 FiLaG. In Analogie zur Formulierung in Art. 43a BV soll der Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz eindeutig festgehalten werden. Abweichungen im Einzelfall sind zu begründen. Abs. 3 ergibt sich aus Art. 18 Abs. 3 FiLaG, worin vorgeschrieben ist, dass im alle 4 Jahre zu erstellenden Wirksamkeitsbericht «die Wirkungen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich gesondert darzulegen» sind.

Art. 3 Innerkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich

Art. 13 lit. g. FiLaG verpflichtet die Kantone, in der IRV festzulegen, wie weit die Grundsätze der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich im innerkantonalen Verhältnis zwischen den Kantonen und ihren Gemeinden zu beachten sind. Es handelt sich dabei um die Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz, die im Vertragstext ausdrücklich erwähnt werden. Dabei ist der in Art. 2 Abs. 2 IRV erwähnte Begriff der fiskalischen Äquivalenz in einem grundsätzlichen bzw. weiten Sinne zu verstehen. Den unterschiedlichen Kantonsverhältnissen wird mit dem Zusatz «sinngemäss» Rechnung getragen.

Art. 4 Stellung der kantonalen Parlamente

Absatz 1 dieses Artikels verpflichtet die Kantone, die kantonalen Parlamente rechtzeitig und umfassend über bestehende oder beabsichtigte Vereinbarungen im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit zu informieren. Diese Informationspflicht bildet die minimale Grundlage jeglicher parlamentarischer Mitwirkung. Im Sinne der Organisationsfreiheit der Kantone bleibt die konkrete Ausgestaltung der Mitwirkungsrechte dem kantonalen Recht vorbehalten. Das Ratifikationsverfahren wird in den Kantonen die Gelegenheit bieten, unbestimmte Begriffe wie «rechtzeitig» und «umfassend» auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmt zu definieren. Mit der verpflichtenden Formulierung von Absatz 2 soll unterstrichen werden, dass entsprechende Regelungen im kantonalen Recht zwingend vorzusehen sind.

Im Kanton Graubünden hat der Grosse Rat mit dem Erlass des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG) in der Dezembersession 2005 – in Einklang mit Art. 4 der IRV – die entsprechenden Bestimmungen erlassen. Gemäss Art. 67 GRG informiert die Regierung den Grossen Rat in dessen Kompetenzbereich laufend und umfassend über wichtige Vorhaben im Bereich der internationalen und interkantonalen Zusammenarbeit sowie über den Stand der Verhandlungen. In Art. 4 Abs. 1 IRV wird das Kriterium der Wichtigkeit nicht genannt. Zu informieren ist demnach über die bestehenden oder beabsichtigten rechtsetzenden Vereinbarungen, welche die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich betreffen. Diese sind im Sinne von Art. 67 GRG als wichtige Vorhaben im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit auszulegen.

In Art. 68 GRG ist die in Art. 4 Abs. 2 IRV erwähnte Mitwirkungsmöglichkeit des Grossen Rates geregelt. Danach orientiert die Regierung die jeweils zuständigen ständigen Kommissionen frühzeitig über anstehende internationale und interkantonale Vertragsverhandlungen im Rechtssetzungsbereich. Die Kommissionen stehen der Regierung während der Vertragsverhandlungen beratend zur Seite und können ihr Vorschläge zum Inhalt der Verträge unterbreiten. Art. 68 GRG konkretisiert damit die Regelung gemäss Art. 4 Abs. 2 IRV. Das Grossratsgesetz beschränkt die Mitwirkungsmöglichkeit des Grossen Rates faktisch auf alle (bestehenden und beabsichtigten) rechtsetzenden interkantonalen Vereinbarungen. Nur diese fallen in den Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates.

Art. 6f Präsidium der KdK und Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Diese Bestimmungen regeln das Streitbeilegungsverfahren. Für das informelle Vorverfahren ist die Präsidentin oder der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zuständig, für das förmliche Vermittlungsverfahren die sogenannte Interkantonale Vertragskommission (IVK), wel-

che aus sechs Mitgliedern besteht und von der KdK auf eine Amtszeit von 4 Jahren gewählt wird. Es wird Aufgabe der KdK sein, darauf zu achten, dass sich die Kommission aus Persönlichkeiten zusammensetzt, welche die Anliegen sowohl der Leistungserbringer als auch der Leistungseinkäufer, der städtischen und ländlichen Regionen zu gewichten wissen. Die IVK gibt sich eine Geschäftsordnung, in der Fragen wie Sekretariatsführung, Entscheidungsquoten etc. geregelt werden.

2. Formen der Interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Art. 9 – 24 IRV)

Im Kapitel «II. Formen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich» der IRV vom 24. Juni 2005 werden die zwei vorgesehenen Zusammenarbeitsformen – gemeinsame Leistungserbringung – gemeinsame Trägerschaft der Trägerkantone und Leistungseinkauf definiert und in den Grundsätzen geregelt.

Zentral hierzu sind folgende Regelungen:

a) Gemeinsame Trägerschaft (Art. 10 – 20 IRV)

Art. 11 Anwendbares Recht

Als allgemeine Regel ist vorgesehen, dass das Recht am Sitz der gemeinsamen Trägerschaft zur Anwendung kommt. Vorbehalten bleibt das übergeordnete Recht (Bundesrecht, interkantonales Recht).

Art. 12 Rechte der Trägerkantone

Die gemeinsame Trägerschaft bildet im Vergleich zum Leistungskauf eine Beteiligungsform mit weit reichenden finanziellen Verpflichtungen. Dementsprechend müssen den Mitträgern Mitsprache- und Mitwirkungsrechte zugestanden werden, welche sich auf alle Teile der Leistungserstellung beziehen. Es wird ausdrücklich festgelegt, dass die paritätische Mitsprache die Regel und eine Gewichtung nach der finanziellen Beteiligung nur die Ausnahme sein soll.

Art. 13 Gleichberechtigter Zugang

Mitentscheidungsrechte und gleichberechtigter Zugang bilden das Gegenstück zur umfassenden Kostenbeteiligung. Der gleichberechtigte Zugang entspricht einem allgemeinen Diskriminierungsverbot.

Art. 14 Aufsicht

Die Übertragung von Kompetenzen auf interkantonale Institutionen und Organe hat Auswirkungen auf die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten von Volk und Parlamenten. Um diese zu gewährleisten, müssen aus Vertretern der Trägerkantone zusammengesetzte Aufsichtsorgane geschaffen werden. Der Artikel regelt die fachspezifische und die durch die Regierungen wahrzunehmende strategische Aufsicht.

Art. 15 Geschäftsprüfung

Die Oberaufsicht wird einer interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission übertragen. Diese ist – analog den Mitsprache- und Mitwirkungsrechten (vgl. Art. 12) – grundsätzlich paritätisch zusammengesetzt. Mit der Möglichkeit, Vertragsänderungen zu beantragen, werden der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission sogar gestalterische Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt.

Die Ausgestaltung der Kooperation zwischen Regierung und Parlament vor und nach Abschluss interkantonaler Verträge obliegt grundsätzlich den einzelnen Kantonen. Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen sollen das Bewusstsein für die Notwendigkeit der interkantonalen Zusammenarbeit auch auf Parlamentsebene stärken.

Art. 19 Haftung

Nach Absatz 1 haftet in erster Linie die gemeinsame Trägerschaft mit ihrem Vermögen. Die Festlegung einer subsidiären Haftung als Grundsatz erscheint aus rechtsstaatlichen Gründen geboten. Die vorgesehene Solidarhaftung bezieht sich auf das Aussenverhältnis. Im Innenverhältnis ist ein (anteilmässiger) Rückgriff auf die andern Trägerkantone möglich. Absatz 2 bezieht sich nur auf die von den Kantonen in die Organe abgeordneten, nicht aber auf die von der gemeinsamen Trägerschaft angestellten Personen. In den jeweiligen interkantonalen Verträgen können Abweichungen vorgesehen werden, soweit diesen das Bundesrecht bzw. Haftungserweiterungen nicht entgegenstehen (Art. 762 Abs. 4 OR, faktische Organschaft).

b) Leistungskauf (Art. 21–24 IRV)

Art. 23 Zugang zu den Leistungen

Im Gegensatz zu Art. 13 kann hier kein allgemeines Diskriminierungsverbot abgeleitet werden. Die Hierarchie bei allfälligen zum Tragen kommenden Zulassungsbeschränkungen wird in Abs. 2 und 3 dargestellt.

3. Lastenausgleich (Art. 25–30 IRV)

Im Kapitel «III. Lastenausgleich» der IRV werden die Abgeltungsgrundsätze sowie die Grundlagen für die Ermittlung der Abgeltungen festgelegt.

Art. 25 Kosten- und Leistungsrechnungen

Transparente und nachvollziehbare Kosten- und Leistungsrechnungen (KLR) bilden die Grundlage für die Ermittlung der Abgeltungen. Die Referenz für die Entwicklung von KLR-Systemen bildet das von der Finanzdirektoren-Konferenz im Jahr 2003 herausgegebene «Handbuch Harmonisiertes Kosten- und Leistungsrechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden». Die offene Formulierung in Art. 25 berücksichtigt, dass es verschiedene Rechnungsmodelle gibt. Die konkreten Anforderungen sind in den einzelnen Verträgen festzulegen.

Art. 26 Kosten- und Nutzenbilanz

Bei Verhandlungsbeginn soll die Ausgangslage möglichst transparent gemacht werden. Die Kosten basieren auf einer Vollkostenrechnung (vgl. Art. 25). Nebst dem eigentlichen Leistungsbezug (direkter Nutzen) können auch gewichtige indirekte Nutzen (z.B. Standortvorteil durch Kaufkraftzufluss) abgeltungswürdig sein. Im Gegenzug können nachteilige Wirkungen (bspw. infolge zusätzlicher Immissionen oder Abwanderung von Universitätsabsolventen) geltend gemacht werden.

Art. 28 Kriterien für die Abgeltung

Mit der Festlegung der durchschnittlichen Vollkosten als Ausgangspunkt für die Abgeltungen soll zum Ausdruck gebracht werden, dass auch eine Pauschalisierung der Abgeltungen möglich sein soll. Es soll nur die effektive und nicht auch eine mutmassliche Beanspruchung massgebend sein. Eine Leistung kann auch darin bestehen, dass Kapazitäten bereitgestellt werden. Der Begriff «ergebnisorientiert» ist im Sinne des New Public Management (in Graubünden: GRiforma) zu verstehen und bedeutet, dass die erreichte oder beabsichtigte Wirkung im Mittelpunkt stehen soll. Absatz 3 enthält Elemente, welche bei der Abgeltungshöhe eine Rolle spielen. Die Kriterien sind relativ offen formuliert und gewährleisten einen grossen Spielraum bei der Ausgestaltung der Abgeltung.

Nicht eingeräumte Mitspracherechte und Mitwirkungsrechte oder die Inkaufnahme von gewissen Zugangsbeschränkungen müssten sich in einer Reduktion der Abgeltung niederschlagen. Mit der Leistung verbundene erhebliche Standortvorteile und -nachteile sowohl beim Anbieter- als auch beim Nachfragerkanton sind zu berücksichtigen. Dazu gehören auch Wanderungsbewegungen von Studienabsolventen, die entweder als Wanderungsgewinn

beim Standortvorteil für den Anbieterkanton oder als Wanderungsverlust beim Standortnachteil für den Nachfragerkanton erfasst werden können.

Art. 29 Abgeltung des Leistungserstellers

Zusammen mit Art. 3 bietet dieser Artikel Gewähr, dass insbesondere die Gemeinden als Leistungsersteller und Kostenträger allfällige Abgeltungszahlungen anteilmässig, d.h. gemessen an der Kostentragungspflicht, erhalten. Dies entspricht auch dem Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz.

Art. 30 Gemeinden als Leistungsersteller

Hier wird nochmals und explizit auf die besondere Stellung der Gemeinden als Leistungsersteller eingegangen. In einem interkantonalen Vertrag kann leistungserbringenden Gemeinden oder von ihnen getragenen Organisationen direkt ein Abgeltungsanspruch eingeräumt werden.

4. Streitbeilegung (Art. 31–34 IRV)

Im Kapitel «IV. Streitbeilegung» der IRV werden Grundsatz und Verfahren der Streitbeilegung (informelles Vorverfahren und förmliches Vermittlungsverfahren) geregelt.

Besonders zu erwähnen ist hierbei, dass im Gegensatz zu Art. 15 FiLaG, wonach die Beteiligungspflicht nur für einen interkantonalen Vertrag oder einen definitiv ausgehandelten Vertragsentwurf ausgesprochen werden kann, das hier vorgesehene Schlichtungsverfahren bereits bei beabsichtigten Verträgen beansprucht werden kann (Art. 31 Absatz 1). Bevor der Bund auf Antrag der Kantone eingeschaltet wird, sollen die Kantone Konflikte soweit möglich aus eigener Kraft beilegen. Nach Art. 16 Abs. 2 FiLaG kann das Bundesgericht im Falle von Verletzungen von Verträgen oder Beschlüssen interkantonomer Organe erst angerufen werden, wenn das interkantonale Rechts- und Schlichtungsverfahren erschöpft ist (Art. 31 Absatz 1). Auf freiwilliger Basis können sich die Kantone sowie interkantonale Organe auch bei andern Streitigkeiten dem in den Artikeln 32ff beschriebenen Streitbeilegungsverfahren unterziehen.

5. Schlussbestimmungen (Art. 35–38 IRV)

Im Kapitel «V. Schlussbestimmungen» der IRV werden das Beitritts- und Austrittsverfahren, das Inkrafttreten, die Geltungsdauer und das Ausserkrafttreten sowie das Vorgehen zum Einbringen von allfälligen Änderungen geregelt.

Die Rahmenvereinbarung tritt in Kraft, wenn ihr 18 Kantone beigetreten sind. Sie gilt grundsätzlich unbefristet, tritt aber ausser Kraft, wenn die Zahl der Mitglieder unter 18 fällt. Die Austrittserklärung eines Kantons kann frühestens auf das Ende des 5. Jahres seit Inkrafttreten und 5 Jahre nach erfolgtem Beitritt abgegeben werden. Wirksam wird die Austrittserklärung per Ende des auf den Zeitpunkt der Abgabe der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres.

V. Zuständigkeit für den Beitritt des Kantons Graubünden zur IRV

Nach Art. 48 Abs. 4 Buchstabe a der Bundesverfassung können die Kantone interkantonale Organe durch interkantonalen Vertrag zum Erlass rechtsetzender Bestimmungen ermächtigen, die einen interkantonalen Vertrag umsetzen, sofern der Vertrag unter anderem nach dem gleichen Verfahren, das für die Gesetzgebung gilt, genehmigt worden ist.

Die IRV hat materiell Gesetzescharakter. So enthält sie zum Beispiel mit Art. 3 wichtige Grundsätze für die innerkantonale Zusammenarbeit. In Art. 15 sieht sie die Schaffung von interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen vor. Es handelt sich dabei um ein Aufsichtsorgan, das die interkantonale Zusammenarbeit auf Parlamentsebene stärkt und bereits in verschiedenen Aufgabenbereichen eingesetzt ist. Die IRV fällt unter die Kategorie «Interkantonale Verträge mit gesetzesänderndem Inhalt» gemäss Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 der Kantonsverfassung (KV) vom 18. Mai 2003/14. September 2003. Der Beitritt zur IRV unterliegt damit dem fakultativen Referendum.

Nach dem Beitritt kann die Regierung spätere Anpassungen der IRV ratifizieren, soweit ausschliesslich weniger wichtige Bestimmungen geändert werden. Diese Ermächtigung ergibt sich aus Art. 45 KV in Verbindung mit Art. 16 Ziff. 2 und Art. 17 Ziff. 2 KV. Im Beitrittsbeschluss des Grossen Rates kann daher auf eine entsprechende Delegationsnorm verzichtet werden.

VI. Finanzielle und personelle Auswirkungen der IRV

Die IRV hat an sich weder finanzielle noch personelle Auswirkungen. Mit der Ratifizierung der IRV werden keine Ausgaben beschlossen. Die IRV hält als Rahmenerlass ausschliesslich Grundsätze fest, die beim Abschluss von konkreten interkantonalen Vereinbarungen zu beachten sind. Im Vordergrund steht dabei eine den jeweiligen Verhältnissen angepasste bzw. angemessene Abgeltung für bezogene Leistungen. Indirekt werden jedoch Kosten anfallen, sobald die ersten Verträge, welche auf der Basis der IRV

abgeschlossen werden, vorliegen. Die finanziellen Auswirkungen sind dabei nicht der IRV zuzuschreiben, sondern der Neugestaltung der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen sowie der verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit im Rahmen der NFA.

Der Ausbau der interkantonalen Zusammenarbeit ist in den Bereichen Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden und Sonderschulung verbunden mit einer Aufgabenübertragung vom Bund auf die Kantone. Die finanzielle Mehrbelastung der Kantone ist in der NFA-Globalbilanz erfasst. Für den Kanton Graubünden kann insgesamt mit einem in etwa ausgeglichenen Saldo für die gesamte NFA gerechnet werden.

Nicht Bestandteil der Globalbilanz ist hingegen der Ausbau der interkantonalen Zusammenarbeit in den anderen Aufgabenbereichen. Es liegen dafür auch keine zuverlässigen Zahlen vor. Die interkantonale Zusammenarbeit ist finanziell vor allem in den Bereichen Universität, Fachhochschulen, Spitzenmedizin sowie Straf- und Massnahmenvollzug von Bedeutung. Hier ist die Zusammenarbeit bereits sehr weit fortgeschritten mit weitgehend IRV-konformen Vereinbarungen. Mit gewissen Mehrbelastungen ist beim geplanten Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung und Agglomerationsverkehr zu rechnen. Hier wird Graubünden zu den Nettozahlern gehören. Die Zusatzbelastung lässt sich nicht beziffern. Es liegen hierzu noch keine konkreten Vertragsentwürfe vor. In der 1. NFA-Botschaft des Bundesrates vom 14. November 2001 (BBI 2002; S. 2503) werden die künftigen Abteilungen des Kantons Graubünden durch den interkantonalen Lastenausgleich im Bereich der Kultureinrichtungen auf 1,4 Mio. Franken und im Bereich Agglomerationsverkehr auf 0,3 Mio. Franken geschätzt. Diese Zahlen geben einen vagen Hinweis auf mögliche Folgekosten in den genannten Bereichen.

VII. Folgen der IRV für die Gemeinden

Die Stellung der Gemeinden wird mit den Artikeln 29 (Abteilung des Leistungserstellers) und insbesondere 30 IRV (Gemeinden als Leistungsersteller) gestärkt. Erbringen die Gemeinden im Rahmen einer interkantonalen Zusammenarbeit eine Leistung, kann ihnen direkt im entsprechenden Vertrag ein Abteilungsanspruch eingeräumt werden.

Aufgrund von Artikel 3 IRV (Innerkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich) verpflichten sich die Kantone, die Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz sinngemäss auch im innerkantonalen Verhältnis zu beachten. Der Grundsatz der Subsidiarität besagt, dass staatliche Aufgaben jener Ebene zuzuteilen sind, die sie am besten zu erfüllen vermag. Schon die Bundesverfassung verlangt die Berücksichtigung der Subsidiarität

auf allen staatlichen Ebenen (Art. 5a BV). Den Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz stellt die Bundesverfassung dagegen nur für das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen auf (Art. 43a Abs. 2 und 3 BV). Die IRV führt daher hier gleichermassen zu einer Ausdehnung des Grundsatzes. Deren Umsetzung innerkantonal bedeutet unter anderem, dass in einem Fall, in dem der Nutzen einer staatlichen Leistung nur in einem Teilgebiet des Kantons (in einer oder in mehreren Gemeinden) anfällt, ausschliesslich die betroffenen Gemeinden über die Leistung entscheiden und für deren Finanzierung aufkommen sollen. Für Leistungen mit gesamtkantonomer Nutzenstreuung soll demgegenüber der Kanton zuständig sein. Im interkommunalen Verhältnis kann die fiskalische Äquivalenz zu einem Aufgabenverbund führen oder auch zu besonderer Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Bei der Bemessung der Abgeltung von Leistungen sind denn auch die entsprechenden Grundsätze (IRV Art. 27 – 30) zu beachten, so zum Beispiel die Standortvor- und -nachteile einer Gemeinde als Leistungsersteller.

VIII. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Bei der IRV handelt es sich um ein Konkordat, welches nicht daraufhin überprüft werden kann, ob die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) eingehalten sind.

IX. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Beitritt des Kantons Graubünden zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich vom 24. Juni 2005

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Rahmenvereinbarung vom 24. Juni 2005 zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV)

Von der Schweizerischen Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)
am 24. Juni 2005 zur Ratifizierung in den Kantonen verabschiedet

I. Allgemeine Bestimmungen

1. GRUNDSÄTZE

Art. 1

¹ Die Rahmenvereinbarung regelt Grundsätze und Verfahren der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Zweck und Geltungsbereich

² Sie bildet die Grundlage für interkantonale Zusammenarbeitsverträge in den Bereichen gemäss Art. 48a der Bundesverfassung.

³ Kantone können interkantonale Zusammenarbeitsverträge in anderen Aufgabenbereichen der Rahmenvereinbarung unterstellen.

Art. 2

¹ Mit der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich wird eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung angestrebt. Ziele der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich

² Sie ist so auszugestalten, dass die Nutzniesser auch Kosten- und Entscheidungsträger sind.

³ Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) veröffentlicht alle vier Jahre einen Rechenschaftsbericht über den Stand der Anwendung der Grundsätze der interkantonalen Zusammenarbeit.

Art. 3

Die Kantone verpflichten sich, die Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz sinngemäss auch im innerkantonalen Verhältnis zu beachten. Innerkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich

Art. 4

¹ Die Kantonsregierungen sind verpflichtet, die kantonalen Parlamente rechtzeitig und umfassend über bestehende oder beabsichtigte Vereinbarungen im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich zu informieren. Stellung der kantonalen Parlamente

² Im Übrigen regelt das kantonale Recht die Mitwirkungsrechte der Parlamente.

2. ZUSTÄNDIGKEITEN UND KOMPETENZEN

Art. 5

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

¹ Beitrittserklärungen, Austrittserklärungen und Änderungsgesuche zur Rahmenvereinbarung sind bei der KdK zu hinterlegen.

² Die KdK stellt das Inkrafttreten und das Ausserkrafttreten der Rahmenvereinbarung fest und führt ein allfälliges Änderungsverfahren durch.

³ Sie wählt die Mitglieder der Interkantonalen Vertragskommission (IVK) und genehmigt deren Geschäftsordnung.

Art. 6

Präsidium der KdK

Die Präsidentin oder der Präsident der KdK ist zuständig für das Informelle Vorverfahren im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens.

Art. 7

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

¹ Die IVK ist zuständig für das Förmliche Vermittlungsverfahren im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens.

² Sie besteht aus sechs Mitgliedern, welche von der KdK auf eine Amtszeit von vier Jahren gewählt werden. Bei der Wahl ist auf eine angemessene Vertretung der Sprachregionen Rücksicht zu nehmen.

³ Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

⁴ Die KdK trägt die Bereitstellungskosten der IVK. Alle weiteren Kosten sind gemäss Art. 33 Abs. 5 von den Parteien zu tragen.

3. BEGRIFFE

Art. 8

¹ Leistungserbringer ist ein Kanton oder eine gemeinsame Trägerschaft, in deren Zuständigkeitsbereich die Leistungserstellung fällt.

² Leistungskäufer ist der die Leistungen abgeltende Kanton.

³ Leistungsersteller ist, wer eine Leistung herstellt.

⁴ Leistungsbezüger ist, wer eine Leistung in Anspruch nimmt.

⁵ Nachfragende im Sinne von Art. 13 und 23 sind potentielle Leistungsbezüger.

II. Formen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich

Art. 9

Die Rahmenvereinbarung regelt folgende Formen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich:

- a) die gemeinsame Trägerschaft;
- b) den Leistungskauf.

1. GEMEINSAME TRÄGERSCHAFT

Art. 10

¹ Als gemeinsame Trägerschaft wird eine Organisation oder Einrichtung von zwei oder mehreren Kantonen bezeichnet, die zum Zwecke hat, bestimmte Leistungen im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich gemeinsam zu erbringen. Definitionen

² Die an einer gemeinsamen Trägerschaft beteiligten Kantone werden als Trägerkantone bezeichnet.

Art. 11

¹ Es gilt das Recht am Sitz der gemeinsamen Trägerschaft. Anwendbares Recht

² Vorbehalten bleiben abweichende Regelungen in den jeweiligen interkantonalen Verträgen.

Art. 12

¹ Die Trägerkantone haben in der Trägerschaft grundsätzlich paritätische Mitsprache- und Mitwirkungsrechte. Diese können ausnahmsweise nach der finanziellen Beteiligung gewichtet werden. Rechte der Trägerkantone

² Die Mitsprache- und Mitwirkungsrechte sind umfassend und erstrecken sich auf alle Bereiche der Leistungserbringung.

Art. 13

Nachfragende aus den Trägerkantonen haben gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen. Gleichberechtigter Zugang

Art. 14

¹ Die Trägerkantone stellen eine wirksame Aufsicht über die Führung und Verwaltung der gemeinsamen Trägerschaft sicher. Aufsicht

² Sie übertragen die Aufsichtsfunktionen geeigneten Organen. Allen Trägerkantonen ist die Einsitznahme in die Organe zu ermöglichen.

Art. 15

- Geschäftsprüfung ¹ Bei gemeinsamen Trägerschaften werden interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen eingesetzt.
- ² Die Sitzzuteilung ist grundsätzlich paritätisch. In Ausnahmefällen kann sie sich nach dem Finanzierungsschlüssel richten, wobei jedem Kanton eine Mindestvertretung einzuräumen ist.
- ³ Die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission wird rechtzeitig und umfassend über die Arbeit der gemeinsamen Trägerschaft informiert.
- ⁴ Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen können den Trägerkantonen Änderungen des Vertrages beantragen. Sie haben im Rahmen der Erarbeitung eines Leistungsauftrages und Globalbudgets angemessene Mitwirkungsrechte.

Art. 16

- Eintritt ¹ Neue Trägerkantone bezahlen eine Einkaufssumme, welche dem aktuellen Wert der durch die bisherigen Trägerkantone getätigten Investitionen anteilmässig entspricht.
- ² Die bisherigen Trägerkantone haben im Umfang der von ihnen getätigten Investitionen einen Anspruch auf die Einkaufssumme.
- ³ Das Eintrittsverfahren ist in den interkantonalen Verträgen zu regeln.

Art. 17

- Austritt ¹ Das Austrittsverfahren und die Austrittsbedingungen einschliesslich eines allfälligen Entschädigungsanspruchs austretender Trägerkantone sind in den interkantonalen Verträgen zu regeln.
- ² Austretende Trägerkantone haften für Verbindlichkeiten, die während der Dauer ihrer Mitträgerschaft entstanden sind.

Art. 18

- Auflösung ¹ Ein allfälliger Auflösungs- und Liquidationserlös ist anteilmässig nach Massgabe der Beteiligung auf die Vertragsparteien zu verteilen.
- ² Für allfällige zur Zeit der Auflösung bestehende Verpflichtungen haften die Trägerkantone solidarisch, soweit die interkantonalen Verträge nichts anderes vorsehen.

Art. 19

- Haftung ¹ Die Trägerkantone haften subsidiär und solidarisch für die Verbindlichkeiten gemeinsamer Trägerschaften.
- ² Die Trägerkantone haften für Personen, die sie in interkantonale Organe abordnen.

³ Vorbehalten bleiben abweichende Regelungen in den jeweiligen interkantonalen Verträgen.

Art. 20

Die Trägerkantone sind über die Tätigkeiten der gemeinsamen Trägerschaft rechtzeitig und umfassend zu informieren. Information

2. LEISTUNGSKAUF

Art. 21

Ein Leistungskauf kann mittels Ausgleichszahlungen, Tausch von Leistungen oder Mischformen von Zahlung und Tausch erfolgen. Formen des Leistungskaufs

Art. 22

Den Leistungskäufern wird in der Regel mindestens ein partielles Mitspracherecht gewährt. Mitsprache der Leistungskäufer

Art. 23

¹ Nachfragende aus den Vertragskantonen haben grundsätzlich gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen. Zugang zu den Leistungen

² Bei Zulassungsbeschränkungen werden Nachfragende aus Vertragskantonen jenen aus Nichtvertragskantonen vorgezogen.

³ Bei Zulassungsbeschränkungen werden Nachfragende aus Trägerkantonen jenen aus Kantonen, welche Leistungskäufer sind, vorgezogen.

Art. 24

Die Leistungskäufer sind vom Leistungserbringer periodisch über die erbrachten Leistungen zu informieren. Informationsaustausch

III. Lastenausgleich

1. GRUNDLAGEN FÜR DIE ERMITTLUNG DER ABGELTUNGEN

Art. 25

¹ Grundlage für die Ermittlung der Abgeltungen bilden transparente und nachvollziehbare Kosten- und Leistungsrechnungen. Kosten- und Leistungsrechnungen

² Die an einem Vertrag beteiligten Kantone erarbeiten die Anforderungen an die Kosten- und Leistungsrechnungen.

Art. 26

Kosten- und
Nutzenbilanz

¹ Vor Aufnahme von Verhandlungen legen die Verhandlungspartner dar, von welchen Leistungen und Vorteilen sie profitieren und mit welchen Kosten und nachteiligen Wirkungen sie belastet werden. Die Leistungserbringer weisen die anfallenden Kosten nach.

² Die Kantone sind verpflichtet, die nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

2. GRUNDSÄTZE FÜR DIE ABGELTUNGEN

Art. 27

Abgeltung von
Leistungsbezügen
aus anderen
Kantonen

¹ Leistungen mit erheblichen Kosten, für die ausserkantonale Leistungsbezügerinnen und -bezüger nicht aufkommen, werden durch Ausgleichszahlungen der Kantone abgegolten.

² Die Festlegung der Abgeltung und der sonstigen Vertragsinhalte ist grundsätzlich Sache der Vertragsparteien.

Art. 28

Kriterien für die
Abgeltung

¹ Ausgangslage für die Bestimmung der Abgeltung bilden die durchschnittlichen Vollkosten.

² Die Abgeltung erfolgt ergebnisorientiert und richtet sich nach der effektiven Beanspruchung der Leistungen.

³ Weitere Kriterien bei der Festlegung der Abgeltung sind:

- a) eingeräumte oder beanspruchte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte;
- b) der gewährte Zugang zum Leistungsangebot;
- c) erhebliche Standortvorteile und –nachteile im Zusammenhang mit der Leistungserbringung und dem Leistungsbezug;
- d) Transparenz des Kostennachweises;
- e) Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung.

Art. 29

Abgeltung des
Leistungs-
erstellers

¹ Der Leistungserbringer verpflichtet sich, die Abgeltung dem Leistungsersteller zukommen zu lassen, so weit dieser die Kosten für die Leistungserstellung trägt.

Art. 30

Gemeinden als
Leistungsersteller

¹ Sind die Leistungsersteller Gemeinden, ist diesen ein Anhörungs- und Mitspracherecht einzuräumen.

² In einem interkantonalen Vertrag kann Gemeinden oder von ihnen getragenen Organisationen ein direkter Anspruch auf die Abgeltung eingeräumt werden.

IV. Streitbeilegung

Art. 31

¹ Die Kantone und interkantonale Organe bemühen sich, Streitigkeiten aus bestehenden oder beabsichtigten interkantonalen Verträgen durch Verhandlung oder Vermittlung beizulegen. Grundsatz

² Sie verpflichten sich, bei allen Streitigkeiten im Zusammenhang mit der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich vor Erhebung einer Klage gemäss Artikel 120 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005¹ am nachstehend beschriebenen Streitbeilegungsverfahren teilzunehmen.

³ Das Streitbeilegungsverfahren kann auch von Nichtvereinbarungskantonen sowie von interkantonalen Organen, die nicht auf der IRV basieren, angerufen werden.

Art. 32

¹ Das Streitbeilegungsverfahren ist zweistufig. Es besteht aus einem informellen Vorverfahren vor dem Präsidium der KdK und einem förmlichen Vermittlungsverfahren vor der IVK. Streitbeilegungsverfahren

² Jeder Kanton und jedes interkantonale Organ kann zu diesem Zweck beim Präsidium der KdK mit schriftlichem Vermittlungsgesuch das Streitbeilegungsverfahren einleiten.

Art. 33

¹ Nach Eingang des Vermittlungsgesuchs lädt die Präsidentin oder der Präsident der KdK oder eine andere von ihr oder ihm bezeichnete Persönlichkeit als Vermittler die Vertretungen der beteiligten Parteien zu einer Aussprache ein. Informelles Vorverfahren

² Im Einvernehmen mit den Beteiligten kann eine auf dem Gebiet der Mediation besonders befähigte Person beigezogen werden.

³ Führt das informelle Vorverfahren nicht innert sechs Monaten ab Eingang des Vermittlungsgesuchs zu einer Einigung, so leitet der Vermittler das förmliche Vermittlungsverfahren vor der IVK ein.

Art. 34

¹ Die IVK gibt den Parteien die Eröffnung des förmlichen Vermittlungsverfahrens bekannt. Förmliches Vermittlungsverfahren

² Die Mitglieder der IVK bezeichnen eine Persönlichkeit als Vorsitzende oder Vorsitzenden für das hängige Vermittlungsverfahren. Können sie sich nicht innert Monatsfrist auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen oder wird die bezeichnete Person von einer Partei abgelehnt, wird die Präsidentin

¹ SR ...; AS ... (BBI 2005 4045)

tin oder der Präsident des Bundesgerichts darum ersucht, eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden für das Vermittlungsverfahren zu bezeichnen.

³ Die Eröffnung des Vermittlungsverfahrens ist unter Angabe des Streitgegenstandes der Bundeskanzlei anzuzeigen. Werden durch die Streitigkeit Interessen des Bundes berührt, so kann der Bundesrat eine Person bezeichnen, die als Beobachterin des Bundes am Vermittlungsverfahren teilnimmt.

⁴ Die Parteien sind befugt, ihre abweichenden Standpunkte zuhanden der IVK schriftlich festzuhalten und zu dokumentieren, und sie erhalten Gelegenheit, sich mündlich vor der IVK zu äussern. Über die Verhandlung ist ein Protokoll zu führen.

⁵ Das Ergebnis wird von der IVK zuhanden der Beteiligten in einer Urkunde festgehalten. Darin ist auch die Verteilung der Verfahrenskosten auf die Parteien zu regeln.

⁶ Die Parteien verpflichten sich, eine allfällige Klage beim Schweizerischen Bundesgericht innert sechs Monaten nach förmlicher Eröffnung eines allfälligen Scheiterns des Vermittlungsverfahrens zu erheben.

⁷ Sie verpflichten sich, die Unterlagen des Streitbeilegungsverfahrens zu den Gerichtsakten zu geben.

V. Schlussbestimmungen

Art. 35

Beitritt und
Austritt

¹ Der Beitritt zur Rahmenvereinbarung wird mit der Mitteilung an die KdK wirksam.

² Jeder Kanton kann durch Erklärung gegenüber der KdK austreten. Der Austritt wird mit dem Ende des auf die Erklärung folgenden Kalenderjahres wirksam.

³ Die Austrittserklärung kann frühestens auf das Ende des 5. Jahres seit In-Kraft-Treten und fünf Jahre nach erfolgtem Beitritt abgegeben werden.

Art. 36

In-Kraft-Treten

Die Rahmenvereinbarung tritt in Kraft, wenn ihr 18 Kantone beigetreten sind.

Art. 37

Geltungsdauer
und Ausser-Kraft-
Treten

¹ Die Rahmenvereinbarung gilt unbefristet.

² Sie tritt ausser Kraft, wenn die Zahl der Mitglieder unter 18 fällt.

Art. 38

Auf Antrag von drei Kantonen leitet die KdK die Änderung der Rahmenvereinbarung ein. Sie tritt unter den Voraussetzungen von Artikel 36 in Kraft.

Änderung der
Rahmen-
vereinbarung

Participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna da basa per la collavuraziun interchantunala cun gulfivaziun da las grevezzas dals 24 da zercladur 2005

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 10 da schaner 2006,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha a la cunvegna da basa per la collavuraziun interchantunala cun gulfivaziun da las grevezzas (cunvegna da basa, CBI) dals 24 da zercladur 2005.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun a la cunvegna da basa dals 24 da zercladur 2005.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn suttamessas al referendum facultativ.

Cunvegna da basa per la collavuraziun interchantedunala cun gulivaziun da las grevezzas (cunvegna da basa, CBI)

deliberada ils 24 da zercladur 2005 da la conferenza da las regenzas chantunales (CdC) per la ratificaziun en ils chantuns

I. Disposiziuns generalas

1. PRINCIPS

Art. 1

¹ Questa cunvegna da basa regla ils principals e las proceduras da la collavuraziun interchantedunala cun gulivaziun da las grevezzas.

Intent e champ d'applicaziun

² Ella è la basa per ils contracts da collavuraziun interchantedunala en ils secturs tenor l'artitgel 48a da la constituziun federala.

³ A la cunvegna da basa pon ils chantuns sutta-meter contracts da collavuraziun interchantedunala d'auters champs d'incumbensa.

Art. 2

¹ La collavuraziun interchantedunala cun gulivaziun da las grevezzas ha la finamira d'ademplier las incumbensas en ina moda economica che correspunda als basegns.

Finamiras da la collavuraziun interchantedunala cun gulivaziun da las grevezzas

² Ella sto vegnir concepida uschia che las giudidras respectivamain ch'ils giudiders surpiglian er ils custs e portan las decisiuns.

³ La conferenza da las regenzas chantunales (CdC) publitescha mintga quatter onns in rapport da gestiun davart il stadi da l'applicaziun dals principals da la collavuraziun interchantedunala.

Art. 3

Ils chantuns s'obligheschan d'observar ils principals da la subsidiaridad e da l'equivalenza fiscala conform al senn er entaifer il chantun.

Collavuraziun infrachantedunala cun gulivaziun da las grevezzas

Art. 4

¹ Las regenzas chantunales èn obligadas d'infurmar ils parlaments chantunals a temp ed en moda cumplensiva davart cunvegns existents u intenziunadas en il sector da la collavuraziun interchantedunala cun gulivaziun da las grevezzas.

Posiziun dals parlaments chantunals

² Dal rest regla il dretg chantunal ils dretgs da cundecisiun dals parlaments.

2. CUMPETENZAS

Art. 5

Conferenza da las regenzas chantunalas (CdC)

¹ Decleraziuns da participaziun, decleraziuns d'extrada e dumondas da midar la cunvegna da basa ston vegnir deponidas tar la CdC.

² La CdC fixescha l'entrada en vigur e l'aboliziun da la cunvegna da basa ed exequescha in'eventuala procedura da midada.

³ Ella elegia las commembras ed ils commembers da la cumissiun interchantunala da contract (CIC) ed approvescha ses urden da gestiun.

Art. 6

Presidi da la CdC

La presidenta u il president da la CdC è cumpetent per la procedura preliminar informala en il rom da la procedura per reglar dispitas.

Art. 7

Cumissiun interchantunala da contract (CIC)

¹ La CIC è cumpetenta per la procedura da mediaziun formala en il rom da la procedura per reglar dispitas.

² Ella sa cumpona da sis commembras e commembers che vegnan elegids da la CdC per ina perioda d'uffizi da quatter onns. Tar l'elecziun sto vegnir resguardà che las regiuns linguisticas vegnian represchentadas adequatamain.

³ Ella sa dat in urden da gestiun.

⁴ La CdC surpiglia ils custs per installar la CIC. Tut ils ulteriurs custs ston vegnir surpigliads da las partidas tenor l'artitgel 33 alinea 5.

3. NOZIUNS

Art. 8

¹ Furnitura respectivamain furnitur da prestaziuns è in chantun u ina instituziun purtadra communabla che survegn la cumpetenza da realisar las prestaziuns.

² Cumprader da prestaziuns è quel chantun che indemnisescha las prestaziuns.

³ Producenta respectivamain producent da prestaziuns è tgi che producecha ina prestaziun.

⁴ Retschavidra respectivamain retschavider da prestaziuns è tgi che fa diever d'ina prestaziun.

⁵ Dumandadras respectivamain dumandaders en il senn dals artitgels 13 e 23 èn retschavidras respectivamain retschaviders da prestaziuns pussaivels.

II. Furmas da la collavuraziun interchantunala cun gulivaziun da las grevezzas

Art. 9

Questa cunvegna da basa regla las suandantas furmas da la collavuraziun interchantunala cun gulivaziun da las grevezzas:

- a) l'instituziun purtadra communabla;
- b) la cumpra da prestaziuns.

1. INSTITUZIUN PURTADRA COMMUNABLA

Art. 10

¹ Sco instituziun purtadra communabla vegn designada in'organisaziun u ina instituziun da dus u da plirs chantuns che ha la finamira da furnir tschertas prestaziuns en il rom da la collavuraziun interchantunala cun gulivaziun da las grevezzas. Definiziuns

² Ils chantuns che sa participeschan a l'instituziun purtadra communabla vegnan designads sco chantuns purtaders.

Art. 11

¹ Valair vala il dretg a la sedia da l'instituziun purtadra communabla. Dretg applitgabel

² Resalvadas restan regulaziuns divergentas en ils contracts interchantunals respectivs.

Art. 12

¹ En l'instituziun purtadra han ils chantuns purtaders da princip dretgs da cogestiun e da cundecisiun paritetics che pon excepziunalmain vegnir valitads tenor la participaziun finanziaria. Dretgs dals chantuns purtaders

² Ils dretgs da cogestiun e da cundecisiun èn cumplessivs e s'extendan sin tut ils secturs da la furniziun da prestaziuns.

Art. 13

Dumandadras respectivamain dumandaders or dals chantuns purtaders han ils medems dretgs d'access a las prestaziuns. Medems dretgs d'access

Art. 14

Surveglianza

¹ Ils chantuns purtaders garanteschan che la gestiun e che l'administraziun da l'instituziun purtadra communabla vegnian survegliadas en moda effizienta.

² Els delegheschan las funcziuns da surveglianza ad organs adattads. A tut ils chantuns purtaders sto vegnir dada la pussaivladad da sa participar als organs.

Art. 15

Controlla da gestiun

¹ En cas d'instituziuns purtadras communablas vegnan installadas cumissiuns da gestiun interparlamentaras.

² La repartiziun dals mandats è da princip paritetica. En cas excepziunals po ella sa drizzar tenor la clav da finanziaziun. A mintga chantun sto dentant vegnir concedida ina represchentanza minimala.

³ La cumissiun da gestiun interparlamentara vegn infurmada a temp ed en moda cumplexsiva davart la lavur da l'instituziun purtadra communabla.

⁴ Las cumissiuns da gestiun interparlamentaras pon proponer als chantuns purtaders da midar il contract. En il rom da l'elavuraziun d'ina incarica da prestaziun e d'in preventiv global han ellas dretgs da cundecisiun adequats.

Art. 16

Entrada

¹ Novs chantuns purtaders pajan ina summa d'entrada. Questa summa correspunda proporziunalmain a la valor actuala da las investiziuns fatgas dals chantuns purtaders vertents.

² Ils chantuns purtaders vertents han in dretg sin la summa d'entrada en la dimensiun da las investiziuns ch'els han fatg.

³ La procedura d'entrada sto vegnir reglada en ils contracts interchantunals.

Art. 17

Extrada

¹ La procedura d'extrada e las cundiziuns d'extrada inclusiv in eventual dretg d'indemnisaziun dals chantuns extrants ston vegnir regladas en ils contracts interchantunals.

² Chantuns extrants stattan buns per obligaziuns ch'èn resultatadas durant il temp ch'els èn stads participads sco conpurtaders.

Art. 18

Schliaziun

¹ In eventual retgav da schliaziun e da liquidaziun sto vegnir reparti proporziunalmain sin las parts contrahentas a norma da la participaziun.

² Per eventualas obligaziuns ch'existan il mument da la schliaziun stattan buns ils chantuns purtaders en moda solidara, uschenavant ch'ils contracts interchantunals na prevesan nagut auter.

Art. 19

¹ Ils chantuns purtaders stattan buns en moda subsidiara e solidara per las obligaziuns d'instituziuns purtadras comunablas. Responsabladad

² Ils chantuns purtaders stattan buns per persunas ch'els delegheschan en organs interchantunals.

³ Resalvadas restan regulaziuns divergentas en ils contracts interchantunals respectivs.

Art. 20

Ils chantuns purtaders ston vegnir infurmads a temp ed en moda cumpletsiva davart la lavur da l'instituziun purtadra comunabla. Infurmaziun

2. CUMPRAR PRESTAZIUNS

Art. 21

Prestaziuns pon vegnir cumpradas tras pajaments da gulivaziun, tras il barat da prestaziuns u tras ina maschaida da pajament e da barat. Furmas da la cumpra da prestaziuns

Art. 22

A las cumpradras respectivamain als cumpraders da prestaziuns vegn per regla concedi almain in dretg da cogestium parzial. Cogestium da las cumpradras respectivamain dals cumpraders da prestaziuns

Art. 23

¹ Dumandadras respectivamain dumandaders or dals chantuns contrahents han da princip ils medems dretgs d'access a las prestaziuns. Access a las prestaziuns

² En cas da restricziuns d'admissiun han dumandadras respectivamain dumandaders or da chantuns contrahents la preferenza envers dumandadras respectivamain dumandaders or da chantuns betg contrahents.

³ En cas da restricziuns d'admissiun han dumandadras respectivamain dumandaders or da chantuns purtaders la preferenza envers dumandadras respectivamain dumandaders or da chantuns che cumpran prestaziuns.

Art. 24

Las furnituras respectivamain ils furniturs da prestaziuns ston infurmar periodicamain las cumpradras respectivamain ils cumpraders da prestaziuns davart las prestaziuns furnidas. Barat d'infurmaziuns

III. Gulivaziun da las grevezzas

1. BASA PER ERUIR LAS INDEMNISAZIUNS

Art. 25

Calculaziuns dals
custs e da las pre-
staziuns

¹ Las indemnisaziuns vegnan eruidas sin basa da calculaziuns transparentas e chapaivlas dals custs e da las prestaziuns.

² Ils chantuns che sa participeschan ad in contract elavuran las pretensiuns per calcular ils custs e las prestaziuns.

Art. 26

Bilantscha dals
custs e dal niz

¹ Avant che cumenzar cun tractativas mussan las partenarias respectivamain ils partenaris da tractativas, da tge prestaziuns e da tge avantatgs ch'ellas respectivamain ch'els profiteschon sco er cun tge custs e cun tge effects negativs ch'ellas respectivamain ch'els vegnan engrevgiads. Las furnituras respectivamain ils furniturs da prestaziuns preschantan ils custs che resultan.

² Ils chantuns èn obligads da metter a disposiziun ils documents necessaris.

2. PRINCIPS PER LAS INDEMNISAZIUNS

Art. 27

Indemnisaziuns
per retrair presta-
ziuns or d'auters
chantuns

¹ Prestaziuns cun custs considerabels che na vegnan betg surpigliads da las retschavidras respectivamain dals retschaviders da prestaziuns extrachantunals vegnan indemnisadas tras pajaments da gulivaziun dals chantuns.

² Da princip èsi chausa da las parts contrahentas da fixar l'indemnisaziun ed ils ulteriurs cuntegns dal contract.

Art. 28

Criteria per
l'indemnisaziun

¹ Per fixar l'indemnisaziun partan ins da la media dals custs cumplets.

² L'indemnisaziun s'orientescha al resultat e sa drizza tenor il diever effectiv da las prestaziuns.

³ Ulteriurs criteris per fixar l'indemnisaziun èn:

- a) ils dretgs da cogestiun e da cundecisiun concedids u duvrads;
- b) l'access concedi a la purschida da prestaziuns;
- c) avantatgs e dischavantatgs dal lieu considerabels en connex cun la furniziun e cun la retratga da prestaziuns;
- d) la trasparenza da la cumprova dals custs;
- e) la rentabilitad da la realisaziun da las prestaziuns.

Art. 29

La furnitura respectivamain il furnitur da prestaziuns s'oblighescha da consegnar l'indemnisaziun a la producenta respectivamain al producent da prestaziuns, uschenavant che questa respectivamain che quest surpiglia ils custs per realisar la prestaziun.

Indemnisaziun da la producenta respectivamain dal producent da prestaziuns

Art. 30

¹ Sche las vischnancas produceschan prestaziuns, las sto vegnir concedi in dretg d'audiencia e da cogestium.

Vischnancas sco producentas da prestaziuns

² En in contract interchantunal po vegnir concedi a vischnancas u ad organisaziuns che vegnan purtadas da las vischnancas in dretg direct sin l'indemnisaziun.

IV. Reglar dispitas

Art. 31

¹ Tras tractativas u tras mediaziun sa stentan ils chantuns ed ils organs interchantunals da reglar las dispitas pervi da contracts interchantunals existents u intenziunads.

Princip

² Per tut las dispitas en connex cun la collavuraziun interchantunala cun gulivaziun da las grevezzas s'obligheschan els da sa participar a la procedura per reglar dispitas descritta qua sutvart, avant che purtar in plant tenor l'artitgel 120 alinea 1 litera b da la lescha federala davart il tribunal federal dals 17 da zercladur 2005 ¹⁾.

³ La procedura per reglar dispitas po vegnir instradada er da chantuns che na fan betg part da la cunvegna sco er d'organs interchantunals che na sa basan betg sin la CBI.

Art. 32

¹ La procedura per reglar dispitas ha dus stgalims. Ella consista d'ina procedura preliminarara informala davant il presidi da la CdC e d'ina procedura da mediaziun formala davant la CIC.

Procedura per reglar dispitas

² Per quest intent po mintga chantun e mintga organ interchantunal introducir la procedura per reglar dispitas, e quai cun far en scrit ina dumonda da mediaziun tar il presidi da la CdC.

Art. 33

¹ Suenter che la dumonda da mediaziun è entrada, envida la presidenta u il president da la CdC ubain in'autra persuna ch'ella ha designà sco mediatu-

Procedura preliminarara informala

¹⁾ CS ...; CULF ... (BBI 2005 4045)

ra u sco mediatur las represchentanzas da las partidas participadas ad ina discussiun.

² En enclegientscha cun las persunas participadas po vegnir engaschada ina persuna ch'è spezialmain qualifitgada sin il sectur da la mediaziun.

³ Sche la procedura preliminarina informala na porta betg ina reconciliaziun entaifer sis mais dapi che la dumonda da mediaziun è entrada, introduce-scha la mediatura u il mediatur la procedura da mediaziun formala davant la CIC.

Art. 34

Procedura da me-
diaziun formala

¹ La CIC communitgescha a las partidas l'avertura da la procedura da mediaziun formala.

² Las commembras ed ils commembers da la CIC designeschan ina parsura u in parsura per la procedura da mediaziun pendenta. Sch'ellas e sch'els n'arrivan betg da sa cunvegner entaifer in mais ad ina proposta communabla u sche la persuna designada vegn refusada d'ina partida, vegni duman-dà la presidenta u il president dal tribunal federal da designar ina parsura u in parsura per la procedura da mediaziun.

³ L'avertura da la procedura da mediaziun sto vegnir communitgada a la chanzlia federala cun inditgar l'object da dispita. Sche la dispita tanghescha interess federals, po il cussegl federal designar ina persuna che sa participescha a la procedura da mediaziun sco observatura da la confederaziun.

⁴ Las partidas èn autorisadas da menziunar en scrit e da documentar lur puntgs da vista divergents per mauns da la CIC. Ellas survegnan er la pussaivladad da s'exprimer a bucca davant la CIC. La tractativa sto vegnir protocollada.

⁵ Il resultat vegn fixà da la CIC per mauns da las persunas participadas en in document uffizial. En quel sto er vegnir reglà, co ch'ils custs da procedura vegnan repartids sin las partidas.

⁶ Las partidas s'obligheschan da purtar in eventual plant tar il tribunal federal svizzer entaifer sis mais, suenter ch'in eventual naufragi da la procedura da mediaziun è vegni communitgà formalmain.

⁷ Ellas s'obligheschan da metter tar las actas processualas ils documents da la procedura per reglar dispitas.

V. Disposiziuns finalas

Art. 35

Participaziun ed
extrada

¹ La participaziun a la cunvegna da basa daventa valaivla tras la communi-caziun a la CdC.

² Mintga chantun po extrar da la cunvegna tras ina decleraziun a la CdC. L'extrada daventa valaivla a la fin da l'onn chalendar che suonda l'onn che la decleraziun è vegnida fatga.

³ L'extrada po vegnir declerada il pli baud per la fin dal tschintgavel onn dapi l'entrada en vigur e tschintg onns suenter che la participaziun è succedida.

Art. 36

La cunvegna da basa entra en vigur, cur che 18 chantuns èn sa participads a quella. Entrada en vigur

Art. 37

¹ La cunvegna da basa ha vigur illimitada.

Vigur ed
aboliziun

² Ella vegn abolida, sch'il dumber da commembers sutpassa 18.

Art. 38

Sin dumonda da trais chantuns introducescha la CdC la midada da la cunvegna da basa. La midada entra en vigur sut las premissas da l'artitgel 36. Midada da la
cunvegna da basa

Adesione del Cantone dei Grigioni alla Convenzione quadro per la collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri del 24 giugno 2005

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'articolo 32 capoverso 2 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce alla Convenzione quadro per la collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri (Convenzione quadro intercantonale, CQI) del 24 giugno 2005.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione alla Convenzione quadro del 24 giugno 2005.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

Convenzione quadro per la collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri (Convenzione quadro intercantonale, CQI)

Approvata il 24 giugno 2005 dalla Conferenza svizzera dei governi cantonali (CdC) per la ratifica da parte dei Cantoni

I. Disposizioni generali

1. PRINCIPI

Art. 1

¹ La Convenzione quadro definisce i principi e la procedura della collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri. Scopo e campo d'applicazione

² Essa costituisce la base delle convenzioni di collaborazione intercantonale nei settori di cui all'articolo 48a della Costituzione federale.

³ I Cantoni possono inoltre sottoporre alla Convenzione quadro accordi di collaborazione intercantonale conclusi in altri settori.

Art. 2

¹ La collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri persegue lo scopo di assicurare un'esecuzione dei compiti fondata sui principi dell'economia, dell'efficacia e dell'efficienza. Obiettivi della collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri

² Essa dev'essere impostata in modo che i beneficiari di prestazioni ne assumano anche i costi ed adottino le relative decisioni.

³ Ogni quattro anni la Conferenza dei governi cantonali (CdC) pubblica un resoconto sullo stato d'applicazione dei principi della collaborazione intercantonale.

Art. 3

I Cantoni si impegnano ad applicare per analogia i principi della sussidiarietà e dell'equivalenza fiscale anche nelle relazioni interne di ogni Cantone. Collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri

Art. 4

¹ I governi cantonali sono tenuti ad informare tempestivamente ed esaurientemente i parlamenti cantonali circa le convenzioni, esistenti o Posizione dei parlamenti cantonali

previste in materia di collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri.

² Per il resto, i diritti di partecipazione dei parlamenti cantonali sono retti dal diritto cantonale.

2. COMPETENZE E ATTRIBUZIONI

Art. 5

Conferenza dei governi cantonali (CdC)

¹ Le dichiarazioni di adesione e di recesso e le domande di revisione della Convenzione quadro devono essere depositate presso la CdC.

² La CdC stabilisce la data d'entrata in vigore e quella di abrogazione della Convenzione quadro ed espleta un'eventuale procedura di revisione.

³ Essa nomina i membri della commissione intercantonale per le convenzioni (CIC) e ne approva il regolamento.

Art. 6

Presidenza della CdC

La presidenza della CdC è competente per la procedura informale preliminare intesa a dirimere le contestazioni.

Art. 7

Commissione intercantonale per le convenzioni (CIC)

¹ La CIC è competente per la procedura formale di mediazione intesa a dirimere le contestazioni.

² Essa è composta di sei membri, nominati dalla CdC per un periodo amministrativo di quattro anni. La scelta dei membri assicura un'adeguata rappresentanza delle regioni linguistiche.

³ Essa si dota di un regolamento.

⁴ La CdC assume i costi di funzionamento della CIC. Gli ulteriori costi sono a carico delle parti conformemente all'articolo 34 capoverso 5.

3. DEFINIZIONI

Art. 8

¹ Fornitore di prestazioni è il Cantone o l'organo responsabile comune il cui ambito di competenze comprende la produzione delle prestazioni in oggetto.

² Acquirente delle prestazioni è il Cantone che le indennizza.

³ Produttore delle prestazioni è colui che le esegue effettivamente.

⁴ Beneficiario delle prestazioni è chi vi fa ricorso.

⁵ Richiedenti ai sensi degli articoli 13 e 23 sono i beneficiari potenziali di prestazioni.

II. Forme di collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri

Art. 9

La convenzione quadro regola le seguenti forme di collaborazione intercantonale:

- a) gli organismi responsabili comuni;
- b) l'acquisizione di prestazioni.

1. ORGANISMI RESPONSABILI COMUNI

Art. 10

¹ Per organismo responsabile comune si intende un'organizzazione o un'istallazione comune a due o più Cantoni, che persegue lo scopo di fornire determinate prestazioni nell'ambito della collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri. Definizioni

² I Cantoni che partecipano ad un organismo responsabile comune sono denominati Cantoni partner.

Art. 11

¹ Il diritto applicabile è quello della sede dell'organismo responsabile comune. Diritto applicabile

² Restano riservate le disposizioni diverse previste da convenzioni intercantionali.

Art. 12

¹ I Cantoni che fanno parte di un organismo responsabile comune fruiscono di un diritto paritetico di partecipazione alle decisioni. Questo diritto può eccezionalmente essere ponderato in funzione dei rispettivi impegni finanziari. Diritti dei Cantoni partner

² Il diritto di partecipazione alle decisioni è globale e si estende a tutti i settori che riguardano la fornitura di prestazioni.

Art. 13

Tutti i richiedenti dei Cantoni partner hanno gli stessi diritti d'accesso alle prestazioni. Uguaglianza dei diritti d'accesso alle prestazioni

Art. 14

¹ I Cantoni partner garantiscono una vigilanza efficace sulla gestione e l'amministrazione dell'organismo responsabile comune. Vigilanza

² Essi affidano i compiti di vigilanza ad organi adeguati. Tutti i Cantoni partner devono poter far parte degli organi di vigilanza.

Art. 15

Controllo della gestione

¹ Per il controllo degli organismi responsabili comuni vengono istituite commissioni interparlamentari di gestione.

² La ripartizione dei seggi è per principio paritetica. Essa può eccezionalmente essere fondata su una chiave di finanziamento, che deve tuttavia garantire una rappresentanza minima di ogni Cantone.

³ Le commissioni interparlamentari di gestione vengono tempestivamente ed esaurientemente informate sui lavori degli organismi responsabili comuni di cui hanno il controllo.

⁴ Le commissioni interparlamentari di gestione possono proporre ai Cantoni partner la revisione della convenzione. Esse dispongono di un diritto di partecipazione adeguato in sede di elaborazione dei mandati di prestazione e della definizione del budget globale.

Art. 16

Adesione

¹ In caso di adesione ad un organismo comune esistente, il Cantone aderente versa un contributo d'entrata destinato alla compensazione proporzionale degli investimenti già finanziati dai Cantoni partner e calcolati al loro valore attuale.

² I Cantoni partner hanno diritto ad una parte di questo contributo, stabilita in proporzione agli investimenti che essi hanno già finanziato.

³ La procedura di adesione dev'essere regolata nelle relative convenzioni intercantionali.

Art. 17

Recesso

¹ La procedura e le condizioni di recesso, compreso l'eventuale diritto del Cantone uscente ad un indennizzo, dev'essere regolata nelle relative convenzioni intercantionali.

² I Cantoni uscenti sono responsabili degli impegni che hanno assunto allorquando avevano qualità di membro.

Art. 18

Scioglimento

¹ I proventi di un'eventuale dissoluzione e liquidazione sono ripartiti tra le parti proporzionalmente alla loro partecipazione alla convenzione.

² I Cantoni partner rispondono solidalmente degli obblighi esistenti al momento dello scioglimento. Restano riservate le diverse disposizioni previste da convenzioni intercantionali.

Art. 19

Responsabilità

¹ I Cantoni partner rispondono sussidiariamente e solidalmente degli impegni degli organismi comuni.

² I Cantoni partner rispondono per le persone da essi delegate negli organi intercantionali.

³ Restano riservate le diverse disposizioni previste da convenzioni intercantionali.

Art. 20

I Cantoni partner devono essere informati tempestivamente e dettagliatamente sulle attività dell'organismo responsabile comune. Informazione

2. ACQUISTO DI PRESTAZIONI

Art. 21

Le prestazioni possono essere acquistate mediante versamenti compensatori o scambi di prestazioni, con possibilità di combinare queste due forme d'acquisto. Forme di acquisto delle prestazioni

Art. 22

All'acquirente di prestazioni compete di regola almeno un diritto parziale di partecipazione alle decisioni. Partecipazione dell'acquirente di prestazioni

Art. 23

¹ I richiedenti dei Cantoni parti di una convenzione hanno per principio gli stessi diritti d'accesso alle prestazioni. Accesso alle prestazioni

² Se l'accesso alle prestazioni è limitato, i richiedenti dei Cantoni parti di una convenzione dispongono di un diritto di priorità rispetto ai richiedenti dei Cantoni che non sono parti.

³ Se l'accesso alle prestazioni è limitato, i richiedenti dei Cantoni partner dispongono di un diritto di priorità rispetto ai richiedenti dei Cantoni che sono acquirenti delle prestazioni.

Art. 24

Il fornitore di prestazioni informa periodicamente gli acquirenti in merito alle prestazioni fornite. Scambio di informazioni

III. Compensazione degli oneri

1. PRINCIPI APPLICABILI ALLA FISSAZIONE DELLE INDENNITÀ DESTINATE ALLA COMPENSAZIONE DEGLI ONERI

Art. 25

Calcolo dei costi e delle prestazioni

¹ Per stabilire le indennità, i Cantoni allestiscono un calcolo dei costi e delle prestazioni trasparente e comprensibile.

² I Cantoni parti di una convenzione definiscono le esigenze richieste per il calcolo dei costi e delle prestazioni.

Art. 26

Bilancio costi-benefici

¹ Prima dell'avvio dei negoziati, le parti specificano le prestazioni e i vantaggi di cui beneficiano come pure i costi e gli effetti negativi che devono sopportare. I fornitori di prestazioni giustificano i costi che devono assumere.

² I Cantoni devono produrre i necessari giustificativi.

2. PRINCIPI APPLICABILI ALLE INDENNITÀ

Art. 27

Indennità per prestazioni di cui beneficiano altri Cantoni

¹ Le prestazioni che comportano costi importanti non sopportati da beneficiari esterni ai Cantoni parti di una convenzione danno diritto ad un'indennità sotto forma di pagamenti compensatori a carico dei Cantoni interessati.

² La fissazione dell'indennità e la definizione degli elementi particolari della convenzione competono ai Cantoni che hanno aderito ad una convenzione.

Art. 28

Criteri dell'indennità

¹ I costi globali medi costituiscono la base per determinare l'indennità.

² L'indennità viene stabilita sulla base degli accertamenti ed è calcolata in funzione dell'utilizzazione effettiva delle prestazioni.

³ In sede di fissazione dell'indennità, si deve inoltre tener conto dei seguenti criteri:

- a) diritti di partecipazione alle decisioni e alla loro attuazione, accordati o richiesti;
- b) accesso garantito all'offerta di prestazioni;
- c) vantaggi e svantaggi di localizzazione importanti in relazione alla fornitura e all'utilizzo delle prestazioni;
- d) trasparenza dei giustificativi;

e) redditività della produzione delle prestazioni.

Art. 29

Il fornitore di prestazioni si impegna ad indennizzare il produttore delle prestazioni, nella misura in cui quest'ultimo ne sopporta i costi di produzione.

Indennità del produttore di prestazioni

Art. 30

¹ Quando i comuni sono produttori di prestazioni, dev'essere accordato loro un diritto di audizione e di partecipazione.

Comuni quali produttori di prestazioni

² Una convenzione intercantonale può conferire ai comuni e agli enti di cui sono responsabili un diritto immediato di essere indennizzati.

IV. Composizione delle contestazioni

Art. 31

¹ I Cantoni e gli organi intercantionali si adoperano per risolvere mediante negoziazione o conciliazione tutte le contestazioni che dovessero sorgere in merito a convenzioni intercantionali esistenti o previste.

Principio

² In caso di contestazioni connesse con la collaborazione intercantonale associata ad una compensazione degli oneri, i Cantoni si impegnano a partecipare alla procedura di composizione delle contestazioni prima di proporre azione ai sensi dell'articolo 120 capoverso 1 lettera b della legge federale del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale¹.

³ Il procedimento di composizione delle contestazioni può essere chiesto anche da Cantoni che non sono parti della convenzione e da organi intercantionali che non si fondano sulla CQI.

Art. 32

¹ La procedura di composizione delle contestazioni si svolge in due fasi. Essa comporta una procedura preliminare informale, condotta davanti alla presidenza della CdC, e una procedura formale di mediazione condotta davanti alla CIC.

Procedura di composizione delle contestazioni

² Ogni Cantone e ogni organo intercantonale può avviare una procedura di composizione delle contestazioni presso la presidenza delle CdC, inoltrando una domanda scritta di mediazione.

Art. 33

¹ Ricevuta la domanda di mediazione, la presidenza della CdC o la persona da essa designata invita i rappresentanti dei Cantoni interessati ad un'udienza di discussione.

Procedura preliminare informale

¹ RS ...; RC ... (FF 2005 4281)

² Con l'accordo delle parti, si può far capo ad una persona particolarmente qualificata nel campo della mediazione.

³ Se la procedura preliminare informale non sfocia in un accordo entro sei mesi dal deposito della domanda di mediazione, la presidenza delle CdC o la persona da essa designata introduce la procedura formale di mediazione davanti alla CIC.

Art. 34

Procedura
formale di
mediazione

¹ La CIC comunica alle parti l'apertura della procedura formale di mediazione.

² I membri della CIC designano una persona che assume la veste di presidente nella procedura di mediazione. Se non si accordano entro un mese su una proposta comune o se la persona designata viene ricusata da una delle parti, il/la presidente del Tribunale federale è invitato/a a designare il/la presidente nella procedura di mediazione.

³ L'apertura della procedura formale di mediazione è notificata alla Cancelleria federale, con la menzione dell'oggetto della contestazione. Se la lite tocca gli interessi della Confederazione, il Consiglio federale può designare una persona che partecipa alla procedura di mediazione con lo statuto di osservatore.

⁴ Le parti possono esporre e documentare le proprie ragioni in un allegato scritto indirizzato alla CIC e possono esprimersi oralmente davanti alla stessa commissione. Di questa udienza viene tenuto un verbale.

⁵ Il risultato della procedura formale di mediazione è consegnato in un atto allestito dalla CIC all'attenzione delle parti. Questo documento deve anche regolare la ripartizione delle spese processuali.

⁶ Le parti si impegnano a proporre un'eventuale azione davanti al Tribunale federale entro sei mesi dalla comunicazione del fallimento della procedura di mediazione.

⁷ Esse si impegnano inoltre a versare agli atti i documenti della procedura di conciliazione.

V. Disposizioni finali

Art. 35

Adesione e
recesso

¹ L'adesione alla Convenzione quadro avviene mediante comunicazione alla CdC.

² Ogni Cantone può recedere dalla Convenzione quadro mediante dichiarazione alla CdC. Il recesso ha effetto alla fine dell'anno successivo a quello della relativa dichiarazione.

³ La dichiarazione di recesso può essere depositata al più presto per la fine del quinto anno dopo l'entrata in vigore della Convenzione quadro e cinque anni dopo l'adesione effettiva del Cantone uscente.

Art. 36

La Convenzione quadro entra in vigore con l'adesione di 18 Cantoni.

Entrata in vigore

Art. 37

¹ La Convenzione quadro è conclusa per una durata indeterminata.

Durata di validità
e abrogazione

² La Convenzione quadro viene abrogata se il numero dei Cantoni aderenti scende al di sotto di diciotto.

Art. 38

Su richiesta di tre Cantoni, la CdC apre una procedura di revisione della Convenzione quadro. La revisione entra in vigore alle condizioni previste dall'articolo 36.

Revisione della
Convenzione
quadro

